

TAGESSCHAU

POLITIK

Wirtschaftskommission: Warschau wünscht nach Auskünften aus dem Auswärtigen Amt die Reaktivierung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission, die Bonn nach Anrufung des Kriegsrechts in Polen auf Eis gelegt hatte. Mit einer Entscheidung darüber sei allerdings nicht vor dem Warschau-Besuch Außenminister Genschers in der zweiten Novemberhälfte zu rechnen.

Ablehnung? Die Forderung der Grünen, die beiden Hanauer Nuklearfabriken Alken und Nukem zu schließen, hat der Sprecher des Wiesbadener Wirtschaftsministeriums mit dem Hinweis auf die legale Arbeit der Unternehmen abgelehnt. Ministerpräsident Böcher hingegen verweigerte bisher eine Stellungnahme. (S. 5)

Selbstschuttschlag: Die Selbstschuttschlag an der innerdeutschen Grenze werden nur abgebaut, wenn der Schutzstreifen im DDR-Hinterland verstärkt werden ist, berichtet das Bundesgrenzschutzkommando Süd. Die Grenze werde damit nicht durchlässiger.

Tanker-Beschuß: Im Persischen Golf ist gestern ein unter libanesischer Flagge fahrender Öltanker südlich des iranischen Ölverladehafens Kharg vermutlich von iranischen Maschinen in Brand geschossen worden. Sechs Seeleute sollen getötet worden sein.

ZITAT DES TAGES



„Eine nationale und wirtschaftspolitische Aufgabe von hohem Rang, welche die Unterstützung aller verantwortungsbewußten Unternehmen, insbesondere aber Bundesunternehmen verdient, ist Berlin“

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg beim Vorstandstreffen der Bundesbeteiligten in Berlin
FOTO: JUPP DÄRCHINGER

WIRTSCHAFT

Bundesunternehmen: Der Bund hat von 1970 bis 1982 für seine Unternehmen 4,2 Milliarden Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Bundesfinanzminister Stoltenberg kündigte einen Kabinettsbeschluss zur Privatisierung von Bundesunternehmen noch in diesem Jahr an. (S. 11)

Bundobligationen: „In Anpassung an die Marktentwicklung“ werden nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums ab heute Bundobligationen zu einem Preis von 100,4 Prozent mit einer Rendite von 7,15 statt 7,3 Prozent angeboten. (S. 11)

KULTUR

Musikalische Zusammenarbeit: Als Beispiel einer fruchtbaren künstlerischen Kooperation präsentiert Riccardo Chailly mit dem Radio-Symphonie-Orchester, der Frankfurter Kantorei und dem Freiburger Vokalensemble in der Berliner Philharmonie Verdis „Requiem“. (S. 21)

SPORT

Finanzen: Der Entwurf für den Sporthaushalt 1985 sieht 189 Millionen Mark vor, die von zehn Ministerien zur Verfügung gestellt werden sollen. (S. 19)

AUS ALLER WELT

Razzien: Italiens Polizei hat gestern mit 147 Festnahmen in fünf Städten nach der Verhaftungswelle vor gut einer Woche erneut einen Schlag gegen das organisierte Verbrechen geführt. Nach weiteren 189 mutmaßlichen Mafiosi wird gefahndet.

Baßgeld-Erfolg: Rund 92 Prozent der Autofahrer in der Bundes-

Wetter: Regnerisch, aber mild. Zwischen 12 und 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Der Kampf um die jüdischen Wähler der USA - Von Günter Friedländer S. 2

„Stern“: Wind gegen Manager von G-J wegen Hehlerei ermittelt? - Von Uwe Bahnsen S. 4

NATO: Shadie legt Unkenntnis der militärischen Materie bei „Friedenskämpfern“ offen S. 7

Medienpolitik: Die Unionsparteien geben dem Postminister jetzt Rückendeckung S. 8

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Wirtschaft: „Grauer Markt“ für Fische - Den Haag drückt alle Augen zu S. 11

Sport: Frankreich jubelt über Alain Prost, den ersten Sieger auf dem neuen Ring S. 19

Fernsehen: Hannelore Gadatsch - Eine Moderatorin mit Mit zum Moderaten S. 28

Kultur: Erinnerungen an den Wintergarten - Welche Chancen hat Glas als Baustoff? S. 21

Aus aller Welt: Der Schnitt mit dem Laser-Messer senkt die Kosten S. 22

In Peking kommt Kohl beim Thema Wirtschaft zur Sache

50-Millionen-Kredit zu günstigen Konditionen / Bedeutung für Mittelstand

DW, Peking

Bundeskanzler Kohl will die Beziehungen zu Asien zu einem Schwerpunkt seiner Außenpolitik machen. In einer Tischrede am ersten Tag seines offiziellen Aufenthalts in Peking verwies Kohl gestern Abend zugleich auf die Absicht der Bundesrepublik Deutschland, mit der Volksrepublik China auch finanzpolitisch zusammenzuarbeiten. Die deutsche Wirtschaft ist nach Kohls Worten zu einem weitreichenden Technologietransfer bereit, ein Thema, das in Peking auf großes Interesse stößt.

HERBERT KREMP, Peking

Bundeskanzler Kohl hat drei Gastgeschenke mit nach China gebracht: einen Entwicklungskredit von 50 Millionen DM, einen Funkübertragungswagen und 25 hochrangige Vertreter der deutschen Wirtschaft, die entgegen den ursprünglich gemächlichen Plänen, bereits am ersten Tag des offiziellen Besuchs Expertengespräche mit der chinesischen Seite aufgenommen haben. Der erste Besuch Kohls als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland erhält damit einen eindeutig wirtschaftlichen Akzent.

Helmut Kohl, am Sonntagabend in Peking eingeschwebt, wurde am Montagmorgen auf dem Tiananmen-Platz mit einer kleinen Militärparade und 19 Haubitzen aus dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang begrüßt. Langsam machte der Morgenstund dem Kaiserwetter Platz, als Kohl im Vergleich mit seinem Gastgeber wuchtig wirkend, stöckeligen Mädchenscharen zuwinkte, die am Rande des Gepräges vor der Großen Halle des Volkes Jubeltänze mit bunten Schleifen aufführten.

Der Ernst des Lebens begann sofort danach in den Konferenzräumen der Halle des Volkes und hielt den ganzen Tag über, einschließlich des opulenten Dinners am Abend, an. Kohl führte zwei Vier-Augen-Gespräche und ein Delegationsgespräch mit Zhao, an dem auch Wirtschaftsvertreter teilnahmen. Der Aufmarsch von 25 prominenten Vorstands-, Verbands- und Gewerkschaftsvorsitzenden aus der Bundesrepublik, die zum Teil schon an einem dreitägigen internationalen Wirtschafts-Symposium in Peking mitgewirkt hatten, erweckte bei den Chinesen starkes Interesse.

Entwicklungshilfenminister Warnke überreichte der chinesischen Regierung die Dokumente über den 50-Millionen-Kredit, der eine Laufzeit von dreißig Jahren besitzt, 2 Prozent Zinsen kostet und fünf Jahre tilgungsfrei verbleiben wird - dies sind sehr günstige Konditionen. Wie Staatssekretär Boenisch sagte, unternehmen die Regierungschefs in ihren Vier-Augen-Gesprächen eine Tour d'horizon, bei der nach bewährter chinesischer Art kein Weltproblem ausgelassen wurde. Das Interesse habe sich dann jedoch auf die Wirtschaft konzentriert, wo beide Seiten auf eine gedeihliche Zusammenarbeit hoffen.

Unter den handelspolitischen Vorhaben beansprucht der Vertrag zwischen dem Volkswagenwerk und chinesischen Automobil-Firmen über die gemeinsame Herstellung von Personenzugwagen und Motoren aktuellen Rang. Der unterschriebene Vertrag sieht die Produktion von wesentlich mehr als 20 000 „Santana“ und „Fortsetzung Seite 10“

Möller-Nachfolge bleibt noch offen

Nach Rücktritt des FDP-Politikers Unklarheit über neuen Spitzenkandidaten für NRW

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten müssen sich für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1985 einen neuen Spitzenkandidaten suchen. Gestern hat ihr Landesvorsitzender, der Staatsminister im Auswärtigen Amt Jürgen Möller, schriftlich den Verzicht auf diese Position mitgeteilt. Vorausgegangen war eine Sitzung der Bezirksvorsitzenden von Rhein und Ruhr am Sonntag in Bochum. Auf ihr hatte sich eine Mehrheit gegen Möllers Kandidatur gewandt.

Die Spitze der Landespartei wird nicht damit gerechnet, daß vor der Vorstandssitzung am 15. Oktober, auf der das Wahlprogramm beschlossen werden soll, eine Entscheidung getroffen wird. Nicht ausgeschlossen wurde, daß letztlich auf dem Wahlparteitag Mitte Dezember in Gütersloh doch noch Möller für dieses Amt nominiert wird. Er hatte in seiner Erklärung formuliert, daß er sich „nicht selbst“ bewerben werde, sondern mit dafür sorgen werde, daß ein Kandidat mit breiter Unterstützung nominiert werden kann.“

Die Erklärung Möllers hatte FDP-Chef Genscher am Morgen im Präsidium verlesen. Nach den Worten von Generalsekretär Helmut

Hausmann wurde es dort lediglich zur Kenntnis genommen. Hausmann bezeichnete die Art und Weise des Verhaltens von Möller als „richtig“. Es sei „gut“, daß es keine „lange, große Debatte“ gegeben habe.

Die Sitzung der Bezirksvorsitzenden war nach Teilnehmern teilweise chaotisch verlaufen. Mehrere vorgeschlagene Alternativ-Kandidaten seien jeweils sofort abgelehnt worden. Möller sei „betroffen“ gewesen und habe sich zunächst Bedenken über die Parteiführung geäußert. In seiner Erklärung äußerte er indirekt Kritik am Zustand der NRW-FDP und dem Umgang miteinander. Für ein „erfolgreiches Abscheiden“ bei den Wahlen sei ein „möglichst hohes Maß an Geschlossenheit“ der Partei eine der Voraussetzungen. Möller: „Das muß auch für die Unterstützung des Spitzenkandidaten gelten.“ Er gehe davon aus, daß die Führungsgremien auf allen Ebenen sich „jetzt solidarisch engagiert mit der Vorbereitung der Landtagswahl beschäftigen“.

SEITE 4: Möllers Rechnung

Kreml entläßt hohe Funktionäre

Kampagne gegen Korruption verschärft / „Amtsmissbrauch und Verletzung der Parteimoral“

DW, Moskau

Wegen „Amtsmissbrauchs und grober Verletzung der Parteimoral“ sind nach einer Meldung der Parteizeitung „Pravda“ der Erste Vizepräsident für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, Pawel Falajew, und sein Stellvertreter Arnold Stanislawow ihrer Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Verfechtung in der „Pravda“ soll nach Ansicht westlicher Beobachter offenbar die Ernsthaftigkeit des Auftritts von Staats- und Parteifunktionären unterstreichen, energisch gegen Bestechung, Schiebererei und Veruntreuung sozialistisches Eigentums vorzugehen (WELT v. 6./7. 10.).

Neben Falajew und seinem Stellvertreter wurden auch der Direktor eines Bauunternehmens, wegen versuchter Einnischung in die Untersuchungen dieser Affäre und ein örtlicher Parteifunktionär, wegen Beschützung der Verbrecher“ aus der Partei ausgeschlossen. Die Schuldigen hätten „jahrelang sozialistisches Eigentum gestohlen“, hieß es in der „Pravda“.

Mehrere hohe Parteifunktionäre der Sowjetrepublik Georgien sind öffentlich kritisiert worden, weil sie, wie es heißt, ihren Kindern alles erlaubten und bei ihnen eine Anspruchshaltung sowie religiöse Gebrauche begünstigten. Der Kampf gegen die Konsumhaltung und die Frührentnerideologie werde bisher zu schwach geführt, berichtete die „Pravda“ am gleichen Tag. Dadurch würden „apollinische Egoisten“ herangezogen, die vom Gemeinschaftswohl profitieren wollten, ohne eine Gegenleistung zu erbringen.

Nach sowjetischen Angaben soll der Parteifunktionär Georgien, Eduard Schwachnada, die Unterzeichner einer Petition, die die Begnadigung von vier zum Tode verurteilten Luftpiraten, Kindern einflußreicher Familien, erbat, zur Zurücknahme ihrer Gesuche aufgefordert haben. Zu den Unterzeichnern der Begnadigungspetition gehörten unter anderem Abgeordnete des Obersten Sowjets.

Der Aufbruch Tschernomors sowie die Veröffentlichungen in der „Pravda“ deuten darauf hin, daß die sowjetische Führung entschlossen ist, der ausufernden Korruption und Vernetzung, besonders in Parteikreisen, ein Ende zu bereiten. Nach der Wahl Tschernomors zum Nachfolger des verstorbenen Parteiführers Andropow im Frühjahr war zunächst der von Andropow eingeleitete Feldzug gegen Korruption und für eine höhere Disziplin verheißt. Es wurde deutlich, daß Tschernenko und der von ihm vertretene Flügel einen nachsichtigen Kurs gegenüber den Parteifunktionären steuerten. Die in letzter Zeit zunehmende Korruption sowie Disziplinlosigkeit innerhalb der KPdSU haben offenbar nun ein energisches Vorgehen nötig gemacht.

Die Unterzeichner der Begnadigungspetition gehörten unter anderem Abgeordnete des Obersten Sowjets.

Die Unterzeichner der Begnadigungspetition gehörten unter anderem Abgeordnete des Obersten Sowjets.

Andreotti im Kreuzfeuer der Kritik

Der Sozialdemokrat Longo hält dem Außenminister „prosojetische Politik“ vor

DW, Rom

Der italienische Außenminister Andreotti wird jetzt auch aus dem Regierungslager immer stärker kritisiert. Vor allem Politiker der Sozialdemokraten und der Liberalen arbeiten offensichtlich auf einen Rücktritt des christdemokratischen Politikers hin oder fordern zumindest neue Koalitionsabreden zur Außenpolitik des Fünf-Parteien-Kabinetts. Andreottis politischer Kurs ist ihnen zu sehr pro-sojetisch orientiert.

Sozialdemokraten und Liberale, die zusammen sieben Prozent der italienischen Wähler vertreten, beziehen sich dabei nicht auf die Vorwürfe gegen Andreotti wegen seiner früheren Freundschaft mit dem Mafia-Bankier Sindona. Sie warfen dem Christdemokraten vielmehr vor, er betrie eine Außenpolitik, die zu stark die Interessen der Araber vertrete und zu konfliktär gegenüber der UdSSR und anderen Ostblockländern sei. Symptomatisch dafür ist die Bemerkung

des Sozialdemokraten-Führers Longo über eine „prosojetische Politik“ Andreottis. Die vom Außenminister in den vergangenen zwölf Monaten getroffenen Entscheidungen, so Longo, stünden „deutlich im Gegensatz zu den Entscheidungen Italiens gegenüber der atlantischen und westlichen Gemeinschaft“.

Longo führt in seiner Erklärung mehrere Fälle an, in denen Andreotti das „Lob der KP der UdSSR“ zuteil wurde. Der Sozialdemokrat sprach zugleich von einer „Gefälligkeit gegenüber den mit Moskau verbündeten arabischen Ländern und dem internationalen Terrorismus“, besonders libyscher Prägung. Longo forderte in seiner Stellungnahme nicht ausdrücklich den Rücktritt Andreottis.

Auch die Spannungen mit Bonn wegen der umstrittenen Äußerungen des italienischen Außenministers gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands spielen in der derzeitigen Aus-

einandersetzung eine Rolle. Die Führung der Christdemokraten stützt weiterhin den Minister und betrachtet Angriffe gegen Andreotti als „Aggression gegen die Democrazia Cristiana“. Der sozialistische Regierungschef Bettino Craxi hat bisher eine direkte Stellungnahme zu dem Koalitionsstreit über die Person und die Politik des Außenministers vermieden.

In der vergangenen Woche war in der Abgeordnetenkammer ein Sturz Andreottis nur knapp vermieden worden. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Inzwischen haben aber auch die offenen Kritiker an dem christdemokratischen Politiker geäußert, die in der Forderung nach seinem Rücktritt gipfelte.

Andreotti hatte am vergangenen Samstag zum Fall Sindona erklärt, die Attacken seien von Personen, die seine Außenpolitik ablehnten, provoziert worden. Seite 2: Fuchs in Deckung

DER KOMMENTAR

Bauchlandung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Auf Umwegen befindet sich Jürgen Möller schon seit dem Tag, an dem er seinen politischen Karriere-Ehrgeiz von Bonn nach Düsseldorf verlegte. Nun ist ihm auch Düsseldorf vermasselt. Dort wollte er nach der Landtagswahl im Mai 1985 als erfolgreichster Spitzenkandidat der FDP in das Parlament Nordrhein-Westfalens einziehen. Doch die Untergliederungen der Landes-FDP trauen ihm den Wahlerfolg nicht zu. So erklärt es sich, daß Möller nicht mehr nach der Spitzenkandidatur greift.

Gleichwohl will er Landesvorsitzender der Freien Demokraten bleiben. Vielleicht dauert es noch ein Weilchen, bis Möller so weit ist, sich diese Frage redlich zu beantworten: In welcher Position befindet sich ein Landesvorsitzender, den die Mehrzahl der Bezirke nicht als Spitzenkandidaten haben will?

Die Wahrheit ist doch, daß der forsche junge Mann Genschers im stärksten Landesverband der FDP alle Querelen auf sich gezogen hat. Insoweit ist er auch ein Opfer derjenigen aus den eigenen Reihen, die am liebsten mit dem Dolch im Gewande spielen.

Kommt hinzu, daß Möller sich vorgenommen hatte, bei der Landtagswahl die Sieben vor dem Komma zu schaffen. Das Ergebnis der Kommunalwahlen vom 30. September mag da so manchen

„Parteifreund“ nachdenklich gestimmt haben. Möller rühmt die erreichten 4,8 Prozent, die sich auf den ersten Blick auch ganz hoffnungsvoll ausnehmen, weil die FDP sich bei einer Landtagswahl - und erst recht bei einer Bundestagswahl - ein besseres Resultat ausrechnen kann. Jedemfalls ein Resultat jenseits der Fünf-Prozent-Barriere. Leider bleibt der zweite Blick bei der Wahlbeteiligung hängen, und der betrug am 30. September nur knapp 66 Prozent. Die Erfahrung lehrt, daß die kleinen Parteien bei niedriger Wahlbeteiligung unverhältnismäßig gut abschnitten, und eben das dürfte die meisten FDP-Bezirke nervös gemacht haben.

Wie an ihrer Bundes-Spitze, so hat die FDP auch an ihrer Landes-Spitze in Nordrhein-Westfalen die Führungsfrage nicht wahlstrategisch beantwortet. Was Möller betrifft, so hatten Skeptiker in dieser Hinsicht ohnehin ihre Zweifel. Das geht weniger auf Magazin-Veröffentlichungen als auf die Tatsache zurück, daß ein deutscher Politiker, der auf Fotos in vertrauter Gebärde mit Anfaß zu sehen ist, bei den weitaus meisten Bürgern nicht auf Sympathie stößt. Ein Lobbyist der „Palästinenser“ und der Araber gilt vielen Wählern nicht als das Ideal eines Parteiführers.

Unternehmen des Bundes steigern Berlin-Aufträge

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesbeteiligten haben einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung Berlins geleistet, erklärte Finanzminister Gerhard Stoltenberg gestern beim Vorstandstreffen der Bundesunternehmen. Ihre Berlin-Aufträge seien von 1974 bis 1983 von 221 auf 571 Millionen Mark oder um 159 Prozent gestiegen. Dem Berliner Senat bescheinigte er, in den vergangenen Jahren wesentliche Voraussetzungen geschaffen zu haben, Berlin als Standort für Industrie und Dienstleistungsgewerbe interessanter zu machen.

„Berlin ist dabei, wieder ein Zentrum freier und erfolgreicher Lehre und Forschung sowie der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis zu werden“, betonte Stoltenberg. Wenn jetzt wieder die Zuversicht bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin überwiege, so hätten hierzu maßgeblich auch die Berliner Wirtschaftskonferenzen mit dem Bundeskanzler im Dezember 1982 und im Juni 1984 beigetragen. Der Bund werde seine Verantwortung für Berlin auch weiterhin wahrnehmen.

Stoltenberg bescheinigte den Bundesbeteiligten in einer für viele schwierigen Zeit eine „respektable Ausbildungsleistung“. Die Zahl der Auszubildenden habe sich im vergangenen Jahrzehnt auf knapp 20 000 verdoppelt. Öffentliche und private Unternehmen müßten bereit sein, der Jugend zu beweisen, daß eine Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung dieses Problem lösen könne.

Seite 11: Der Appell hatte Erfolg

Erzbischof Runcie greift Thatcher an

DW, London

Das geistliche Oberhaupt der anglikanischen Kirche, Erzbischof Robert Runcie, hat die konservative Regierung von Premierministerin Margaret Thatcher wegen ihrer Haltung im Bergarbeiter-Streik scharf angegriffen. In der Tageszeitung „The Times“ erklärte der Erzbischof von Canterbury, die Regierungspolitik fördere soziale Ungerechtigkeit und trage so Mitverantwortung für die Gewalttätigkeiten während des seit sieben Monaten andauernden Streik. Politiker der Konservativen Partei, die heute in Brighton ihren Parteitag eröffnet, wiesen die Vorwürfe zurück.

„Wir brauchen in unserem Leben als Nation Führung, die das Land eint und nicht spaltet“, erklärte Runcie. Er kritisierte zwar auch die Militanz auf Seiten der streikenden Kumpel, fügte jedoch hinzu: „Wenn man die Leute wie Ascham behandelt... und die Atmosphäre mit ständigen Zurechtweisungen vergiftet, dann hat das auch erhebliche Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit physischer Gewalt.“

Die konservative Parteiführung reagiert zunächst nicht auf den Angriff des Oberhauptes von rund 60 Millionen Anglikanern in aller Welt, das sich üblicherweise an der tagesspolitischen Diskussion nicht beteiligt. Parteitagdelegierte zeigten sich jedoch sehr befremdet. „Gedankenlose Bemerkungen des Erzbischofs verschlimmern die Lage nur noch weiter“, erklärte der Parlamentsabgeordnete Anthony Beaumont-Dark. Seite 16: Tories deutlich vorn

Carrington fordert stärkere konventionelle Rüstung

NATO soll von atomarer Abschreckung unabhängiger werden

DW, London

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat in einem Interview mit dem britischen Fernsehen verstärkte Anstrengungen im Bereich der konventionellen Rüstung gefordert. Gleichzeitig betonte er, daß dieses Bemühen die Rüstungsausgaben der 16 NATO-Mitgliedsstaaten in die Höhe treiben würde. „Diejenigen, die sich entschieden gegen Atomwaffen aussprechen, scheinen nicht die Realität sehen und den logischen Schluß ziehen zu wollen, daß dies zu höheren und nicht etwa zu geringeren Rüstungsausgaben führt“, erklärte der Politiker.

Die nukleare Verteidigung sei billiger. Er sei jedoch überzeugt, daß die NATO mehr tun müsse, um die konventionelle Rüstung auszubauen. Carrington nahm in dem Interview zu wiederholten Forderungen aus Kreisen des westlichen Verteidigungs-bündnisses vor allem von Seiten des europäischen NATO-Oberbefehlshabers General Bernard Rogers Stellung. Danach müßte die Abhängig-

keit der NATO von atomarer Abschreckung verringert werden. Vor allem in Europa sei ein Ausbau des konventionellen Rüstungspotentials erforderlich.

Zum Stand der Ost-West-Beziehungen sagte Carrington, wer von der jüngsten Begegnung zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen Außenminister Gromyko einen Durchbruch im Verhältnis der Supermächte erwartet hätte, lebe in einer „Welt der Phantasie“. Es werde noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen, zwischen den Supermächten Vertrauen zu schaffen.

Der NATO-Generalsekretär sprach sich entschieden gegen das Votum der oppositionellen Labour Party auf deren Parteitag in der vergangenen Woche aus, Atomwaffen von britischem Boden zu verbannen. Wenn sich andere westeuropäische Bündnispartner eine solche Politik zu eigen machten, würde das „das Ende der NATO“ bedeuten, sagte Carrington.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Barings Einblicke

Von Enno v. Loewenstern

Es ist schwer zu verstehen, wie der Zeithistoriker Arnulf Baring zu seiner bizarren Diagnose kommt, es gebe eine „Identifizierung der Bevölkerung mit diesem Regime“ (der „DDR“); ja, obwohl man die Forderung des Regimes nicht akzeptiert, Sozialisten zu sein – „man identifiziert sich aber trotzdem, etwa auch mit dem Staatsratsvorsitzenden, ist durchaus gekränkt über das, was Herr Dregger sagt.“

Und zwar, „weil durch die gemeinsame Geschichte und die gemeinsame – da würde ich fast sagen: – Verantwortung- oder Schicksalsgemeinschaft, die diese DDR-Bürger nun einmal getroffen hat, als diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg stärker ausbaden müssen, als der Rest der Deutschen das mußte – da etwas entsteht, was das Regime gar nicht voll wahrnimmt, auch nicht anerkennt, aber doch wesentlich zu seiner Anerkennung in der Bevölkerung, glaube ich, beiträgt.“

Also: Honecker weiß gar nicht, wie sehr man ihn liebt. Und zwar ausgerechnet wegen der Ausbeutung und Ruinierung des Landes durch die Sowjets, deren Handlanger Honecker war und ist. Das erzählt Professor Baring den fassungslosen „DDR-Bürgern“ (recte: deutschen Staatsbürgern in der „DDR“) über den Deutschlandfunk. So weit ist nicht einmal Gaus mit seiner „Nischen-Gesellschaft“ gegangen.

Sehen wir einmal von der jüngst im ZDF-Magazin besprochenen Umfrage unter Mitteldeutschen ab, die eine Dreiviertelmehrheit für die Wiedervereinigung erbrachte: Barings Zuhörer drüben fragen sich natürlich, wieso angesichts dieser angeblichen Identifizierung mit dem Honecker-Regime die Mauer noch steht. Woher die Hunderttausende Ausreisestträge und die immer neuen Fluchtversuche kommen, warum nicht wenigstens ein Minimum an Wahl- und Meinungsäußerungsfreiheit gewährt wird, wenn die Leute schon auf Honeckers Seite stehen. Nur, weil das Regime so dumm ist, daß es das „gar nicht voll wahrnimmt“?

Politisch mag ja Baring den Kreisen nahestehen, die gegen Wiedervereinigung sind – das muß jedem mit sich und seinem Gewissen ausmachen. Aber mit solchen Diagnosen setzt er obendrein seinen Ruf als Wissenschaftler aufs Spiel.

Börners grünes Elend

Von Dankwart Guratzsch

In Hessen deuten alle Zeichen darauf hin, daß es mit der Gemühtlichkeit im rot-grünen Bündnis vorbei ist. Dabei geht die Bedrohung der Regierung Börner gar nicht so sehr von seinen damaligen Verhandlungspartnern aus, sondern von der grünen „Basis“, die jetzt die „Einlösung“ der schriftlichen Vereinbarungen auf Punkt und Komma fordert.

Es zeigt sich nun, daß die von Börner akzeptierte Sprache dieser Vereinbarungen nicht nur ihm Möglichkeiten zur Interpretation läßt, sondern in den Ausdeutungen seiner Bündnispartner zum Erpressungsinstrument werden kann. Nichts anderes hatten CDU und FDP vorausgesehen.

Beim Streit um die von den Grünen geforderte Stilllegung der sogenannten Atomfabriken in Hanau geht es indessen keineswegs nur um ein heissendes Sonderthema. Die Firmen Alkem und Nukem versorgen heute rund achtzig Prozent der Atommeiler in der Bundesrepublik mit nuklearem Brennstoff. Darüber hinaus beliefern sie mehr als dreißig Reaktoren im Ausland. Ähnlich wie in der Sicherheits- und in der Ausländerfrage, sind also auch hier Fragen von nationalem Rang berührt. Das Beispiel zeigt erneut, wie gefährlich nahe und wie fähig sich Börner mit den rot-grünen Vereinbarungen an den Rand einer Verletzung dieser Belange begeben hat.

Selbst wenn sich die Landesregierung in dieser Frage am Ende hinter der Auftragsverwaltung des Bundes verschanzte, haben die Grünen Vorwände genug, um Börner den Bruch anzudrehen. Die Versuchung dazu ist nach dem Ausgang der jüngsten Wahlen in Nordrhein-Westfalen groß.

Bei neuen Landtagswahlen in Hessen rechnen sich die Grünen heute nämlich beträchtliche Stimmengewinne aus. 1983 waren sie hier nur auf 5,6 Prozent der Wählerstimmen gekommen. „Mehr kriegen wir bei Neuwahlen allemal“, war auf der Landesmitgliederversammlung in Mainhausen beinahe einhellige Meinung. Eine „große Koalition der Hampelmann der Atomkraft“, frohlockte der Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer, würde die grünen Wahlchancen sogar noch verbessern. Börners Bündnisziel und -rechtfertigung, den Grünen die Wähler abzunehmen, scheint in weite Ferne gerückt.

Fuchs in Deckung

Von Friedrich Meichsner

Eine Fuchs schien in seinem Bau aufgestöbert und umstellt. Das war der erste Eindruck, als Italiens Radikale Partei im Parlament eine Geheimabstimmung über ihre Forderung nach Rücktritt des christdemokratischen Außenministers Giulio Andreotti wegen angeblicher Verfilzungen mit dem Mafia-Banker Michele Sindona erzwingen und die Kommunisten durch ihre Stimmenthaltung den Minister retteten.

Noch verhüllt der aufgewühlte Staub den Blick auf den Kern. Unübersehbar sind jedoch zwei Fakten: 1. Die KP hätte Andreotti stürzen können, sie hat es nicht getan. 2. Die Kommunisten haben nach der Parlamentsabstimmung ihre eigene Forderung nach Rücktritt Andreottis präsentiert. Pann oder Berechnung? Manches spricht für Berechnung.

Vielleicht hat die KP mit ihrer scheinbar widersprüchlichen Taktik dreierlei bewirken wollen: Andreotti zu verpflichten und ihm gleichzeitig klarzumachen, wie sehr er von ihrem Wohlwollen abhängt; die Democrazia Cristiana zu zwingen, ihren Parteifreund geschlossen zu verteidigen; die Koalitionspartner der DC, die Andreotti von der KP applaudierte Seiltänzer zwischen Washington und Moskau, zwischen Israel und der PLO mit wachsendem Argwohn verfolgen, vor die Wahl zu stellen, entweder diese Politik weiter hinzunehmen oder aber eine offene Auseinandersetzung mit der ganzen DC und damit die Regierungskrise zu riskieren.

Wenn dies die Absichten der KP gewesen sein sollten, wurde das Ziel zumindest in der DC erreicht. Sie errichtete eine Schutzmauer um ihren Minister. Und innerhalb der Koalition sind zwar Forderungen nach einer außenpolitischen „Verifizierung“ laut geworden, der sozialistische Ministerpräsident Craxi aber hält seinem Außenminister nolens volens die Stange, weil er weiß, daß es letztlich um sein eigenes Überleben als Regierungschef geht. Wahrscheinlich würde er sogar im Fall einer Formalisierung des kommunistischen Rücktrittsanspruchs die Vertrauensfrage stellen, um das Regierungslager geschlossen zur offenen Pro-Andreotti-Abstimmung zu zwingen.

Der Fuchsbau, so scheint es bei genauerem Hinschauen, hat heute eher noch mehr freie Ausschlüpfel als gestern.



Garantiert frei von Verantwortung!

Die strahlende Abwehr

Von Adalbert Bärwolff

Die größte technologische Schlacht der Weltgeschichte hat begonnen. Das Schlachtfeld sind die Laboratorien und Prüfstände in den Wüsten und im Vakuum. Das Ziel: Mit nichtnuklearen Mitteln der Defensive sollen die nuklearen Gefechtsköpfe ballistischer Interkontinentalraketen der Offensive ausgeschaltet werden.

Gelänge dies, lägen die Waffen, die bislang ohne Gegenwehr die gegenseitige nukleare Vernichtung garantierten, auf dem Schrotthaufen der Technik. Die nukleare Strategie stünde kopf. Und das Land, das als erstes über Einsatzzeit der immateriellen Waffen verfügte, die Lichtgeschwindigkeit jeden materiellen Körper zerstören, könnte die andere Seite als mildesten Ausdruck seiner weltstrategischen Dominanz zum Verhandlungstisch hüten.

Es ist denkbar, daß am Ende der technologischen Schlacht dies nicht die Vereinigten Staaten von Amerika wären.

Als Präsident Reagan am 23. März 1983 seine berühmte „Star Wars“-Rede hielt, war dies nur eine bemerkenswerte Rede gewesen. Es gab kein Programm. Und es gab keinen Programmplan. Heute gibt es ein „Crash“-Programm. An der Spitze dieses Programms der sogenannten strategischen Verteidigungsinitiative steht einer der brillantesten Militärmanager Amerikas. Die Kassen sind offen. In dem am 1. Oktober in den USA begonnenen Finanzjahr 1985 werden 1,6 Milliarden Dollar für die Entwicklung der Waffen ausgegeben, die die Atomwaffen unschädlich machen sollen. Über einen Zeitraum von nur fünf Jahren sollen mehr als 26 Milliarden Dollar in das Programm gepumpt werden, das alle technologischen Kräfte in dem gewaltigen Reservoir der USA mobilisiert. Das ist mehr, als das Programm zur Landung von Amerikanern auf dem Mond über einen Zeitraum von fast zehn Jahren gekostet hat.

Als Präsident Kennedy Anfang 1961 das Mondlandeziel setzte, hatten die Russen keine Chance, in dem Wettlauf um die Demonstration der technologischen Führung den ersten Platz zu erreichen. Sie haben heute nicht versucht, als zweite zum Mond zu fliegen. Sie haben keine mit der Saturn-5 vergleichbare Trägersysteme. Die Sowjetunion hat auch heute keine Chance, das Rennen um die Waffe



Programm auch gegen die SS 20 möglich: General Abrahamson (mit Space Shuttle) FOTO: AP

zu gewinnen, die die ballistischen Atomwaffen vielleicht neutralisiert. Denn es ist ein Rennen mit technologischer Phantasie auf allen Sektoren, der Ultra-Technologie, Supercomputer, Software, Mikroelektronik, künstliche Intelligenz, elektro-optische Sensoren, Lenkung und Navigation, Strahlsteuerung hochenergiereicher Laser oder Beschleunigung von Projektilen in elektromagnetischen Kanonen sind den Sowjets nicht gerade auf dem Leib geschrieben. Sicher, sie sind auf dem Gebiet der theoretischen Physik gleichwertig, auch mal führender, aber sie können die Theorie nicht so schnell und nicht so effektiv in raffinierte und komplexe Systeme der Hochtechnologie umsetzen. Daran ändert die von amerikanischen Geheimdienstquellen immer wieder zitierte sowjetische Erprobungsstation von Sanschagan auch nichts, von der aus hochenergiegeladene Strahlen in die Atmosphäre geleitet werden.

Trotz budgetärer Einschnitte durch den Kongreß ist Abrahamsons Haushalt von 1,6 Milliarden Dollar für das erste Finanzjahr der strategischen Verteidigungsinitiative nicht schlecht. Mit Sicherheit ist in der Geschichte der Technik noch nie innerhalb eines Jahres soviel Geld für eine technische Demonstration ohne Prototypenfertigung ausgegeben worden. Abrahamson muß nicht nur den Sowjets zeigen, daß es geht. Er muß auch die Kritiker im eigenen Land überzeugen.

An die fünfhundert Satelliten mit Lichtkanonen oder elektromagnetischen Kanonen sollen in drei Abwehrzonen die möglichen zugsamer sowjetischer Atomgefechtsköpfe abfangen. Gefechtsköpfe, die durchkommen, sollen vom Boden aus nach Identifizierung durch Infrarotsensoren vernichtet werden.

Und wer fängt die Gefechtsköpfe der SS 20 ab, die Europa bedrohen? Dieselben Sensoren und dieselben Waffensatelliten, die die Interkontinentalraketen auslösen, könnten auch die taktischen Raketen vernichten, die von Osteuropa aus rund siebenhundert Kilometer hoch in den Weltraum aufsteigen. Es ist nur eine Frage der Programmierung der Bahnparameter und der Stückzahl. Mit Ideen und Geld kann Europa die technologische Schlacht mitspielen. Der Technologie-Transfer ist längst keine Einbahnstraße mehr. Amerika allein hat nicht alle Antworten für den Strahlenvorhang in der Tasche, dessen Demonstration den Sowjets das Drohen nehmen und sie an den Verhandlungstisch bringen wird.

IM GESPRÄCH Marlene Lenz

Nur ein Mann dabei

Von Eva Jentsch

Marlene Lenz steht einem Ausschuss im Europäischen Parlament in Straßburg seit Beginn der zweiten Legislaturperiode vor, dem neun Sozialisten, sieben Mitglieder der Europäischen Volkspartei, zwei Kommunisten, drei Europäische Demokraten, ein Liberaler, ein Vertreter der Europäischen Rechten, ein Gaulist und ein Mitglied der Regenbogenfraktion angehören. Insgesamt fünf und zwanzig Mitglieder aus zehn Ländern, darunter insgesamt ein Mann. Es handelt sich um den Ausschuss „Rechte der Frau“. Die Vielzahl der Parteien klingt absurd, ist aber europäische Wirklichkeit.

Die anderen siebzehn Ausschüsse sind kaum anders zusammengesetzt. Es liegt auf der Hand, daß viel Fingerspitzengefühl, Geduld, Sprachkenntnis und Erfahrung im Umgang mit Menschen vonnöten sind, um einen solchen Ausschuss zu leiten.

Marlene Lenz bringt diese Erfahrung mit. Sie hat sie vorwiegend auf europäischer Ebene erworben. Die eher etwas schen und zurückhaltend wirkende Politikerin, von der Ausbildung her akademisch geprägte Übersetzerin der Universität Heidelberg mit einem Hang zum Fach Geschichte, wurde 1979 und 1984 von der CDU Rheinland für das Europäische Parlament aufgestellt und gewählt. Schon vor Gründung der Europäischen Gemeinschaft 1957 war sie in Paris bei europäischen Organisationen tätig, unter anderem bei einer deutsch-französischen Austauschkommission, und nahm dort auch an den ersten europäischen Kongressen teil.

Ihre Interesse für Europa wurde hauptsächlich durch ihren Vater geweckt, der Staatssekretär beim ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer war. Nach kurzer Zwischenstation in Bonn, wo sie als Geschäftsführerin beim Aufbau der Deutsch-Atlantischen Gesellschaft mitwirkte, ging sie zur damaligen EWG nach Brüssel und arbeitete zeitweise im Kabinett



Europäerin schon vor der ersten Stunde: Marlene Lenz FOTO: oswetz

von Jean Rey, dem belgischen Kommissar für Außenbeziehungen. 1983 holte sie die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Aenne Brauksiepe nach Bonn, wo sie Frauenreferentin der CDU wurde. Hier wurde sie sehr stark für die internationale Arbeit eingesetzt, so für die Europäische Frauen-Union, ein Zusammenschluß christlich-demokratischer Frauen. 1979 schlug für sie die Stunde des Einzugs ins Europäische Parlament als Abgeordnete. Hier gehörte sie, wie auch jetzt, dem Politischen Ausschuss sowie dem Ausschuss für Außenbeziehungen an.

Die Ziele für ihre Arbeit als Vorsitzende des Ausschusses „Rechte der Frau“ umriß sie in Bonn in einer Pressekonferenz. Sie will sich einsetzen für die Durchsetzung der EG-Richtlinien zur Lohnleichheit, zum gleichen Zugang zum Beruf und zum gleichen sozialen Sicherung von Mann und Frau. Vor allen Dingen sieht sie ihre Aufgabe darin, die überproportionale Arbeitslosigkeit der Frauen in den EG-Ländern zu bekämpfen. Es ist ihr Wunsch, daß sich der Ausschuss „Rechte der Frau“ ganz selbstverständlich in die parlamentarische Arbeit in Straßburg einfügt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NÜRNBERGER Nachrichten

Die Zeitung nicht ein brüderliches Bündnis in Hessen:

Ursprünglich hatten die alternativen Parlamentarier für den Ausstieg aus der „Plutonikumwirtschaft“ einen Stufenplan angepeilt, der ihnen bei den Verhandlungen mit der SPD Spielraum gelassen hätte. Doch dem hat die Basis jetzt einen Riegel vorgeschoben, die grünen Abgeordneten haben nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder sie setzen die „unverzügliche“ Stilllegung von Nukem und Alkem durch, oder sie kündigen Börner die Gefolgschaft auf. Die SPD kommt dadurch in eine höchst peinliche Situation, und zwar nicht nur in Hessen. Den Grünen nachzugeben hieße, die gesamte bundesdeutsche Atompolitik in Frage zu stellen. Denn die Hanauer Betriebe spielen in den Plänen des Bundes und der Länder eine Schlüsselrolle. Ohne Hanau, so freuten sich die Grünen schon, wäre die Inbetriebnahme des Schnellen Bräters in Kalkar und auch der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben undenkbar. Der Streit um Nukem und Alkem belegt wieder einmal die Anfälligkeit von Bündnissen mit den Grünen und zeigt, wie wenig realitätsbezogen die Debatten über eine echte Regierungsbeteiligung der Alternativen im Grunde sind.

WESTFALEN-BLATT

Die Minister der CDU äußert sich zum Schlüsselwort „Durchbruch“:

Vor Ort muß sich der Polit-Pragmatiker Holger Börner nun, bei der

ersten Nagelprobe schon, darauf gefaßt machen, daß ihm die Grünen im Wiesbadener Landtag die Gnade der Duldung seiner SPD-Regierung kurzfristig wieder entziehen werden. Solcherlei Erpressung kann einem widerfahren, wenn man auf politisch so unberechenbare, sprich: unsichere Kantonisten setzt...

Frankfurter Allgemeine

Über die Rolle der „DDR“ hält es hier:

Gromyko, der in der Moskauer kollektiven Führung die Außenpolitik verwaltet, hat bei der Staatsfeier in Ost-Berlin Honecker aufs neue gemahnt, er solle sich hüten vor dem „Revanchismus“ der Bundesrepublik, das heißt vor der Bonner Wiedervereinigungspolitik. Aber Honecker braucht solche Belehrung nicht. Er behauptet seit jeher, das Verhältnis zwischen dem östlichen und dem westlichen deutschen Staat sei so wie das irgendwelcher Staaten der Welt.

LES ECHOS

Die französische Wirtschaftsmotivation nach zur Lage in Tschad:

Es wächst die schwache Hoffnung, daß sich die Lage in Tschad klärt... Gewiß, niemand wagt ein rasches und vor allem dauerhaftes Ende des Konflikts vorzusagen, der seit über fünfzehn Jahren Tschad entzweit. Die Bestätigung der Vorbereitungen für den Abzug der libyschen Streitkräfte und die damit verbundene Ankündigung der zweiten Phase des französischen Abzugs bestätigen jedoch, daß nach den intensiven afrikanischen Beratungen die Puzzle-Teile sich in den nächsten Tagen ineinanderfügen könnten.

Weil sie in anderen Ländern so viel gelitten haben

Der Kampf um die jüdischen Wähler der USA / Von Günter Friedländer

Weniger als drei Prozent der Bevölkerung der USA sind Juden*, schreibt Nordamerikas meistgelesene Zeitung, das Wall Street Journal, „aber weil sie in so großer Zahl wählen, repräsentieren sie in der Wählerschaft das Doppelte. Sie können in mehreren großen Staaten ausschlaggebend sein.“

Albert J. Smith, ein Katholik, seit neunzehn Jahren Bürgermeister des Chicagoer Vorortes Skokie, wo vierzig Prozent der Bevölkerung Juden sind, sagt: „Die Juden wählen nach ihrem Gewissen. Sie verstehen vielleicht besser, was für ein Land die USA sind, weil sie in vielen anderen Ländern so viel gelitten haben.“

Ähnliches kann man in Amerika großen Medien lesen und hören, seit Reagan und Mondale im Wahlkampf zu den Delegierten der 1983 von Juden aus Deutschland gegründeten gemeinnützigen jüdischen Organisation B'nai B'rith (500 000 Mitglieder) sprachen.

Die oft „die dritte Religion“ genannten Juden der USA wählen

ebensowenig geschlossen als Gruppe wie die Protestanten oder Katholiken. Religiös können sie reformiert, konservativ, orthodox oder Chassidim sein. Die beiden letzten Gruppen sind oft „in der Verteidigung der traditionellen Werte der Gesellschaft“ mit den protestantischen Fundamentalisten verbunden, während die ersten bis vor kurzem meist mit liberalen Gruppen zusammenarbeiteten. Auch sozial sind sie keine Einheit. Man überschätzt oft den Wohlstand ihrer gehobenen Mittelstände, unterschätzt hingegen die Armut vieler Juden, die nicht aus den Slums der Großstädte heraufstiegen.

Es gilt in den USA als selbstverständlich, daß ethnische oder religiöse Gruppen bei Wahlen ihre legitimen Interessen verteidigen, ob deshalb die nationalen Probleme zu vergessen. Das große Interesse der Medien für die jüdischen Wähler hat einen guten Grund. Der historische Prozeß hatte vor mehr als einem halben Jahrhundert zu vielen Minderheiten auch die mei-

sten Juden in die Demokratische Partei gebracht. Die Enttäuschung über die die Partei beherrschenden Liberalen läßt immer mehr Juden zu den Republikanern übergehen.

Neo-konservative jüdische und nichtjüdische Intellektuelle – unter den letzteren Jeane Kirkpatrick – leiteten in der einflussreichen jüdischen Monatsschrift „Commentary“ die Abkehr von den liberalen Demokraten ein, als diese die Gedanken und Parolen der Dritten Welt in das Programm der Partei einbauten. Die von Mondale nicht zurückgewiesene Haßkampagne Jesse Jacksons und seines Hintermannes Louis Farrakhan tragen zur Entfremdung der jüdischen Wähler bei, von denen bereits 1980 nur noch fünf und vierzig Prozent Carter wählten. Vergleichbar suchen Demokraten-Politiker, unter ihnen Führer jüdischer Organisationen, diesen Prozeß aufzuhalten, indem sie mit der Furcht der angeblich abrückenden Trennung von Staat und Kirche spielen, einem für die Juden heiklen Thema: sie erin-

nern sich durchaus noch an Verfolgungen in Ländern mit Staatsreligion und an die Inquisition.

Gerade die jüdischen Wähler sehnen sich nach den „traditionellen Werten“. Sie sehen mit Schrecken, daß Zeiterscheinungen wie viele Scheidungen oder die Auswirkungen der angeblichen „Befreiung von sexuellen Tabus“ die sprichwörtliche Stabilität ihrer Familien zerstören. Sie fühlen sich im Kampf um die Bewahrung ihrer Identität von vielen ihrer eigenen Intellektuellen, besonders an den großen Universitäten, verlassen und ihre Ideale von liberalen Organisationen wie dem Weltkirchenrat verraten. Nun entdecken sie eine neue Generation jüdischer Intellektueller, auf deren Stimme im konservativen Lager gehört wird. Die respektierte konservative „Heritage Foundation“ veröffentlichte in der letzten Ausgabe ihrer „Policy Review“ eine Umfrage über das Thema „Sex und Gott in der amerikanischen Politik“. Von dreizehn befragten konservativen

Führern sind vier Juden. Verschiedene Umfragen ergeben nun, daß erstmals die Mehrheit der amerikanischen Juden republikanisch wählen und denen den Rücken kehren könnten, die Jeane Kirkpatrick, selbst eine entfremdete Demokratin, nach dem Sitz des letzten Parteitagges verteidigt die „San Francisco-Demokraten“ nennt. Beobachter dieses Prozesses meinen, daß die politisch empfindlichen Juden einen Trend im amerikanischen Leben anzeigen. Dabei hilft, daß einige Grundstamfragen, wie das Bündnis der USA mit Israel, zum Programm beider Parteien gehören.

Die Abwanderung der Juden von den Demokraten ist eine Warnung für beide Parteien: Keine sollte mehr wie bisher mit der bedingungslosen Ergebnisorientierung irgendeiner Gruppe der Bevölkerung rechnen. Der politische Prozeß hat eine Reife erreicht, wo Gewissensfragen viele Wähler stärker bewegen als mehr oder weniger kurzfristige Anliegen der Tagespolitik.

Rosen, Rüben und der Himmel des Optimismus

Helmut Kohl ist in ein Land gereist, in dem der politische Wandel der letzten Jahre mit Händen zu greifen ist. Die Öffnung Chinas findet nicht nur nach außen statt, sie ist auch bei den Menschen spürbar.

Von HERBERT KREMP

Vielleicht war der Bautrupp im morgendlichen Verkehrsverkehr steckengeblieben. Denn als Bundeskanzler Kohl am Montag pünktlich um neun an der Ostseite der Großen Halle des Volkes zu Peking offiziell begrüßt wurde, beeilten sich Arbeiter an der Nordseite des unübersichtlich großen Tiansanmen-Platzes, die vier Heldenköpfe des Marxismus-Leninismus, die Herren Marx und Engels, Lenin und Stalin, abzumanteln. Im Gegensatz zur maoistischen Zeit werden die farbigen Giganten jetzt nur noch zweimal im Jahr zur Sicht gestellt: am 1. Mai und am 1. Oktober. Diesmal gehörten sie zum ideologischen Dekor einer der größten Militärspektakel, die Peking je gesehen hat. Nun, da sie in die Repräsentationskammer zurückgeschafft sind, beherrscht das Buddha-runde Porträt Mao Zedongs allein und wohl schon etwas einsam den Hauptplatz der Metropole.

Der Empfang des Bundeskanzlers erinnerte für einen Moment an das gigantische Spektakel der Gründungsfeier am Oktoberanfang: die drei Waffengattungen der Armee waren in ihren mit Tressen und Biesen neu geschmückten Gala-Monturen erschienen und paradierten nach zackiger Meldung im Stabschritt und mit zum Sturm angelegten Bajonetten an dem friedlichen Gast aus Bonn vorbei. Neuzugänge gaben die Feldhaubitzen laut, die auf dem steilen Rechteck vor dem Kaiserpalast wie Spielzeugkugeln aussahen. Die deutschen Nobel-Gäste, die unter den voo Byzanz entlaufenen Säulen der Volks-Halle aufgereiht worden waren, wurden von Nobel-Gastgebern begrüßt: die chinesischen Funktionäre waren in europäischem Zivil (Weste gilt als obligatorisch), die Damen im Rock erschienen. China gibt sich zur Welt hin offen. Das aufdringlich bekundete Asketentum der Altzeit ist elegantem westlichen Schnitt gewichen. Was der Herr im Memorial am Rande des Platzes, der mumifizierte Mao Zedong, dazu sagen würde, bleibt begründete Vermutung.

Helmut Kohl genoss den zeremoniellen Ernst des großen Willkommens sichtlich. Er wohnt mit den Staatspersönlichkeiten im Gästehaus Diaoyutai, weit im Nordwesten der Stadt, in einer Suite, die man auch Präsident Reagan zur Verfügung gestellt hatte. Ein gewaltiges, in einen drachengemusterten Holz-Baldachin gehülltes Ruhelager schmückt das Schlafzimmer - der chinesische Kaiser hatte sich mit schmalen Federn zu begnügen. Das Haus Nr. 12 ist von anderen Gebäuden umgeben, die in einer gewissen Hierarchie zueinander



Chinesische Küche aus erster Hand: Helmut Kohl mit Gastgeber Zhao Ziyang beim Bankett

stehen. Die Suite für die Frau des Kanzlers wurde etwas einfacher gestaltet. Aus den Räumen fällt der Blick auf einen chinesischen Park, in dessen Seen sich Pavillons im alten Stil spiegeln. Diaoyutai ist scharf, aber unauffällig bewacht.

China hält für die Gäste, unter denen sich Entwicklungsminister, Wirtschaftsminister und eine Sonderdelegation prominenter Industrieller und Bankiers befinden, das Beste bereit, was das „größte Entwicklungsland der Erde“, wie die Selbstbezeichnung lautet, zu bieten hat. Zwei große Empfänge, einer im Festsaal der Großen Halle des Volkes, ein anderer in der deutschen Botschaft, und eine Festaufführung der „Zauberflöte“, intoniert von der Bayerischen Staatsoper, bilden die Höhepunkte des Peking-Programms, das im übrigen „bis zur letzten Minute“ mit Gesprächen und Wirtschaftsverhandlungen ausgefüllt ist.

Für den Besucher, der die Stadt Peking seit Jahren nicht mehr gesehen hat, bietet das Leben einen erstaunlichen Wandel. Die Märkte sind voll, die großen Kaufhäuser der Metropole, die über sieben Millionen Menschen birgt, scheinen zu bersten. An die Stelle der Eintönigkeit in Kleidung und Aussehen sind bunte Farben, ziemlich enge Röcke und Jeans, phantasievolle Frisuren, schmutzige westliche Anzüge und sichtliche Lebensfreude getreten. Es gibt keine Lebensmittelrationierungen mehr, seit Deng Xiaoping, der achtzigjährige Parteichef von China, die Bauern aufgefordert hat, sich durch marktwirtschaftliche Emsigkeit „zu bereichern“.

Sie tun es auch. Der keimende und knospende Wohlstand der Bauern, abgestuft freilich nach der Fruchtbarkeit der Provinzen, bewirkt eine größere Veränderung des Landes als die Bauart der Behörden, die ihre Hochhäuser wie Riesen in den flachen Strudelteil der alten Hofhausviertel stampfen lassen. China rechnet mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent dank des Marktsozialismus, den der einst von Mao und seinen Gardien gehetzte

Deng am Ende seines Lebens mit einem riesigen Tuschepinsel ins Gesichtsbuch kalligraphiert.

Die Revolution ist beendet. Die Armee, die ihre politischen und gesellschaftlichen Privilegien verliert, und etwa die Hälfte der 40 Millionen Parteimitglieder, die sich heute von Fachleuten bedrängt sehen, würgen daran. Aber wenn morgen in China ein Plebiszit über Linien und Wege stattfinden würde, erhielte Deng den Zuspruch von sicher 80 Prozent der Chinesen. Er ist, man sieht es an der Kette der Ehrungen, ein weithin beliebter Mann, der das Reich der Mitte zu seinen historischen Befähigungen und Leistungen zurückführt. Die Frage seiner Nachfolge wird daher ängstlich und nur halbhaft erörtert. China ist infolge der pragmatischen, in der Substanz unkommunistischen Reformen dabei, die viel erstarrte Wirklichkeit der Sowjetunion zu überholen. Das setzt natürlich Reaktionen frei, die auch neue ideologische und außenpolitische Streitigkeiten mit Moskau nach sich ziehen können.

Die Männer der Wirtschaft in der Begleitung Kohls, durchaus angetan von der realistischen, jede Überhitzung vermeidenden Wirtschaftspolitik des kleinen Wohlstands, fragen so besorgt wie viele Chinesen, ob es „50 bis 70 Jahre so weitergehen wird“, wie Deng gerade prophezeite. Wer Peking kennt, bemerkt sofort die sozialen Unterschiede, die unter den scharfen Beobachtung des Nachbarn neigenden Chinesen in kurzer Zeit aufgebrochen sind. Belohnte Tüchtigkeit und geförderte Initiativen beenden die Gleichheit der Warenkörbe: enthält Rüben und Rosen.

Wer über die Geschäftsstraße Wangfuching im Zentrum promenierte, war in der traditionellen Stil wieder aufgebaute Antiquitäten-, Kunst- und Papierstraße Lüdicang durchmisst, trifft auf Luxus in den Auslagen und an den Menschen. Hier berappen nicht nur westliche Bosse und arabische Scheiche überhöhte Preise. Hier beobachtet man auch chinesische Eleganz und einnehmendes Geschäftsgebahren der Kaufleute. Aber hundert Meter weiter, in den alten, halbverfallenen Gassen und in

den kahlen Etagen der neuen Wohnburgen, wo es so wimmelt, begegnet man auf einmal dem bekannten besorgten Gesicht, dem Enge des Hockens und Liegens, dem würrigen Duft der kollektiven Hygiene, dem Rauch und Dampf mühsamer Versorgung. Wie die wachsenden Gegensätze zusammengehen sollen, weiß man dann nicht mehr.

Und doch hängt über allem der Himmel des Optimismus. Denen, die noch tief unten stecken, öffnet sich ein Weg. Die Jugend gibt sich fröhlich, fast auftrumpfend. Sie fühlt in sich die unbändige Energie ihres Volkes. Die jungen Pärchen gehen Hand in Hand und Arm in Arm - dafür stand früher Arbeitslager. Für unsere Begriffe entfaltet die Frische aber einen angenehmen Glanz. Die Menschen entdecken sich - und bleiben doch verhalten im Vergleich zu anderen Kulturen. Emanzipation wird nicht zum sittlichen Problem, noch nicht. Die Partei in den Straßenkollektiven paßt auf, aber sie drangsaliert und pädagogisiert nicht mehr so sinnlos herum wie unter Mao und seinem ersten Nachfolger Hua. Die ewigen abendlichen Belehrungen, auf denen damals der „Neue Mensch“ gebildet werden sollte, haben aufgehört. Noch vor vier Jahren sah man Kolonnen von Leuten mit kleinen Schemeln zu den Versammlungen ziehen, wo unter schwachen Funzeln das Bild der Utopie ins Dunkel entworfen wurde. Heute hockt man am warmen Herbstabend (28 Grad und immer schön) auf demselben Schemel und spinnt ein freundlicheres Zukunftsgarn.

Das überträgt sich, das macht Atmosphäre. Gestern veröffentlichte die englischsprachige „China Daily“ 16 Anzeigen deutscher Firmen, vier ganzseitige der großen Unternehmen, mit einem Bild des schönen Atomkraftwerkes von Grafenrheinfeld (KWU), das man bei uns nicht mehr so gerne sieht. In China gilt Fortschritt als Fortschritt, und man hat trotz aller Schatten und Schründen, trotz aller Tüfeln und Tüfeln das spannende Gefühl, daß ein Riese sich in Marsch setzt, ein Wesen von unvorstellbarer, gewaltiger Energie.

Die Stunde des „Underdog“: Reagan in der Defensive

Die bessere Figur machte Herausforderer Walter Mondale. So sahen zumindest professionelle Beobachter sein erstes TV-Rededuell mit Ronald Reagan. Doch eine Umfrage nach der landesweiten Sendung ergab, daß sich am großen Popularitäts-Vorsprung für den Präsidenten nichts änderte.

Von TH. KIELINGER

Ein erstaunlich locker lächelnder Walter Mondale griff am Sonntagabend in die Schatztruhe psychologischer Tricks und produzierte, was man ihm nicht zugeutraut hätte: einen gelungenen Sarkasmus auf Kosten des Präsidenten. „Also was ich da gerade gehört habe“, begann er als Antwort auf eine Einlassung Reagans, „das erinnert mich an etwas, das Will Rogers über Herbert Hoover zu sagen pflegte: Nicht, was er nicht weiß, macht mir Kummer, sondern was er glaubt zu wissen, und was demnach gar nicht so ist, wie er meint.“

Hätte es der Herausforderer bei diesem Hieb belassen, der Punkt wäre an ihn gegangen. Aber er konnte es sich nicht verkneifen, mit einem etwas entstellenden Grinsen in die Richtung seines Opfers zu schauen, so als wollte er triumphieren. Habe ich Dich endlich an einer verwundbaren Stelle getroffen? Diesen Überreifer werden ihm die Amerikaner nicht honorigen. Denn Reagan ist immerhin der Präsident der Republik, und da, bitteschön, möge man bestimmte Grenzen der Angriffslust nicht überschreiten.

Aber dieser Patzer war der einzige Fehltritt in einer glänzenden Vorstellung Walter Mondales. Mit dem großen Vorteil des „Underdog“ trat der Spitzenkandidat der Demokraten in diese erste der beiden TV-Duelle mit Reagan. Er wußte diesen Vorteil voll zu nutzen, wie 1960 Nixon gegen Kennedy, 1976 Carter gegen Ford und 1980 Reagan gegen Carter. Sichtlich unbeeindruckt von den Umfragen, die ihn 16 Prozentpunkte hinter dem Präsidenten sehen, stand er 100 Minuten lang vor den Kameras mit der schwingenden Frische des Herausforderers, der nichts zu verlieren hat. Sein Gesicht, in dem die Augen sonst eher glasig versinken, glänzte vor Kampfstreue und unverkämpfter Argumentationstust. Daneben besaß

er genügend Courtoisie, dem Präsidenten, fast herablassend, einige Komplimente zu machen.

Ronald Reagan dagegen wirkte nervös, angespannt. Louisville in Kentucky, der Austragungsort des jährlichen US-Derbys, war an diesem Abend sein bestes Rennen nicht. Das kommt, wenn man als weit vorausliegendes Pferd den Verfolger an sich heranläßt. Man wird in die Defensive gedrängt. Und aus ihr heraus argumentierte der Präsident, immer wieder von Mondale angeprangert: in der Sozialpolitik, der Rentenversicherung, der religiösen Frage (Gebet in den Schulen), der moralischen Frage (Abtreibungsgesetzgebung, „moralische Tests“ für Bundesrichter) und ausgiebig wegen des Haushaltsdefizits, das sich wie ein roter Faden durch die Debatte zog.

Es dauerte lange, ehe der Präsident zu seinem berühmten Lächeln fand. Es gelang ihm, als einer der drei befragenden Journalisten von ihm wissen wollte, warum er, wo er doch an den Ratschluß Gottes glaube, nicht häufiger sonntags in die Kirche gehe. „Ich kann nicht“, sagte Reagan, „denn ich bin eine Gefahr für zu viele Menschen - die Terroristen-Bedrohung ist zu groß. Sie wissen, wie man es auf den Präsidenten absieht.“ Und dann: „Ich würde schon gerne häufiger in die Kirche gehen. Aber der liebe Gott versteht gewiß meine Lage.“

Der Saal im Kunsttempel von Louisville war mit Gästen und etwa 2000 Journalisten prall gefüllt. Eingeladen hatte die überparteiliche „Liga der Frauenwähler“, die streng nach Proporz vorging: Reagan-Freunde wurden in die rechte Hälfte des Zuschauerraumes gebeten, Mondales Anhänger in die linke. Obwohl die Moderatorin der Debatte, Barbara Walters, Amerikas Mediendame Nr. eins, mehrmals zur Ordnung ermahnte, ließ es sich das Publikum (mit Ausnahme der Presse) nicht nehmen, regelmäßig zu applaudieren, wenn sein Kandidat einen Punch landen konnte. Das Podium des Präsidenten war mit einem besonderen Lautverstärker ausgerüstet, denn Reagan hat auf dem rechten Ohr zunehmend Hörschwierigkeiten.

Im Vorfeld des Fernsehauftritts hätten es übereifrige Planer sowohl im Reagan- als auch im Mondale-Lager beinahe geschafft, das ganze Unternehmen zum Scheitern zu bringen.



Heißer Minuten Schlagabtausch: Walter Mondale, Ronald Reagan

Nach der Methode, nach der in den USA häufig die Geschworenen ausgewählt werden, wurden beideo Wahlkampfleitungen nacheinander die Namen von 112 Journalisten angeboten, als mögliche Kandidaten für die Fragergruppe. Die „Liga der Frauenwähler“ war entzückt: die Reagan- und Mondale-Berater warfen einen Namen nach dem anderen aus dem Rennen, jeweils für ihre politische Couleur nicht geeignet. Die Creme der amerikanischen Medien war weder dem konservativen noch dem liberalen Lager geheuer.

Bis kurz vor Beginn war nicht geklärt, ob sich die beiden Wahlkampfleitungen überhaupt einigen könnten. Schließlich entschied man sich für drei Medienvertreter (zwei von der Presse, eine Dame vom Fernsehen); der vierte, ein Reporter der „New York Times“, sagte ab, kaum daß sein Name bekannt wurde. Er tat es aus Solidarität mit über 100 Kollegen, die den ideologischen Test der einen oder anderen Seite nicht bestanden hatten.

Walter Mondale schnitt in der Debatte auch deshalb so gut ab, weil er seinen ganzen Wahlkampf-Katalog von Anfang an unter Fernsehvolk trug. Von der Fairness über die Zinsen, das Außenhandelsdefizit, die Lage der Städte, die Umwelt, die Verschuldung der nachfolgenden Generation: Endlich konnte der Herausforderer, der monatelang vergeblich seine Melodie vorgetragen hatte, gewiß sein, daß das Land zuhörte - 100 Millionen Menschen etwa.

Reagan mußte sich, ausgerüstet mit einigen detaillierten Zahlen, auf die Leistungen seiner Amtszeit zurückziehen. Angreifen konnte er Mondale nur wegen dessen Versprechen, zur Senkung des Defizits die Steuern zu erhöhen. Bedacht, den Vorwurf zu widerlegen, daß er seine eigene Regierung nicht durchschaue und beherrsche, tischte Reagan, wie ein Buchhalter, so ein befreundeter Kritiker, Ziffern und Haushaltsposten auf - und kam dabei nie zu seiner großen Linie.

Die wird er am 21. Oktober neu anprelen können, wenn er und Mondale sich noch einmal in diesem Wahlkampf vor den Kameras treffen, in Kansas City, Missouri. Dann wird die Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Programm stehen. Vorher - an diesem Donnerstag - werden sich die beiden Vizepräsidenten-Kandidaten, Geraldine Ferraro und George Bush, in Philadelphia zu ihrem „Match“ treffen.

Ist das ein Präsident Mondale am Horizont zu sehen? Wohl kaum, auch nicht nach dieser Debatte. Louisville hat dem Wahlkampf zwar etwas Publikaum liegt in seinem instinktiven Urteil so fest wie seit langem nicht mehr. Schon die erste Umfrage nach der Debatte bestätigte für Reagan den alten Vorsprung vor Mondale. Die Amerikaner hören nicht gerne auf Warnungen in Zeiten, in denen sie sich gut fühlen. Gewinne wie die am Sonntagabend sind für den Herausforderer nur entscheidend, wenn er - siehe Reagan-Carter 1980 - vor dem TV-Duell ungefähr gleichauf mit dem Amtsinhaber liegt. Das ist 1984 nicht der Fall.

EINER EUROCARD KANN ES GAR NICHT AMERIKANISCH GENUG SEIN.

3,4 Millionen Vertragspartner international - eines der dichtesten Netze der Welt: das ist das Ergebnis der EUROCARD-Zusammenarbeit mit Amerika's Master-Card und Access, einer der englischen Tap-Cards. 2 Millionen davon allein in den USA - von Seattle (Wash.) im Nordwesten bis Jacksonville (Fla.) im Südosten, von San Diego (Calif.) bis Bangor (Me.) sind Sie mit einer EUROCARD immer gut bedient. Ob Sie tanken wollen oder übernachten, einkaufen oder essen, Autos mieten, Flüge buchen oder Bargeld brauchen - mit der EUROCARD geht's immer. Und überall.

Genauso schnell und einfach wie bei über 30.000 deutschen EUROCARD-Vertragspartnern diesseits des „großen Teiches“.

Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postcheckamt.

EUROCARD
EUROCARD DEUTSCHLAND

UNTERSCHRIFT
Kurt Scherffer

5232 1600 0000 0000

1232 EURO D 00-00
KURT SCHERFFER

EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

Ein Programm der FDP gegen Zukunftsangst

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Bundesvorstand der Freien Demokraten hat gestern ohne Gegenstimmen und Enthaltungen ein zehnteiliges Parteiprogramm verabschiedet. Mit dem Papier mit dem Titel „Liberales Manifest für eine Gesellschaft im Umbruch“ sollen die Freiburger Thesen fortgeschrieben werden. Damit ist die FDP nach den Worten ihres Generalsekretärs Helmut Haussmann „die erste Partei“, die ein gesellschaftspolitisches Programm weiterentwickelt, in dem auf den technologischen Fortschritt und die ökologische Rücksicht genommen wird. Er kündigte an, daß das Programm jetzt drei Monate lang diskutiert werden soll. Anschließend sollen Änderungen in den Entwurf eingebracht werden. Im Februar soll dann der Parteitag in Saarbrücken das Programm endgültig beschließen.

FDP-Chef Genscher hatte den Entwurf als „ein Programm der Zukunftschancen gegen Zukunftsangst“ bezeichnet. Mit ihm wollen sich die Freien Demokraten den Wählern stellen. Es beinhaltet laut Haussmann „einen Aufbruch für die Liberalen“. Es stelle die FDP als „Freiheitspartei“ und Partei „der individuellen Persönlichkeit“ dar. Die knappe Darstellung solle es ermöglichen, daß es eine intensive „Selbstbeschäftigung der Partei“ geben könne.

Ausdrücklich betonte Haussmann, daß mit dem Programmentwurf „ein gemeinsames gesellschaftliches Dach“ für die Liberalen geschaffen werden solle. Es solle die marktwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch ausgerichteten Flügel wieder zusammenführen. Die von ihm geleitete zwölfköpfige Programmkommission habe während ihrer Arbeiten seit Juli darauf verzichtet, in die Vorlagen außen- und sicherheitspolitische Gedanken aufzunehmen. Haussmann kündigte an, daß Genscher und Experten aus der Partei und der Bundestagsfraktion hier eine Fortschreibung der FDP-Vorstellungen in absehbarer Zeit vornehmen wollten.

Haussmann räumte ein, daß zum Beispiel das beabsichtigte Eintreten der FDP für eine flexiblere Tarifpolitik „mit der SPD nicht zu machen“ gewesen wäre. Mit dieser Forderung würde aber auch die CDU Schwierigkeiten haben. Er rechne damit, daß es besonders bei der Frage der Gentechnologie heftige, aber erwünschte Diskussionen in der Partei geben werde.



Jürgen Möllemann (39), FDP-Landesvorsitzender von NRW. FOTO: AP

FDP-Landeschef warf das Handtuch als Spitzenkandidat in NRW

Möllemanns Rechnung ging nicht auf

WILM HERLYN, Essen

„Wer mir die Spitzenkandidatur für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 12. Mai 1985 streitig macht, der wird von mir abgeburstet.“ Fürwahr, um kesse Sprüche war Jürgen W. Möllemann nie verlegen. Die Frage ist nun, wen er wohl nun alles abbursten muß.

Die Notbremse hat er gezogen, auf die Spitzenkandidatur verzichtet. Er sieht jetzt ein, daß weite Teile der FDP nicht mehr hinter ihm stehen, daß auch sein Lehrmeister und Freund Hans Dietrich Genscher („Zu dem habe ich ein enges, ja freundschaftliches Verhältnis“) ihn nicht mehr halten kann und will.

Jetzt rettet er mit dem Verzicht nur noch das Amt des Landesvorsitzenden – bis 1986 ist er gewählt. Sonst wäre der Sturz des Hobby-Fall-schirmspringers allzu tief. Dennoch: Die Rechnung, die der kühn taxierenden Möllemann für sich und seine Kar-

riere aufgemacht hatte, ist – zumindest vorerst – total durchkreuzt.

Die Gleichung des ehemaligen Münsteraner Lehrers, der wohlbedacht kurz vor Anfang der sozial-liberalen Koalition in Bonn sein CDU-Parteiabgab und sich wenig später um die FDP-Mitgliedschaft bewarb, geht nicht auf. Sie lautet: Gefördert von Genscher und Otto Graf Lambsdorff zunächst den stellvertretenden Parteivorsitz in NRW zu übernehmen, später dann Burkhard Hirsch als Chef abzulösen, die FDP nach fünfjähriger parlamentarischer Abstinenz in den Düsseldorfer Landtag zurückzuführen und damit vor aller Augen Führungsqualitäten zu beweisen. Diesen Beweis wollte und mußte er antreten, um seine Mitkonkurrenten der jungen Garde, nämlich die Landesvorsitzenden Gerhard Brädele und Morlok im Streit um das Erbe Genschers abzuhängen.

Bis gestern verlief diese Karriere zielbewußt und zielstrebig. Mit einem geschickten Coup überraschte er die

Münsteraner FDP, ließ sich 1980 als Bundestagsabgeordneter nach Bonn entsenden und arbeitete sich blitzschnell in die Bildungspolitik ein. Er saßte – der Karriere willen – auf Verteidigungspolitik um und strebte, von Genscher gefördert, dann in die große Politik.

Da fühlte er sich bald in allen Säteln gerecht: heute ein Treffen mit PLO-Führer Arafat, morgen ein Empfang im Weißen Haus, zwischendurch in Münster, um zu zeigen, was aus ihm geworden ist. Agenturen nervte er mit Blitzideen („Da rufe ich schon mal ganz früh an, die bringen das gleich in den Morgenachrichten“).

Immerhin – auch Kritiker bescheinigen dem alerten Münsteraner, daß er um Ideen nicht verlegen ist. Als ihm zuletzt die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Düsseldorf den Wind aus dem Segel eines geplanten Volksbegehrens für den Privatschutz nahm, indem sie flugs ein eigenes Landesmediengesetz vorlegte, da weitete Möllemann das Plebis-

zit mit gleich fünf Themen bürgernah: Gegen wuchernde Bürokratie etwa oder gegen Leistungsabfall in Hochschule und Schulen. Wer sollte nicht dagegen sein?

Bei aller Cleverness mußte es aber verwundern, daß Möllemann im privaten Geschäftsleben weit weniger Furore machte. Die Genossen in der Düsseldorfer Staatskanzlei wollten sich ausschütten vor Lachen, als Möllemanns Werbeagentur ausgerechnet den SPD-Ministerien in NRW ihre Leistungen anbot, „damit man nur Gutes von ihnen hört“. Und ob er nun, als er Staatsminister bei Genscher wurde, wirklich seine privaten Unternehmungen aufgab, wie das Gesetz es vorschreibt, ist bis heute ungeklärt. Schwachpunkte also, die sich ein Spitzenpolitiker nicht leisten darf. Möllemann scheiterte aber nicht zuletzt an der Ignoranz seiner eigenen Partei, die ihn erwähnte, weil sie selbst keine Alternative vorschlagen konnte. Und sie weiß bis heute nicht, wen und was sie eigentlich will.

Offiziere stellen sich gegen die Hardthöhe

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Offiziere der Bundeswehr haben sich gestern in einer Bonner Pressekonferenz mit Forderungen zur Änderung der Verteidigungspolitik der Bundesregierung als eindeutige Kritiker der NATO-Strategie dargestellt. Mitglieder des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“ verlangten die Rücknahme der „sogenannten Nachrüstung“ und Verhandlungen mit dem Osten, die „wirklich vom Willen zur Verständigung getragen sind“. Als „vertrauensbildende Vorleistung“ dazu empfahlen sie einen „Rüstungsstopp“, den unverzüglich Abzug aller chemischen Waffen sowie eine deutliche Verringerung der atomaren Kampfmittel. In dem „Darmstädter Signal“ vom September 1983 hatten sie verlangt, „von der sicherheitsgefährdenden sogenannten Nachrüstung mit Pershing 2 und Cruise Missiles abzulassen“.

Insbesondere diese, aber auch andere Ansichten dieser Soldaten stehen außerhalb der Politik des Bündnisses und der früheren und der jetzigen Bundesregierung. Deshalb wird im Bundesverteidigungsministerium auf die Hardthöhe die Frage geprüft, ob sich die Unterzeichner von Aufträgen wie des „Darmstädter Signals“ nicht einer Dienstpflichtverletzung schuldig machen. Das Soldatengesetz fordert von Offizieren und Unteroffizieren „innerhalb und außerhalb des Dienstes bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu wahren, die erforderlich ist, um das Vertrauen als Vorgesetzte zu erhalten“. Im übrigen „darf ein Soldat als Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen“. Bislang ist ungeklärt, ob sich Soldaten, wenn sie, wie jetzt in Bonn, Pressekonferenzen veranstalten, auf denen sie die Politik ihres „Dienstherren“ kritisieren, ihre Pflichten verletzen. Die Veranstalter der Pressekonferenz jedenfalls sagen, in der Truppe herrsche starker vom Verteidigungsministerium ausgelöstes Meinungs- und Anpassungsdruck.

Um die Rechtslage definitiv zu klären, kämpfen sich – so der Bericht weiter – die Verlagsjuristen durch „ein schier undurchdringliches Gestrüpp aus Gesetzen und Urteilen“.

Das Ergebnis war: Noch am 9. März 1983, also kurz vor der geplanten Veröffentlichung der Tagebücher, mußten die Verlagsjuristen feststellen, daß „nur eines sicher war: Gruner + Jahr besitzen an den Tagebüchern null Rechte“.

Diesen Mangel hofften die G+J-Juristen durch einen Vertrag Heidemanns mit dem Bundesarchiv beheben zu können.

DIE WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar \$45.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wird gegen Manager von G+J wegen Hehlerei ermittelt?

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit der Vernehmung des Fabrikanten Fritz Stiefel werden heute vormittag im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher die Zeugnisaussagen beginnen. Die Große Strafkammer I des Hamburger Landgerichts will zunächst die Händler und Sammler von Militaria und NS-Devotionalien hören, die mit den beiden Hauptangeklagten Konrad Kujau und Gerd Heidemann zum Teil umfangreiche Geschäfte tätigten.

Fritz Stiefel ist dabei insofern eine Schlüsselfigur, als der damalige „Stern“-Reporter Heidemann bei ihm zum ersten Mal einen von Kujau verfaßten Band der „Hitler-Tagebücher“ zu sehen bekam. Stiefel hatte diese Aufzeichnungen über das erste Halbjahr 1935 verkaufen sollen und sie auch dem Zeithistoriker Professor Eberhard Jäckel vorgelegt.

Nach der bisherigen Planung der Strafkammer sollen im Anschluß an die Militariasmänner die Zeugen aus dem Verlagshaus Gruner + Jahr vernommen werden. Mit ihrem Auftritt

wird jedoch erst für die zweite Novemberhälfte gerechnet.

Für einige der damals mit den „Hitler-Tagebüchern“ befaßten G+J-Manager ist unterdessen eine neue und möglicherweise hrisante Situation entstanden: Der Gerichtsvorsitzende Hans Ulrich Schroeder hat nach der abgeschlossenen Vernehmung aller drei Angeklagten zur Sache erklärt, Gerd Heidemann habe sich unter Umständen durch den Ankauf der 60 „Hitler-Tagebücher“ der versuchten Hehlerei schuldig gemacht.

Weiteres Strafverfahren?

Möglicherweise, so der Vorsitzende weiter, gelte das auch für Mitarbeiter des Verlagshauses Gruner + Jahr, die dabei eventuell in Mithäterschaft gehandelt hätten. Schröder nannte jedoch keine Namen.

Die Erklärung des Vorsitzenden war offenkundig das Ergebnis von Beratungen der Kammer über die Aussagen Heidemanns und trug ei nem strafprozeßrechtlichen Erfordernis Rechnung: Falls das Gericht zu

dem Ergebnis kommt, der frühere „Stern“-Reporter habe sich nicht des Betruges (so die Anklage), sondern der Hehlerei schuldig gemacht, so könnte er wegen dieses Deliktes nur dann verurteilt werden, wenn er wie auch seine Verteidiger darauf im Prozeß rechtzeitig hingewiesen worden sind.

Die Staatsanwaltschaft wird nach Lage der Dinge erneut zu prüfen haben, ob sie gegen G+J-Manager wegen des Verdachts der Hehlerei ermitteln muß. Würde eine entsprechende Anklage vom Landgericht zugelassen, so wäre ein weiteres Strafverfahren im Zusammenhang mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern anhängig.

Die Frage, ob auch noch heutige oder damalige G+J-Manager auf einer Anklagebank des Hamburger Landgerichts Platz nehmen müssen, hängt zwar von den Ergebnissen staatsanwaltlicher Ermittlungen ab; dabei spielt allerdings eine wichtige Rolle, wann und mit welcher Intensi-

tät der Verlag Gruner + Jahr die juristischen Aspekte der „Hitler-Tagebücher“ untersucht hat. Offenkundig wurde damit schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt begonnen.

So fand am 6. Mai 1981 bei dem damaligen G+J-Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer eine Besprechung statt, in der der G+J-Justiziar Andreas Ruppert, der stellvertretende „Stern“-Verlagsleiter Wilfried Sorge, der damalige Ressortleiter Zeitgeschichte, Thomas Walde, und Heidemann die Frage der Erbrechte an Hitlers Tagebüchern erörterten. Deren Echtheit war zu diesem Zeitpunkt nicht überprüft worden.

Gestrüpp aus Gesetzen

Um juristische Fragen ging es auch bei einem Besuch, den Heidemann im Juli 1981 dem Hitler-Forscher Professor Werner Maser in Speyer abstattete. Mit dem Zeithistoriker, der in dem „Stern“-internen Untersuchungsbericht zum Tagebuch-Skandal als „selbsternannter Nachlaßverwalter der Familie Hitler“ apostro-

phiert wurde, schloß Heidemann auf Anraten des Verlagsjustizars Ruppert einen Vertrag mit folgendem Inhalt: Gegen Zahlung von 20 000 Mark erwirbt Heidemann von Maser das Recht, über alle in seinem Besitz befindlichen oder noch in seinen Besitz gelangenden Aufzeichnungen Hitlers frei verfügen zu können – so der Bericht der „Stern“-Untersuchungskommission.

Um die Rechtslage definitiv zu klären, kämpfen sich – so der Bericht weiter – die Verlagsjuristen durch „ein schier undurchdringliches Gestrüpp aus Gesetzen und Urteilen“.

Das Ergebnis war: Noch am 9. März 1983, also kurz vor der geplanten Veröffentlichung der Tagebücher, mußten die Verlagsjuristen feststellen, daß „nur eines sicher war: Gruner + Jahr besitzen an den Tagebüchern null Rechte“.

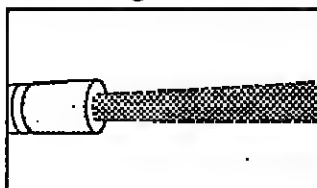
Diesen Mangel hofften die G+J-Juristen durch einen Vertrag Heidemanns mit dem Bundesarchiv beheben zu können.

Anders?

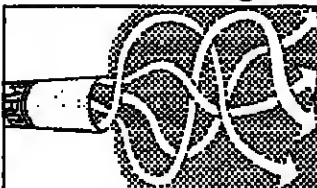
Neu. Die erstaunliche Barclays:
Kräftige American Blend – bei nur 1 mg Kondensat und 0,2 mg Nikotin (Durchschnittswerte nach DIN)

Ganz anders.

Die neue Barclays ist tatsächlich ganz anders: Sie ist die erste Kräftige, die eine Leichte ist! Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die erstaunlich niedrigen Werte einen wirklich angenehmen Rauchgenuß. Überzeugen Sie sich selbst.



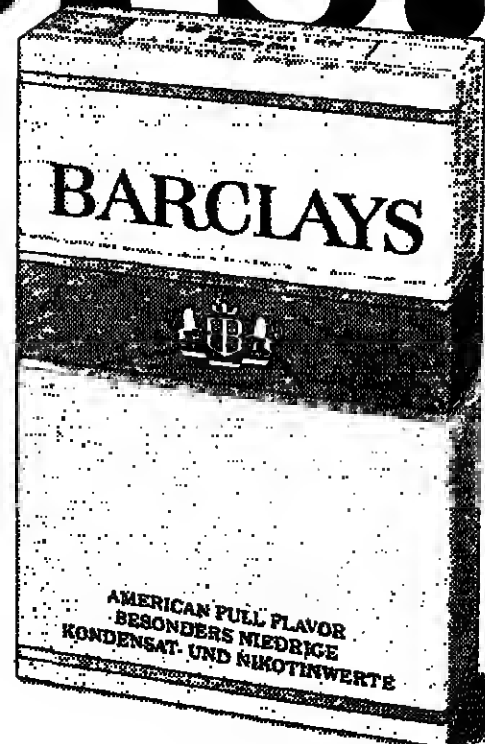
Bei herkömmlichen, zentrierten Filtergeräten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Strahl an den meisten Geschmacksnerven vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie strömt die Luft durch vier seitliche Kanäle bis zu fünfmal schneller als der Rauch. So wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum stark vermischt und spricht dort sämtliche Geschmacksnerven an. Ergebnis: Mehr Geschmack.

Barclays.

Die erste Kräftige, die eine Leichte ist



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Tee). (Durchschnittswerte nach DIN)

In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg steuern die Grünen einen härteren Kurs

Ein kunterbuntes Bild an Rhein und Ruhr

WILMHERLYN, Essen
So wie die Grünen bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen Zulauf aus allen Richtungen erhielten und damit ein von niemand in dieser Höhe erwartetes Ergebnis von landesweiten 8,6 Prozent erzielten, so stellt sich diese Partei zwischen Rhein und Ruhr auch in ihrer Zusammensetzung dar. In den vergangenen Wochen hatten sie schon von sich reden gemacht, als Vorstandssprecher Martin Pannen gegen das Rotationsprinzip wettete. Später mußte er eine Rolle rückwärts schlagen. Die Basis rügte ihn und verlangte, er solle seine Ansicht als ganz persönliche Meinung hinstellen. Insofern funktioniert auch in Nordrhein-Westfalen die „Basisdemokratie“ – doch ansonsten stellen sich die Grünen selbst als ein rot-bunt-gescheckter, zum Teil chaotisch anmutender Haufen dar.

Der Landesvorstand ist gar stolz darauf, wenn er sagt, es habe in NRW „keine Geburtswehen“ gegeben. Pannen erläutert das so: „Hier hat es keine Ausgrenzung gegeben.“ In der Tat arbeiten ehemalige Gruhi-Anhänger, Kommunisten, Sozialisten, Dritte-Welt-Sympathisanten und Kernkraftgegner mit- und gegeneinander und wieder zusammen mit Leuten aus der Männer- und Frauenbewegung oder mit Aktivisten aus der Gewerkschaftsjugend, aus der evangelischen und katholischen Jugendarbeit.

Keine Berührungängste

Je welche Gruppierung in einem Kreisverband gerade überwiegt, gibt den Ton an. So etwa die Grünen in Leverkusen, die schon seit fünf Jahren im Stadtrat sind und jetzt statt früher drei sogar sechs Mandate erlangen. Für die parlamentarischen Alternativen der Bayer-Stadt gab es kaum Berührungängste über die Frage, ob man mit der SPD zusammengehen könne oder nicht.

Der Vorstellungskatalog mit Themen wie Müll und Umwelt, Kommunalwahlrecht auch für Ausländer oder Städtepartnerschaften mit Kommunen des Ostblocks wurde mit den Sozialdemokraten in öffentlicher Sitzung schnell abgehackt. Entgegen allen anderen Äußerungen fanden sich die Grünen bereit, einen Bürgermeister zu stellen – mithin Verantwort-

tung und Repräsentation zu übernehmen.

Ganz anders in der Nachbarstadt Düsseldorf, in der jetzt die öffentliche Beratung von Grünen und SPD beginnt. Gewählt wird der Oberbürgermeister erst am 18. Oktober – es ist also noch ein wenig Zeit für die SPD, ob sie die Forderungen der Alternativen erfüllen will, nur um für ihren Spitzenkandidaten Klaus Bungert das Oberbürgermeisteramt zu gewinnen.

Personaldiskussion

Die Grünen wollen ein Programm zur Entwicklung genossenschaftlicher Lebensform, verlangen eine kommunale Technologieberatungsstelle, den Verzicht auf Privatisierung von städtischen Betrieben, Übertragung des gesamten städtischen Wohnungsbesitzes in das Eigentum der städtischen Wohnungsgesellschaft, Bevorzugung von Bus und Bahn gegenüber Pkw und die Reduzierung sämtlicher Ausschüsse im Rat bis hin zur Stilllegung der U-Bahn-Bauten.

Das alles ist noch vergleichsweise moderat zu dem allgemeinen Katalog, der bei dem „Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie“ anfängt und bei einer Reduzierung bis Stopp des Braunkohleabbaus endet. Wie dann Strom gewonnen werden soll, sagen die Grünen allerdings nicht.

„Wir werden aber sicherlich höhere Preise fordern als die hessischen Grünen“, sagte unlängst Vorstandsmitglied Michael Happe. Und ein Kollege ergänzt ihn mit dem Hinweis auf ein Zitat des Nachrückers der Grünen-Abgeordneten im Hessischen Landtag, Chris Boppel: „Wir werden Jahr für Jahr die Schraube enger drehen für das, was die Industrie sich noch leisten kann.“

Am kommenden Wochenende in Detmold werden sich die Landesdelegierten auf die Landeswahlen im Mai 1985 vorbereiten. Vor allem wird dann auch an Personen sichbar werden, welchen Kurs die Grünen in NRW steuern wollen – an Namen wie Otto Schily etwa, der jetzt schon als Spitzenkandidat gehandelt wird. Schily müßte im März aus dem Bundestag rotieren und könnte dann im Mai in den Landtag einsteigen.

Zwei Fabriken werden zum Test für das Bündnis mit Börner

D. GURATZSCH, Wiesbaden
In Hessen haben die Grünen am Wochenende ihre Landtagsabgeordneten auf einen harten Kurs gegenüber der SPD verpflichtet. Auf ihrer Landesversammlung in Mainhausen, an der rund 350 der insgesamt 3000 Parteimitglieder in Hessen teilnahmen, kalkulierten mehrere Debatteure auch das gemäßigten Flügels dabei ganz ausdrücklich ein Auseinanderbrechen des Tolerierungsbündnisses mit der SPD-Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner ein. Der hessischen SPD hatte die neue scharfe Tonart am Montag für Stunden die Sprache verschlagen. Weder Börner noch sein vor allem angegriffener Wirtschaftsminister Ulrich Steiger waren zu einer Stellungnahme bereit.

Schon der Tagungsort hatte Gewähr dafür geboten, daß die Diskussion der Grünen über die bisherigen Ergebnisse der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in einer elektrisch geladenen Atmosphäre stattfinden. Mainhausen, an der bayerischen Grenze nahe Seligenstadt gelegen, ist zu einem Krisenort für den in Hessen drohenden Müllnotstand geworden. Außerdem liegt die Stadt im näheren Einzugsbereich von Hanau, dem Standort der beiden Brennelementefabriken Alkem und Nukem, die zunehmend in die Schußlinie der Grünen geraten sind und die von ihnen heute verdächtigt werden, „waffenfähiges Material“ herstellen und in größerem Umfang lagern zu wollen.

In Mainhausen haben die Grünen nun mit einem Beschluß in bisher kaum gekannter Einmütigkeit den Fortbestand der beiden Fabriken zum Testfall für das rot-grüne Bündnis erhoben. Sie haben sich damit die Verlegenheit zumutet gemacht, in die die Firmen durch die Novellierung des Atomgesetzes von 1975 durch den Bundestag gebracht worden sind. Seitdem müssen Fabriken dieser Art dieselben Sicherheitsbedingungen wie Kernkraftwerke erfüllen. Das können sie nach eigenen Angaben nur, indem sie neue Produktionsanlagen errichten. Beide Werke arbeiten seit 1975 mit einer Sondergenehmigung. Die Genehmigungsverfahren

für die neuen Produktionsanlagen stehen vor dem Abschluß.

In diese Situation platzen die grünen Beschlüsse von Mainhausen wie Sprengsätze für den immer wieder mühsam gekitteten Bündnisfrieden zwischen Grünen und Sozialdemokraten. Die Grünen in Mainhausen argumentierten, daß die Abgabe an die Kernkraft ein Herzstück ihrer Identität sei. Einem Ausbau der Atomwirtschaft oder gar einem „Marsch in den Plutoniumstaat“ ausgerechnet unter einer von ihnen tolerierten SPD-Minderheitsregierung könnten sie niemals zustimmen. Sie stützten sich dabei unter anderem auf Vereinbarungen mit der SPD, in denen unpräzise vom „Verzicht auf einen weiteren Ausbau der Atomenergie“ und von der „Überflüssigkeit neuer Atomkraftanlagen in Hessen“ die Rede war.

In der Tat haben beide Firmen eine Erhöhung ihrer Lagerkapazität beantragt – Nukem für Uran um das Dreifache, Alkem für Plutonium um das Vierzehnfache. Die Zielmarken dieser Vorratshaltung reichen nach Meinung der Grünen zum Bau von „mehreren hundert Atombomben“ aus.

Der Konflikt hatte sich schon vor zehn Tagen verschärft, als die Grünen behauptet hatten, die Firma Alkem arbeite „ohne Genehmigung und damit illegal“. In Mainhausen forderten sie nun die Landesregierung erneut auf, „das Betreiben der nicht genehmigten Anlagen unverzüglich zu untersagen“.

Für den Weiterbetrieb der Firma Nukem hatten die Landtagsabgeordneten, die mit wenigen Ausnahmen dem „gemäßigten“ Flügel angehören, in Mainhausen zunächst versucht, der Regierung wenigstens einen gewissen Handlungsspielraum zu gewähren. Danach sollte die geplante neue Fabrik Nukem II den Betrieb aufnehmen dürfen, wenn garantiert sei, daß dort kein „waffenfähiges Material“ hergestellt wird. Dies hätte es der Firma ermöglicht, in dem neuen Werk mit Uran umzugehen, das nur bis zu 20 Prozent angereichert ist. Kurz vor der Abstimmung kippeten die „Gemäßigten“ dann aber doch noch unter dem Druck der „Basis“ um. In dem dann fast einstimmig ver-

abschiedeten Antrag heißt es klipp und klar: „Sollte der Firma Nukem eine Genehmigung zum Bau der Brennelementefabrik Nukem II erteilt werden, ist die Zusammenarbeit Grüne-SPD gescheitert.“

Für die SPD-Landesregierung wollte gestern lediglich der Pressesprecher im Wirtschaftsministerium, Reinhard Raack, Stellung nehmen. Die Forderung der Grünen, beide Firmen zu schließen, könne nicht erfüllt werden, solange die Unternehmen legal arbeiteten, war sein Kommentar. Bis zur Entscheidung über ihre Genehmigungsanträge produzierten beide Firmen „im Rahmen des geltenden Rechts“.

Über den Antrag von Nukem werde noch in diesem Jahr entschieden, ein Beschluß für Alkem sei im ersten Quartal 1985 zu erwarten. In den Verhandlungen gehe es lediglich darum, ob die beiden Firmen die „Sicherheitsziele“ des Atomgesetzes erreichen. Bei dieser Prüfung könne das Wirtschaftsministerium keine „sachfremden Erwägungen“ berücksichtigen.

Demgegenüber herrschte bei den Grünen selbst nach den Mainhäuser Beschlüssen eher eine Stimmung zwischen Frohlocken und gespannter Erwartung über mögliche Konsequenzen der wiedergefundenen Einmütigkeit zwischen „Realpolitikern“ und „Fundamentalisten“ in der „Bündnisfrage“. Während einige Landtagsabgeordnete mit gedämpfter Laune prophezeiten, daß es nun mit der SPD „schwierig“ werden könnte, spielten andere bereits die Konsequenzen eines „Bruchs“ mit den Sozialdemokraten durch.

Die Mainhäuser Beschlüsse legten die grünen Landtagsabgeordneten selbst dann auf einen solchen Bruch fest, wenn sich das Land in der Genehmigungsfrage hinter der „Auftragsverwaltung des Bundes“ verschanze, war die Meinung in dieser Fraktion. Die weiteren Schritte müßten dann sein: Mißtrauensantrag gegen Börner oder Auflösung des Landtages – beides ginge nur mit den Stimmen der CDU und FDP. Käme man durch damit, müßte es in Hessen neue Landtagswahlen innerhalb von 60 Tagen geben.

Die Radikalisierung im Stuttgarter Landtag

XING-HU KUO, Stuttgart
Bis zur Landtagswahl im März dieses Jahres galten Baden-Württemberg die Grünen bundesweit als moderat, zum Teil sogar als „konservativ“. Vor allem die früheren sechs Abgeordneten im Stuttgarter Landtag um ihren Sprecher Wolf-Dieter Hasenclever genossen deshalb große Sympathien. Offensichtlich hat dieser Kurs der sogenannten Basis mißfallen: Keiner der sechs überaus engagierten und zum Teil erfolgreichen Abgeordneten wurde wieder aufgestellt.

Eine völlig neue, neunköpfige, zur Fraktionsstärke angewachsene grüne Gruppe vertritt nunmehr die ökologische Partei im Stuttgarter Landtag. Gleich nach der Konstituierung des neuen Stuttgarter Landtags wurde deutlich, daß die neuen Mitglieder der Fraktion politisch weitestgehend radikal einzuordnen sind als die ehemaligen Gruppenmitglieder. Die neue Fraktion hingegen bezieht sich, sich medienwirksam quasi an die Spitze der „Friedensbewegung“ zu stellen. Fraktionsitzungen wurden beispielsweise schon im Juli dieses Jahres in Müllbergen durchgeführt. Der Abgeordnete Winfried Herrmann, der sich ebenfalls häufig dort aufhielt, wurde von der Polizei vorübergehend festgenommen. Der angeblich gewaltfreie zivile Ungehorsam wird von den neuen Abgeordneten immer häufiger praktiziert, wobei Polizeiaktionen dagegen werbewirksam in Pressemitteilungen als „Beweis“ für staatliche „Gewalt und Brutalität“ verbreitet werden.

„Wadenbeißer“

Innerhalb und außerhalb des Landtags wurden die einst relativ zahnlosen Grünen zu giftigen „Wadenbeißern“ – nicht nur in Stuttgart. Dezentral in vielen Städten und Orten Baden-Württembergs begannen die Grünen, mit der Umweltpolitik andere politische Absichten zu kaschieren. Neuestes Beispiel ist der Kreis Waiblingen: Hier haben die Grünen auf eine eigene Liste für die Kommunalwahl am 28. Oktober verzichtet. Statt dessen gibt es eine „Alternative Liste“, die aus einer Bürgerinitiative „Altstadtsanierung – so nicht!“ hervorgegangen ist. In dieser Gruppe

sind nicht nur einige Grüne und Parteiloze vertreten, auf den vorderen zehn Plätzen stehen sechs DKP-Mitglieder. Die örtliche SPD spricht deshalb von einer „U-Boot-Liste“ der moskauhörigen DKP. Noch im Frühjahr hatte der grüne Landesvorstand vor einer Zusammenarbeit mit der DKP gewarnt.

Das aggressive Auftreten der grünen Fraktion im Stuttgarter Landtag (WELT vom 5. Oktober) mit starken anti-amerikanischen Attacken und einem in dieser Deutlichkeit noch nie dagewesenen Bekenntnis zu Rechtsbrüchen hat den neuen Kurs der Grünen in Baden-Württemberg vollends deutlich gemacht.

„Tricks und Lügen“

Es verwundert deshalb nicht, daß einige Fraktionsmitglieder der Partei den Rücken gekehrt haben. Vor wenigen Tagen erklärte das Landesvorstandsmitglied Benita Schulz ihren Rücktritt von diesem Amt. Zur Begründung führte sie an, daß die „angebliche Frauenfreundlichkeit der Partei“ spätestens dann ihre Grenzen finde, wenn eine Frau ein Kind bekomme. Kenner der grünen Szene vermuten aber tiefere Konflikte zwischen Frau Schulz und den neuen Mandatsträgern. Die ehemalige Landtagsabgeordnete Elisabeth Morde, die im Juni die Partei gänzlich verließ, wurde deutlicher: „Machtstreben, Tricks und Lügen“ seien bei den Grünen in noch erschreckenderem Maße vorhanden als bei den gescheiterten „Etablierten“. Und: „Nach meinem Eindruck hat sich eine kleine Gruppe von Aktivisten hervorgetan, denen es ... darum geht, irgendwo links von der SPD Macht im Staat zu erlangen oder, noch schlimmer, den Staat zu zerstören.“

Baden-Württembergs CDU-Landesregierung hat den harten Kurs der Grünen nicht nur im Landtag gespürt. Die Partei hat das Stuttgarter Staatsministerium beim Staatsgerichtshof Baden-Württembergs in Mannheim wegen angeblichen Verfassungsverletzungen verklagt. Die Regierung soll vor der Landtagswahl der CDU aktive Wahlkampfhilfe geleistet haben, auf Kosten der Steuerzahler.

Zur Vergrößerung Ihres Geschäftsvolumens können wir vielleicht etwas beitragen.



Der Wettbewerb verlangt von mittelständischen Unternehmen Flexibilität und Innovationsfreude. Aber häufig setzen Finanzierungsprobleme allem Einfallsreichtum Grenzen. Hier können wir Ihnen helfen, Vorteile gegen-

über Mitbewerbern zu erzielen. Keiner unserer Kunden ist wie der andere. Für jeden finden wir eine individuelle Lösung. Wir stehen Ihnen mit gründlicher Beratung und Entscheidungsfreudigkeit zur Seite.

Wir wählen mit Ihnen aus einer ganzen Reihe verschiedener Kredite den aus, der in Laufzeit und Tilgung genau Ihrer Situation und Ihren Bedürfnissen angepaßt ist. So kann ausführliche Beratung der erste Schritt

zu einem optimal abgestimmten Finanzierungs-konzept sein und zu Ihrem geschäftlichen Aufschwung beitragen.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

(INTEGRATED)
In
 (SERVICES)
Sachen
 (DIGITAL)
Digitalisierung
 (NETWORK)
Nixdorf

Digitalisierung ist das Stichwort für allen Fortschritt in der Nachrichtentechnik. Die Bundespost ist dabei, ihre Dienste weiter zu digitalisieren, um sie in ein universelles Fernmeldenetz zu integrieren. Und Nixdorf ist dabei. Von Anfang an.

ISDN ist das Ziel – Integrated Services Digital Network. Das heißt: schon bald wird man die Möglichkeit haben, Sprache, Daten, Texte und Bilder in einem integrierten Netz zu übertragen. Gleichzeitig. Schneller. Und kostengünstiger. Auch die Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen wird in einem weiteren Entwicklungsschritt mit der Breitbandverkabelung in dieses universelle Netz eingebracht.

Nixdorf ist dabei. Mit den BIGFON-Versuchen. Mit digitalen Telefonen und mit Breitband-Vermittlungssystemen für Bildtelefon und Videokonferenzen. Mit speziellen Einrichtungen für Kabelfernsehprojekte – für die Koordination der Versorgung von Privathaushalten mit Pay-TV-Programmen und deren individueller Abrechnung.

Nixdorf sieht ISDN als Herausforderung: für die Innovationskraft und den Unternehmungsgeist eines der größten Computerhersteller Europas. Neue Produkte entstehen hier für neue Anwendungen. Die Erfahrung mit digitalen Anwendungen ist dabei die stabile Basis für die Erfolge der Zukunft.

ISDN: In Sachen Digitalisierung Nixdorf. Ein Erfolgsbeispiel ist die digitale Nebstellenanlage Nixdorf 8818, die erste in Deutschland. Mit dem Anschluß an die künftigen ISDN-Möglichkeiten.

Schließen Sie sich jetzt schon an die digitale Zukunft an. Einer der 60 Service- und Beratungstützpunkte ist gleich in Ihrer Nähe.

Nixdorf Computer AG
 Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
 Telefon 05251/50 61 30

NIXDORF
 COMPUTER

Arabergipfel: Neinsagen als Minimalkonsens

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Heute sollte eigentlich in Rabat eine Gipfelkonferenz der in der Arabischen Liga versammelten Staaten beginnen, um, wie der derzeitige Vorsitzende des Gremiums, der marokkanische König Hassan, in seiner Einladung schrieb, über das Verhältnis der arabischen Staaten zu Ägypten nachzudenken, das wegen der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Kairo und Amman erneut eine gewisse Aktualität gewonnen hat. Die Konferenz findet vorerst nicht statt. Syrien lehnte eine Beteiligung sofort ab und versucht seither angestrengt, auch die anderen Teile der radikalen Ablehnungsfront (Libyen, Algerien, Südjemen, Iran, früher auch die PLO) auf den Neinsagerkurs einzuschwenken und zu einem.

Syriens Aufgabe war leicht. Die politische Logik der arabischen Hardliner seit dem Besuch Sadats in Jerusalem im November 1977 fordert starke Worte und seit der Gipfelkonferenz von Bagdad 1979 auch Boykottmaßnahmen gegen all jene, die sich in die Richtung von Camp David begeben. Aber es gibt auch andere Gründe, die es den Ablehnungsstaaten derzeit besonders leicht machen, das Angebot des marokkanischen Königs in den Wind zu schlagen. Algerien will König Hassan seit dessen Fusion mit Libyen keinen Gefallen tun und legt im übrigen mehr Wert auf normale, mithin einträglichere Beziehungen zu den USA. Libyen selbst versucht bei provokativen Eindrücken einen gemäßigteren Eindruck zu erwecken, gewiss auch aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen. Südjemen hat sich dagegen erst vor wenigen Tagen mit Libyen überworfen und die diplomatischen Beziehungen suspendiert. Die PLO, die in toto einst ein gefeierter Bestandteil der Ablehnungsfront war, wird seit ihrer politischen Zersplitterung kaum mehr erwähnt, wahrscheinlich auch gar nicht gefragt. Die Ablehnungsfront zeigt Risse wie harter getrockneter Lehm.

Solcherart widerstrebende und divergierende Interessen aber wollte niemand der Radikalen zur Schau stellen. So war es für die Geladenen ebenso leicht, die Konferenz zu boykottieren, wie für den Gastgeber, dazu einzuladen. Alle konnten sich profilieren. Die einen mit harter Rhetorik, die anderen mit Parolen über Vernunft, Maß und Einheit.

Polen-Reise: Papandreou tanzt aus der Reihe

Regime wird aufgewertet / USA bleiben Prügelknabe

E. ANTONAROS, Athen
Athen Ministerpräsident Andreas Papandreou wird Polen am 22. Oktober einen offiziellen Besuch abstatten. Dadurch ist der griechische Spitzenpolitiker zum ersten Regierungschef eines Mitgliedslandes der NATO und der Europäischen Gemeinschaft geworden, der Warschau seit Verhängung des Ausnahmezustandes und dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität“ besucht.

Papandreou hat westliche Diplomaten in Athen überrascht, weil man allgemein davon ausgegangen war, daß die längst geplante, aber immer wieder verschobene Reise erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden würde. Zwar versuchte ein Regierungssprecher in Athen die politische Bedeutung dieser Reise einzuschränken, indem er darauf hinwies, daß bereits vor Papandreou Österreichs Außenminister und Bundesaußenminister Genscher Gespräche in Warschau führen werden. Diese Erklärung wird jedoch von Griechenlands westlichen Verbündeten als nicht überzeugend disqualifiziert, weil Papandreou eben aus der gemeinsamen Front schon wieder ausgetreten ist und, anders als stillschweigend vereinbart, das Polen-Regime durch seine Reise gewissermaßen aufwertet.

Von Papandreous neuester Eskapade fühlen sich vor allem die Amerikaner überrascht, die in letzter Zeit jeden Grund haben, sich über dessen Haltung zu ärgern. Nach einer Reihe polemischer Äußerungen an die Adresse Washingtons in den letzten Monaten, die auf dem Parteitag der regierenden Pasok-Partei im Mai ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurde Papandreou letzte Woche antikritischer denn je zuvor.

Vorwurf der Spionage

Während einer Fraktionssitzung sagte er, daß nun „international akzeptiert“ wird, daß es sich beim Jumbo der koreanischen Fluggesellschaft, der im September 1983 von den Russen abgeschossen wurde, um ein Spionageflugzeug des amerikanischen Geheimdienstes CIA gehandelt hat.

Die Amerikaner sind von Papandreou einiges gewohnt, sie wissen zwar, daß er manchmal „links“ redet

und häufiger, als die Öffentlichkeit wahrnimmt, NATO-konform handelt. So hat er unlängst seine Erlaubnis für die Stationierung eines Radarflugzeuges vom Typ Awacs im westgriechischen Flughafen Aktion gegeben. Dennoch haben sie in den letzten Monaten Athen immer wieder wissen lassen, daß sie die Rolle eines Prügelknaben – wenn auch nur in dieser Form – nicht akzeptieren wollen. Ihnen scheint die Rücksichtnahme auf Papandreous innenpolitische Erwägungen eben zu weit gegangen zu sein. Im Fall einer Wiederwahl Reagan ist fast damit zu rechnen, daß Washington von Athen mehr Loyalität verlangen wird.

Wahlen schon im Visier

Dennoch ist mit einer Kursänderung in Athen nicht zu rechnen. Im Gegenteil: Eher sollte eine Zunahme der linkslastigen Äußerungen von Papandreou erwartet werden, weil Griechenland bereits in einer wahlkampffähigen Situation steckt, obwohl die nächste Parlamentswahl erst im Oktober 1985 stattfinden soll. Mit seinen großspürigen, zuweilen sehr nationalistisch gefärbten Thesen, sucht Papandreou seine Partei von der schlechten Wirtschaftslage und den unerfüllt gebliebenen Wahlversprechen abzulenkeln.

Bereits jetzt, also gut ein Jahr vor dem nächsten Wahltermin, hat er seine alte Wahlrhetorik aus der Schublade geholt und verspricht den Griechen aufs Neue den bisher ausgebliebenen „großen Wandel“. Zwar gibt er sich schon jetzt siegesicher und sagt voraus, daß eine Rückkehr der „Kräfte der Reaktion“ an die Macht – gemeint ist das bürgerliche Lager – nicht möglich sei. Hinter dieser zweckoptimistischen Fassade verbirgt sich jedoch die Erkenntnis, daß eine Wiederholung seines Wahlsieges vom Oktober 1981 unwahrscheinlich ist.

Aber gerade deshalb begann er, seinen linken Flügel und die links von seiner Partei angesiedelten Wähler zu umwerben. So besuchte er in einem Athener Krankenhaus den griechischen Linkspolitiker Nias Hlou und ließ sich mit ihm fotografieren. Papandreou: „Wir brauchen das linke Gedankengut.“ (SAD)

Genscher beschreibt neue WEU-Aufgaben

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Genscher, derzeit Ministerratvorsitzender der Westeuropäischen Union, will die Reaktivierung der aus Großbritannien, Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und der Bundesrepublik Deutschland bestehenden WEU vortreiben. Diesem Zweck sollen ein zum 30. Jahrestag der WEU einberufenes Sondertreffen der Außen- und Verteidigungsminister und eine Tagung der parlamentarischen WEU-Versammlung Ende Oktober in Rom dienen.

Ein gestern in der „Europäischen Zeitung“ veröffentlichter Grundsatzartikel zeigt, daß der Bundesaußenminister mit der Neubelebung der WEU nicht nur den europäischen Pfeiler der NATO stärken will. Er möchte auch die europäische Rüstungskonferenz fördern, den Rüstungskontrolldialog zwischen Ost und West anregen, sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Beziehungen zur Dritten Welt diskutieren und einer neuen sicherheitspolitischen Ebene in der Europäischen Gemeinschaft Impulse geben.

Genscher sieht folgende neue Aufgaben für die WEU innerhalb der NATO und in enger Absprache mit den Vereinigten Staaten:

Die Organisation könnte als Forum zur Abstimmung aller Themen dienen, bei denen sich eine gemeinsame europäische Haltung im Bündnis empfiehlt. Im Rahmen ihrer Gremien sollen die vorhandenen europäischen Ressourcen für die konventionelle Verteidigung stärker aufeinander abgestimmt und effizienter nutzbar gemacht werden. Das bisherige Verhältnis europäischer Beschaffungen in den USA zur amerikanischen Beschaffung in Europa – 7:1 – ist nach Ansicht des Bundesaußenministers unbefriedigend.

Die WEU soll dem Rüstungskontrolldialog zusätzliche Impulse verleihen. Sie könnte weiter dazu beitragen, den auf dem Harmel-Bericht von 1967 basierenden Kurs des Bündnisses zu festigen und Zusammenarbeit mit dem Osten zu fördern. Die WEU soll sich zudem mit sicherheitspolitischen Aspekten der Beziehungen Europas zur Dritten Welt befassen.

Genscher erhofft sich außerdem „positive Impulse zur Bildung einer dritten, sicherheitspolitischen Ebene im europäischen Einigungsprozeß“.

Harte Kritik an Grünen, SPD, Friedensbewegung

Studie: Elementare Unkenntnis der militärischen Materie

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel
Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (Ebenhausen), in dem der Verleger Peter Stratzmann (SPD), Kritik an führenden SPD-Mitgliedern, den Grünen und der Friedensbewegung übt, findet gegenwärtig Aufmerksamkeit bei der NATO. Darin wirft Stratzmann den Genannten vor, mit ihrer Kritik an der neuen Führungsdoktrin des amerikanischen Heeres „AirLandBattle“ ein „Zerrbild der Wirklichkeit“ geschaffen zu haben. Das Institut gilt international als seriös.

Namentlich genannt in Stratzmanns Papier werden der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke und einige Journalisten bekannter Publikationen und elektronischer Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Zusammen mit den Grünen und der Friedensbewegung werden sie dafür verantwortlich gemacht, eine taktische Führungsvorschrift für die amerikanischen Truppen in der Öffentlichkeit so dargestellt zu haben, als hätten die Vereinigten Staaten eine neue Offensivstrategie für Europa entwickelt.

Semantische Irrläufe

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß für die meisten genannten Kritiker die Lektüre der „AirLandBattle“-Vorschrift – oder der daraus kolportierten Exzerpte – überhaupt die erste Begegnung mit militärischer Sprache bedeutet hat, was ihre semantischen Irrläufe erklären würde“, schreibt Stratzmann. Die Darstellung der „AirLandBattle“-Doktrin werde von Untugenden der zeitgenössischen deutschen politischen Kultur bestimmt, wie sie sich bereits während der Nachrüstungsdebatte gezeigt hätten: Durch einen Hang zu vorschneller Politisierung, durch „elementare Unkenntnis der militärischen Materie“, den Verzicht auf sachkundige Beratung und die „ungeprüfte Weiterverbreitung alarmierender Schlagwörter“.

Hinzu komme die „desinformierende Propaganda“ der Friedensbewegung, die die bisherige sicherheitspolitische Grundorientierung der Bundesrepublik prinzipiell bekämpfe. Stratzmann zitiert aus einer von den Grünen im Bundestag herausgegebenen Studie, in der es heiße: „Ziel der

Friedensbewegung muß im Interesse des Friedens ein Bruch mit den USA, eine Schwächung, Zersetzung und schließlich Auflösung der NATO (und des Blocksystems insgesamt) sein. Die Friedensbewegung muß folglich versuchen, die Krise in der NATO zu schüren, die Widersprüche offenzulegen und offenzuhalten“.

Absurde Konsequenzen

Den Kritikern der „AirLandBattle“ wird vorgehalten, sie hätten diese als „strategische Doktrin“ der USA ausgegeben, obwohl sie dies nicht sei und in ihr ausdrücklich betont werde: „Die Militärstrategie bestimmt die Grundbedingungen für militärische Operationen. Ihre Formulierung liegt außerhalb des Rahmens dieser Vorschrift.“ Hinsichtlich der strategischen Aspekte der Kriegführung weise die „AirLandBattle“-Vorschrift ausdrücklich auf die Verpflichtung hin, hierzu das Druckwerk 100-101 der US-Armee heranzuziehen. Stratzmann: „Hätten die deutschen Kritiker diese Anweisung befolgt, wären sie auf jene vernünftigen Grundsatzangaben über Politik und Strategie gestoßen, deren Abwesenheit (in der „AirLandBattle“-Vorschrift) ihnen als Beweis für eine angeblich entpolitisierte rein militärische Denkhaltung der amerikanischen Führung dient.“

Tatsächlich würden sich die Prinzipien der „AirLandBattle“ eindeutig und ausschließlich auf die operative und taktische Führung von Großverbänden – Korps und Divisionen – beziehen. Folglich setze die Vorschrift den Kriegsfall als Prämisse voraus und richte sich an die militärischen Führer der mittleren Kommandoebene: „Wenn die operativ-taktisch gebrauchten Begriffe dieser Vorschrift trotzdem fälschlich politisch-strategische Inhalte zugeschrieben werden, muß diese Fehlinterpretation zwangsläufig zu absurden Konsequenzen führen.“ In den kommenden Jahren werde es jedoch darauf ankommen, in der sicherheitspolitischen Debatte eine schrittweise Annäherung an die politisch-strategische Realität zu vollziehen, statt sich in „ideale Sicherheits- und Strategiemodelle“ zu flüchten, schreibt der Autor. Stratzmann kündigte an, daß dem Papier ein Buch folgen solle. (SAD)

Ökumenische Umarmung im Dom von Trient

dpa, Trient

Der „Dom der Gegenreformation“ in Trient ist zum Schauplatz einer ökumenischen Begegnung geworden, die von italienischen Medien fast einhellig als „historisch“ empfunden wird. In der massigen mittelalterlichen Kathedrale der Alpenstadt tauschten am Sonntagabend katholische, protestantische und orthodoxe Kirchenführer aus West- und Osteuropa Umarmungen, unter dem lebhaften Beifall der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung.

Gemeinsam beteten sie das 1500 Jahre alte Glaubensbekenntnis (Credo), das die Konzilien von Nizza und Konstantinopel formuliert hatten, und verkündeten eine Botschaft der Hoffnung auf Einheit aller Kirchen Christi. In dem Dokument fordern sie „jede Anstrengung, daß die Welt vor einem Atomkrieg bewahrt bleibt“.

Die Botschaft ist das Ergebnis der 3. Ökumenischen Tagung der europäischen christlichen Gremien, die in der vergangenen Woche in Riva am Gardasee stattgefunden hat. Vor der Feier im Trienter Dom waren, wie das Ordinariat einräumt, „Schwierigkeiten und Mißtrauen“ zu überwinden. Das ist angesichts des Ortes verständlich: Das Trienter Konzil, das mit Unterbrechungen von 1545 bis 1563 tagte, hat zwar manche der von Martin Luther geforderten Reformen eingeleitet, gleichzeitig aber den päpstlichen Absolutismus gestärkt. Von Kaiser Karl V. als Konzil der Versöhnung mit den Protestanten (deshalb auf damaligem Reichsgebiet) gefordert, wurde es zum Konzil, das die Glaubensspaltung besiegelte und vertiefte.

So war es von symbolischer Bedeutung, daß die Organisatoren der ökumenischen Liturgie vom Sonntag das riesige Kreuzifix, vor dem 1563 die Beschlüsse des „Tridentinum“ proklamiert worden waren, aus der Seitenskapelle holten und vor dem Hauptaltar aufstellten. Am Wochenende hatten die Teilnehmer, an ihrer Spitze der katholische Erzbischof von Westminster, Kardinal Basil Hume, und der Präsident der Konferenz der europäischen nichtkatholischen Kirchen, André Arce, als Gäste der Friedenssehnsucht auch die „Gefallenen-Glocke“ von Rovereto bei Trient besucht.

Herausforderung Aerodynamik!



Unsere Antwort:
Der neue Renault 25.

Die Herausforderung: Bislang unvereinbar: hohe Leistung bei extrem niedrigem Kraftstoffverbrauch.

Das Ergebnis: Der neue Renault 25. Ungewöhnliche Aerodynamik: cW 0,28, der beste Serien-cW-Wert der Welt (TS-Version). Außerst niedrige Verbrauchswerte bei hohen Spitzengeschwindigkeiten. Ungewöhnliches Design: Elegante Limousine mit einem Kofferraum-Volumen bis 1.238 Liter. Motorisierungsreihe: Von 2.0 l mit 74 kW (101 PS) über 2.1 l Turbo-Diesel-Motor mit 63 kW (86 PS) bis 2.7 l V6-Motor mit 104 kW (141 PS). Spitze natürlich über 200 km/h.

Renault 25 – wenn fordern Sie ihn heraus? Unverbindliche Preisempfehlung ohne Überführung: DM 22.700,- (TS) bis DM 37.600,- (V6 Injection).

RENAULT

RENAULT 25. Eine neue Art ist entstanden.

Die Unionsparteien geben dem Postminister jetzt Rückendeckung

CDU/CSU-Papier würdigt Vorleistungen beim Aufbau einer modernen Medienstruktur

GERNOT FACIUS, Bonn
Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) hat für seine Kabel-Politik, die in den vergangenen Monaten auch hier und da von CDU/CSU-Politikern mit kritischen Anmerkungen versehen worden ist, jetzt die politische Rückendeckung durch die führenden Medienpolitiker beider Unionsparteien erhalten. Der Medienpolitische Koordinierungsausschuss von CDU und CSU weist in einem jetzt in Bonn verabschiedeten „Programm für eine freiheitliche Informationspolitik“ jeden Gedanken an einen akuten Zielkonflikt zwischen Breitbandnetzen mit der Kupferkabel- und Glasfasertechnologie zurück. Er attestiert dem Bundespostminister eine „innovationsorientierte Vorgehensweise“, die nicht nur die Entwicklungsmöglichkeiten verschiedener Systemtechniken offenhalte, sondern auch für die Stellung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb von entscheidender Bedeutung sei.

In der Vergangenheit war dem Postminister immer wieder vorgehalten worden, er bediene sich einer veralteten Technik. Diesen Vorwurf lässt der Koordinierungsausschuss, hinter dem die Autorität der Präsidenten beider Unionsparteien steht, nicht gelten. „CDU und CSU begrüßen die Vorleistungen der Deutschen Bundes-

post beim Aufbau einer modernen Kommunikations-Infrastruktur, die für die Schaffung eines zukunftsträchtigen Medienmarktes notwendig sind. Daß dabei langfristig beim Einsatz aller Systemtechniken – Kabelfernsehtexte, Fernsehsatelliten, direkt empfangbare Rundfunktechnik – auch auf Rentabilität zu achten ist, ist für CDU und CSU unbestrittenes Ziel“, heißt es in dem Programm.

Die Post ist nach Meinung des Ausschusses geradezu verpflichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß den Bürgern ein vielfältiges Programmangebot zur Verfügung gestellt werden könne. „Dabei ist darauf zu achten, daß kein Gefälle von Stadt zu Land entsteht“, wird dem Postminister von Parteiseite mit auf den Weg gegeben, ein Hinweis darauf, daß auch bei der „Vertabelung“ die Chancengleichheit aller Regionen gewahrt werden muß. „Die sich gegenseitig ergänzende Nutzung von Kabelfernsehtexten, Fernmeldesatelliten und direkt empfangbaren Rundfunksatelliten sichert am besten die gleichmäßige Versorgung aller Bürger mit Programmvvielfalt.“ Daß dabei dem Kabel zur Zeit ein Vorrang eingeräumt ist, wurde von den Medienpolitikern der Union einkalkuliert. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich die Nutzung des in deutsch-französischer Zusammenarbeit geplanten Di-

rektstellten TV-Sat erheblich verzögern wird. Kabel- und Satellitentechniken werden in dem CDU/CSU-Papier ohnehin nicht als Alternativen, sondern als „gegenseitig sinnvolle Ergänzung“ gesehen.

CDU und CSU bekennen sich zwar zu der in der Medienpolitik umstrittenen „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, bemühen sich aber, diese Garantie einzugrenzen: „Diese Garantie umfaßt insbesondere nicht eine Ausweitung der Werbung, die Lokalisierung und Subregionalisierung der Programme sowie die Regionalisierung von Videotext.“ In eher vage gehaltenen Formulierungen wird an die Landtage appelliert, bei der künftigen Gebührensatzung den Aspekt einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu berücksichtigen. Private Anbieter, so heißt es, müßten durch gesetzliche Regelungen gesicherte Chancen erhalten, sich erfolgreich zu bewähren. Die Länder werden aufgefordert, einen „verlässlichen Ordnungsrahmen“ zu schaffen, der gezielte Investitionen zu fördern, für alle Bundesländer verbindlicher Ordnungsrahmen noch schaffen läßt, wird gerade in Unionskreisen bezweifelt.

Bahners Plan: Eine „USA-Partei“

Ehemaliger Berliner CDU-Politiker will mit seiner Gruppierung bundesweit antreten

F. DIEDERICH, Berlin
Der ehemalige Berliner Bundestagsabgeordnete Dietrich Bahner (CDU) hat gestern in Berlin seinen Parteiaustritt und die Absicht bekanntgegeben, für die Landtagswahlen in Berlin und Nordrhein-Westfalen mit einer eigenen Partei anzutreten. Wie von der WELT berichtet, war Bahner bereits in der vergangenen Woche von seinem Amt als CDU-Kreisvorsitzender des Berliner Bezirks Wedding zurückgetreten. Den Ausschlag dafür hatten Differenzen mit dem CDU-Landesvorstand über das Wahlkampf-Konzept der Union gegeben.

Nach Worten Bahners soll in spätestens zwei Wochen in Berlin die Gründung der sogenannten bundes-

weiten „Umweltschutz, Steuerzahler- und Arbeitsplatz-Partei“, kurz „USA-Partei“ stattfinden. Mit dem Kürzel „USA“ wolle er seine besonderen Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten und den westlichen Verbündeten ausdrücken, sagte Bahner, der von 1979 bis 1983 dem Deutschen Bundestag angehört hatte. Die Partei solle eine „bürgerliche Alternative“ zu den etablierten Parteien und den Grün-Alternativen darstellen, kündigte der Politiker an. Seiner bisherigen Partei warf Bahner vor, es habe ihr an Mut, Phantasie, Bürger-nähe und auch Ehrlichkeit gefehlt.

Die Berliner CDU beurteilte gestern den Vorstoß des 44-jährigen prominenten Lokalpolitikers mit gemischten Gefühlen. Noch am Wo-

chenende hatte der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeier versucht, Bahner von der Parteigründung abzuhalten. Er sei jedoch „keinen Argumenten mehr zugänglich gewesen“, hieß es aus der CDU-Spitze. Während die meisten CDU-Senatoren die Parteigründung als „totgeborenes Kind“ qualifizierten, verschwiegen einige Landespolitiker jedoch nicht ihr Unbehagen darüber, daß das Ausschließen Bahners nicht nur Wählerstimmen für die Union kosten könnte, sondern auch von den Oppositionsparteien als Mangel an Geschlossenheit innerhalb der Union angesehen werden könnte. „Hier wird der SPD und AL billige Wahlkampf-Munition geliefert“, hieß es dazu im CDU-Landesvorstand.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gesamtlage nicht gebessert

„Der lange Marsch aus der Kirche oder: wo bleibt die allgemeine geistige Wende?“ WELT vom 18. September

Nach einer Umfrage bei ca. 1500 evangelischen Christen wiegt sich nun die Amtskirche in „relativer“ Sicherheit. Die evangelische Kirche könne sich nach wie vor auf ein relativ breites volkswirtschaftliches Einverständnis stützen; das allgemeine Meinungsklima gegenüber der Kirche sei weniger kritisch als vor zehn Jahren, und nicht zuletzt sollen sich die Pfarrer eines hohen Ansehens erfreuen. Sprächen die Tatsachen so, hätten wir Kirchenvolk guten Grund zur Freude. Viele evangelische Christen, unter ihnen der aufrechte Hamburger Altbischof Hans-Otto Wöhr, bezweifeln aus erlebter Erfahrung die Richtigkeit des Umfrage-Ergebnisses.

Die Gesamtlage unserer Kirche hat sich keineswegs gebessert, die allgemeine geistige Wende hat in der evangelischen Kirche noch nicht eingesetzt. Im Gegenteil. Die hohen Kirchengeschäftszahlen sind mehr als ein Alarmsignal. Diese Entwicklung, in hohem Maße hervorgerufen durch einen immer mehr sich wie ein Krebsgeschwür ausbreitenden Politikalismus rot-grüner Couleur, geht unablässig weiter.

Es ist deutlich zu erkennen, daß die Zahl der Austrittsbereiten ständig wächst. Diese vielen evangelischen Christen finden in ihrer angestammten Kirche keine geistliche Heimat mehr vor. Mit einer womöglichen Verschleierungstaktik ist unsere Kirche nicht zu retten, wohl aber kann eine objektive, sachdienliche Berichterstattung über die gesamtgesellschaftliche Situation sehr hilfreich sein.

Was ist in dieser verfahrenen Situation nun zu tun? Ein Kirchen-Wiederaufbau entwickelt werden. So sollten z.B. verantwortungsbewußte Kirchengemeindeglieder politisierende Pfarrer ganz besonders auf die drei Hauptaufgaben der Kirche hinweisen:

- Verkündigung des unverkürzten Evangeliums;
- Seelsorge ausüben, insbesondere in Grenzfällen des Lebens, Hausbesuche sollten einen hohen Stellenwert erhalten;
- Unterstützung diakonischer Aufgaben.

Werden diese Schwerpunkte der

Tätigkeiten verantwortlich denken der Pfarrer eingehalten, so brauchen wir uns um unsere evangelische Kirche nicht mehr zu sorgen, dann hat die allgemeine geistige Wende eingesetzt, und zwangsläufig wird es zu vermehrten Kirchen-Wiedereintritten kommen.

Dies wünscht von ganzem Herzen
Ihr WELT-Leser
H. Wiehemeier,
Osnabrück

Kurzschriften

Ein Schreibstiftchen plädiert für die Kurzschrift. WELT vom 18. September

Die erste bekannte Kurzschrift waren die Tironischen Noten, die nachweislich bereits 63 v. Chr. im Römischen Senat verwendet wurden. Die ersten Buchstaben-Kurzschriften wurden im 17. Jahrhundert entwickelt, und zwar 1602 von J. Willis in England, 1651 von J. Cossard in Frankreich und 1678 von K. A. Ramsay für Deutschland (Übertragung von Sheltons System).

Erst im 19. Jahrhundert wurde in Deutschland eine Vielzahl von Systemen entwickelt, die gleichberechtigt nebeneinander standen. Als 1896 F. K. Scheithauer ein System mit Strichvokalisation entwickelte, das sehr leicht erlernbar, aber schwer flüssig zu schreiben war, entstand 1897 das Einigungssystem „Stolze-Schrey“, während sich Rußland für „Scheithauer“ entschied. Die damals sehr modernen Scheithauerschen Reklamemethoden hat Ehm Welk in dem Kapitel „Der geflügelte Griffel“ in seinem Roman „Die Heiden von Kimmernow“ anschaulich geschildert. „Stolze-Schrey“ wird heute noch vorwiegend in der deutschsprachigen Schweiz geschrieben.

In Deutschland dagegen kam nach zwanzigjährigen wechselvollen Ver-

handlungen 1924 durch Staatsvertrag der Reichsregierung mit allen Landesregierungen – die damals wie heute die Kulturhoheit hatten – die Einheitskurzschrift zustande, die im wesentlichen auf einer Vereinigung der Systeme „Gabelberger“ (1834) und „Stolze-Schrey“ beruht. Die 1936 und 1968 vereinfachte „Einheitskurzschrift“ wird bei uns, in der „DDR“ und in Österreich als amtliches System gelehrt.

Daß in bezug auf Schreibgeschwindigkeit und -flüssigkeit noch Verbesserungen möglich sind, hat der Reichstagsstenograph Helmut Stief bewiesen, der während seiner politischen Haft in Bautzen seine „Stiefographie“ entwickelt hat, die u. a. von einigen Presseleuten geschrieben wird.

Da man in der Datenverarbeitung z. Zt. an mehreren Systemen arbeitet, die das gesprochene Wort elektronisch in Schrift umsetzen sollen, ist abzusehen, daß die Kurzschrift bald ebenso der Geschichte angehören wird wie jetzt bereits der Rechenschieber.

Horst Lahmann,
Krefeld 11

Als Mahnung

„Kahl steht weiter auf die FDP. Deutsche Mahnung an Strömer.“ WELT vom 2. Oktober

Das Interview des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in der „Welt am Sonntag“ vom 30. September ist in jeder Hinsicht objektiv, korrekt und positiv, was das Verhältnis zwischen CDU und CSU angeht. Es ist leider immer mehr zum Unfug geworden, sensationelle Überschriften zu erfinden, die vom Text des Artikels her nicht gedeckt sind.

Was Franz Josef Strauß in dem Interview zum Ausdruck gebracht hat, denken die meisten. Nichts wäre gefährlicher für die Zukunft, als für eine nun einmal erlittene Schlappe falsche Ursachen zu nennen.

Die Äußerungen des CSU-Vorsitzenden sind als noch rechtzeitige Mahnungen eines Politikers zu verstehen, der nach dem Krieg unseren Staat mit aufgebaut hat und dem unser Vaterland am Herzen liegt.

Wolfgang Held,
Landesleitung,
Christlich-Soziale Union
in Bayern

Wort des Tages

99 Wer sich im kleinsten Lager befindet, der ist in der stärksten Schule. 99
Gilbert Keith Chesterton; engl. Autor (1874 – 1936)

Personalien

EHRUNGEN

Papst Johannes Paul II. hat Bankdirektor i. R. Franz Linnebank, Paderborn, zum Ritter des Silvesterordens sowie den Kaufmann Ferdinand Klingenthal, Paderborn, und den Bundestagsabgeordneten Paul Löber (CDU), Dortmund, zum Komtur des Silvesterordens ernannt. Der Erzbischof von Paderborn, Johannes Joachim Degenhardt, überreichte die Auszeichnungen.

Julius Ilsen, seit 1968 Bundesvorsitzender der Selbsthilfeorganisation und Helfergemeinschaft für Suchtkranke „Kreuzbund“, ist anlässlich seines 70. Geburtstages mit dem „Brotsteller“, der höchsten Auszeichnung des Deutschen Caritasverbandes, geehrt worden. Im Rahmen eines Festaktes bezeichnete die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, Ingrid Karwatzki (CDU), die Tätigkeit des Kreuzbundes als eine „außerordentlich wichtige Arbeit für die ganze Gesellschaft“.

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Direktor der niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover, Dr. Wilhelm Totok, ausgezeichnet. Der Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Dr. Weert Börner, überreichte den Orden. Er würdigte die Verdienste Totoks als Chef der Landesbibliothek, Bibliograph und Leibniz-Forscher. Internationale Anerkennung genießen Totoks Arbeiten „Handbuch der bibliographischen Nachschlagewerke“ und „Handbuch der Geschichte der Philosophie“.

GEBURTSTAG

Der evangelische Theologieprofessor Claus Westermann wurde 75 Jahre alt. Der Alttestamentler hat sich vor allem durch seine Lehrtätigkeit an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg sowie zahlreiche Veröffentlichungen, darunter seine Bücher „Umstrittene Bibel“ und „Tausend Jahre und ein Tag“, einen Namen gemacht.

WARUM DIE GÜTERBAHN BEI KARSTADT SEIT 25 JAHREN DAS RENNEN MACHT.

Wie gut es zwischen Karstadt und der Güterbahn läuft, zeigt sich nicht nur auf der Schiene, wo Importsendungen per Güterwagen über Gleisanschluss anrollen. Oder im DB-Stückgutverkehr, wo Sendungen von Lieferanten den Karstadt-Filialen direkt zugeleitet werden. Das Kernstück der Zusammenarbeit liegt mehr beim Straßengüterverkehr der Güterbahn, deren Disponenten ihren Arbeitsplatz direkt in der Versandzentrale von Karstadt Essen haben. Helmut Schneider, DB-Mitarbeiter in Essen,



verantwortlich für Straßen-transporte der Güterbahn, sieht das so: „Es zählt sich schon aus, daß wir mit den Mitarbeitern von Karstadt in einem Raum sitzen. Weil wir schneller optimale Dispositions-Ent-

scheidungen treffen können.“ Wie gut Karstadt damit fährt, zeigt sich daran, daß die Güterbahn mittlerweile außer ihren eigenen und den Fahrzeugen ihrer Auftragsunternehmer auch noch die LKW von Karstadt disponiert.

WIE SICH DIE GÜTERBAHN FÜR KARSTADT EINSETZT

In Essen ist eins der drei Regionallager für Lebensmittel und Frischwaren. Das bedeutet, nicht nur im Wareneingang, sondern auch im Versand geht es äußerst lebhaft zu. Aufgabe der Güterbahn ist es, Kaufmannsgüter und Lebensmittel jeweils schnell und pünktlich auf die Filialen zu verteilen. Und wo man die auf der Schiene nicht erreicht, nimmt die Güterbahn einfach den DB-LKW. Damit schafft sie es, daß Obst und Gemüse überall und an allen Tagen frisch zur Stelle sind. Eine Bedingung, die sich ganz einfach daraus ergibt, daß Frische und Qualität



Den Weg ins Karstadt-Schaukenster finden viele Güter durch die Güterbahn.

bei Karstadt nun mal oberstes Gebot sind.

FÜR KARSTADT MUSS DIE GÜTERBAHN SEHR FRÜH AUFSTEHEN

Ab drei Uhr morgens läuft die Auslieferung. Dabei kommen im Nahverkehr auf der Straße je zur Hälfte Fahrzeuge von Karstadt und von DB-Auftragsunternehmen zum Einsatz. Insbesondere im Fernverkehr zeigt sich die Flexibilität der

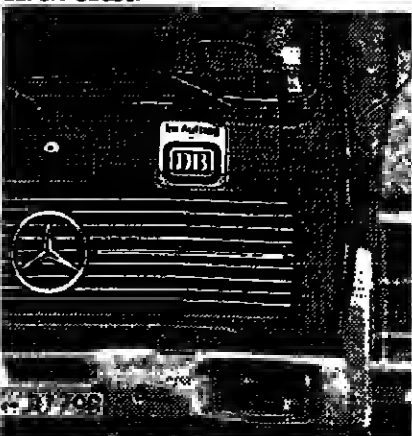
Güterbahn. Karstadt profitiert hier von der bewährten guten Zusammenarbeit mit rd. 1.000 Unternehmern des Straßengüterfernverkehrs, die „im Auftrag der DB“ rd. 4.000 Fahrzeuge für die Güterbahn einsetzen. Denn viele von ihnen fahren schon seit Jahren ihre festen Routen für das Unternehmen und wissen genau, welche Besonderheiten bei den einzelnen Filialen beachtet werden müssen. Das hilft, Zeit zu sparen und Probleme

gar nicht erst aufkommen zu lassen. Kein Wunder, wenn sich Karstadt auch bei anderen Aufgaben völlig auf die Güterbahn verläßt. Etwa beim Versand von Prospekten und Beilagen, den die Güterbahn direkt mit Druckereien und Empfängern abstimmt.

WARUM KARSTADT FINANZIELL SO GUT FÄHRT

Da gibt es gleich mehrere gute Gründe; zum einen – natürlich – den marktgerechten Preis. Darüber hinaus eine Frachtberechnung per EDV, die dem Kunden viel Arbeit abnimmt und damit seinen

Für Karstadt geht die Güterbahn jeden Tag auf die Straße.



Verwaltungsaufwand reduziert. Natürlich unter Einschluß der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank (DVKB), der Hausbank der Güterbahn, mit ihrer bewährten Frachtsendung. Dadurch bekommt Karstadt nur noch drei Abrechnungen im Monat. Und



Die Frachtsendung der Güterbahn spart auch bei Karstadt so manche Mark.

nicht mehr für jeden Transport eine. Alles in allem ist es also ganz verständlich, wenn Karstadt die Güterbahn auch in Zukunft einplant.

WIELLEICHT SOLLTEN AUCH SIE UMSTEIGEN

Stellen Sie die Güterbahn doch einfach einmal auf die Probe. Sprechen Sie mit dem Kundenberater bei Ihrer DB-Generalvertretung. Das lohnt sich gerade jetzt, weil sie Ihnen die neuesten Angebote der Güterbahn vorstellen kann. Und von denen werden auch Sie angenehm überrascht sein.

Gut auf der Schiene. Gut auf der Straße. **DB Die Bahn**

Die neue Geschäftsverbindung nach Seoul.



Ab 31. 10. jeden Mittwoch mit Lufthansa ab Frankfurt. In Zusammenarbeit mit Korean Air.



Lufthansa

„Der deutsche Wald wird weiterleben“

AP, Frankfurt

Gegen Kritik von „nicht kompetenten Eiferern und auch Demagogen“ haben sich die deutschen Pflanzenschutzler in Frankfurt vor der Eröffnung einer Verbandstagung zur Wehr gesetzt. Als „weltfremde Forderung“ bezeichnete Professor Gerhard Schuhmann, Präsident der Biologischen Bundesanstalt, ein generelles Verbot von Pflanzenschutzmitteln. Der Markt mit den einschlägigen Chemikalien drohe dann unüberprüfbar zu werden.

Schuhmann räumte ein: „Über die Ursachen für das Waldsterben können wir nichts Sicheres sagen.“ Er glaube jedoch nicht, die Belastung der Böden dramatisieren zu müssen. „Der deutsche Wald wird weiterleben, eines Tages vielleicht mit anderen Arten“, sagte der Präsident der Biologischen Bundesanstalt.

Mit den vielfältigen Symptomen für das Waldsterben will sich auch der 44. Deutsche Pflanzenschutztag auseinandersetzen, an dem in Gießen bis zum Freitag 900 Wissenschaftler aus 16 Ländern teilnehmen. Zwar erkannte Schuhmann an, daß die Emissionen der Autos der Umwelt schaden, zu umstrittenen Vorschlägen wie dem Tempolimit wollte er sich aber nicht äußern. An einer „echten Korrelation“ zwischen dem Schadstoffausstoß des Verkehrs und dem Waldsterben bestehen nach Ansicht von Schuhmann Zweifel.

In Gießen wollen sich die Wissenschaftler ebenso für eine Forcierung des „integrierten“ Pflanzenschutzes stark machen. Eine verstärkte Grundlagenforschung ist nach den Worten von Edmund Köhler, Abteilungsleiter beim Chemieunternehmen BASF, gefordert. Die Industrie, die oft den Vorwurf einer „primitiven Pflanzenschutz-Chemie“ zu hören bekomme, sei als Anwenderin auf wissenschaftliche Vorgaben angewiesen.

Kohl in China: Wirtschaft steht im Mittelpunkt

Fortsetzung von Seite 1

100 000 Motoren vor, die China zu 80 Prozent exportieren wird. Zhao und Kohl vereinbarten im ersten Gespräch, die Stückzahl zu erhöhen, wie Boenisch mitteilte.

In den Reden Kohls und Zhao, die am Montagabend gehalten wurden, spiegelt sich das Interesse an einer kontinuierlichen, vom chinesischen Ministerpräsidenten als „strategisch“ bezeichneten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Hervorgehoben wurde die handelspolitische Bedeutung der mittelständischen Industrie. China ist nicht mehr sehr stark am Kauf großer Anlagen, sondern an einem lebhaften Technologietransfer, an Joint-Ventures und an Kapital interessiert, um auf diesen Wegen eigene Schritte in die industrielle Zukunft unternehmen zu können.

Von einer „Meinungsverschiedenheit“ sprach Boenisch hinsichtlich des nach chinesischer Ansicht zu hohen Preisniveaus der anerkannt guten Waren aus der Bundesrepublik. Kohl habe in seiner Antwort die Vorteile hervorgehoben, die der Technologietransfer den Chinesen biete. Peking neigt seit jeher dazu, diese Leistung für kostenfrei zu halten.

Im politischen Teil der Gespräche und Reden wurden die Ost-West-Beziehungen, Rüstungskontrolle, die Situation in Europa, in Deutschland, in Asien und – im internen Austausch – auch die Lage in der Sowjetunion behandelt. Öffentlich dankte der Kanzler der Volksrepublik China, daß sie „für die Einheit meines Volkes“ eintritt. Die Formulierung hieß allgemein, da Peking in der jüngsten Zeit die Beziehungen zu Ost-Berlin verbessert hat und durchaus offenläßt, wie ein staatlich vereinigtes Deutschland aussehen sollte.

Tories in der öffentlichen Meinung deutlich vorn

Heftige interne Diskussionen für den Parteitag erwartet

WILHELM FURLER, London

Rechtzeitig vor dem Parteitag der regierenden Konservativen Partei in Großbritannien, der am heutigen Dienstag im südländischen Seebad Brighton beginnt, ist den Tories in der jüngsten Meinungsbefragung ein komfortabler Vorsprung vor der oppositionellen Labour-Partei bestätigt worden. Die Meinungsbefragung, die Mitte vergangener Woche im Auftrag der „Sunday Times“ vom Mori-Institut durchgeführt wurde, läßt darauf schließen, daß 43 Prozent der Bevölkerung die Konservative Partei wählen würden, 35 Prozent Labour, 19 Prozent die Allianz aus Liberalen und Sozialdemokraten und zwei Prozent andere Parteien.

Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr lautete das Ergebnis: 44 Prozent für die Konservativen, 28 Prozent für Labour, 26 Prozent für die Allianz und zwei Prozent für andere. Bis August dieses Jahres war die Popularität der Labour-Partei so stark gestiegen, daß sie in den Meinungsbefragungen Kopf an Kopf mit den Konservativen lag. Doch die Jahreskonferenz der Labour-Partei, die in der vergangenen Woche in Blackpool stattfand, hat für das öffentliche Ansehen der Partei einen schweren Rückschlag gebracht.

Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, daß in Blackpool der linke Parteiflügel das Sagen hatte und mit der einhelligen Unterstützung für den Bergleutestreich und der gleichzeitigen Verurteilung angeblicher Gewalttätigkeiten der Polizeikräfte erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Oppositionspartei bezeugt.

Doch damit wird die Aufgabe Margaret Thatchers und ihres Kabinetts auf dem Tory-Parteitag keineswegs einfacher. Im Vordergrund der Angriffe aus den eigenen Reihen wird die Anschuldigung stehen, die Regierung habe etliche Wahlversprechen nicht eingehalten. Damit ist in erster

Linie die in der Tat verheerende Entwicklung der Arbeitslosenzahlen gemeint.

Jüngsten Statistiken zufolge hat sich die Zahl der Briten, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, im September um 168 000 auf knapp 3,84 Millionen oder 13,6 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung erhöht. Das ist der höchste Stand seit der offiziellen Erfassung der Arbeitslosenzahlen in Großbritannien. Dem entsprechend werden jetzt auch in der Konservativen Partei Forderungen nach Interventionsmaßnahmen laut.

Ein kritischer Punkt in Brighton wird sicherlich das Verhalten der Regierung im Bergleutestreich darstellen. Immer stärker kommt nämlich in der Bevölkerung Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß sich die Thatcher-Administration – abgesehen von scharfen Kommentaren – in der Schlichtung des Konflikts überhaupt nicht einschaltet, der verheerenden Schaden anrichtet.

So hat die Mori-Befragung auch ergeben, daß nur 25 Prozent der Briten glauben, die Regierung habe mit ihrem Verhalten zum Streik „gute Arbeit geleistet“. Knapp 60 Prozent zeigen sich unzufrieden. Diese Unzufriedenheit fällt auch beim Urteil über die Premierministerin Thatcher auf: 51 Prozent der Briten sind der Meinung, Frau Thatcher kümmere sich nicht um die Probleme der „kleinen Leute“, und 43 Prozent beschreiben ihr sogar eine „diktatorische“ Haltung.

Kritische Anmerkungen dürften auch zu den Themen Beseitigung des Sozialstaats-Prinzips, Umweltschutz, Abschaffung der großen urbanen Behörden sowie Verschärfung von Recht und Ordnung – insbesondere im Zusammenhang mit den Ausschreitungen von Bergleutestriekposten – zu erwarten sein.

Strauß: Kohl muß über das Wahlergebnis nachdenken

CSU besteht auf besserer Darstellung der Regierungsarbeit

CLAUS LARASS, München

Der bayerische CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß griff gestern nach einer Sitzung des CSU-Vorstandes in München noch einmal die Diskussion über das schlechte Abschneiden der CDU bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen auf. Strauß empfahl in einer Pressekonferenz seinen Parteifreunden von der CDU, über das Ergebnis „ernsthaft nachzudenken“. Es sei gefährlich, einen großen Sieg falsch auszuliegen; es sei aber ebenso gefährlich, eine Niederlage falsch einzuschätzen.

Äußerst scharf reagierte Strauß auf eine Äußerung von Bundeskanzler Kohl. Der Kanzler hatte ein in der „WELT“ am SONNTAG veröffentlichtes kritisches Interview des CSU-Vorsitzenden am Wahltag als nicht gerade hilfreich bezeichnet. Strauß gestern in München: „Derlei Behauptungen sind absurd, sie sind schwachsinnig.“

Sonst aber versuchte Strauß eher, mit freundlicheren Tönen keinen neuen Konflikt zur Bonner CDU-Führung aufkommen zu lassen. Ausführlich lobte er die Arbeit der Bundesregierung – auffälligerweise jedoch nur in Bereichen, für die vor allem Bundesfinanzminister Stoltenberg zuständig ist: – die Inflationsrate sei erheblich gesunken, – die positive Entwicklung bei der Nettoverschuldung, – den atmosphärischen Wandel in der deutschen Wirtschaft; aufgrund der Bundespolitik herrsche dort nicht mehr Pessimismus, sondern Optimismus, – die ersten Anzeichen für einen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Es komme allerdings darauf an,

daß sich diese Erfolge auch „in Herz und Hirn“ der Wähler festsetzen. Die Selbstdarstellung der Regierung müsse besser werden.

Immer wieder auftauchende Spekulationen, ob die CSU mittelfristig mit der SPD wieder eine Große Koalition eingehen solle, gab Strauß „für die nächste Zeit“ eine klare Abfuhr: „Ich gehe davon aus, daß die SPD für ein solches Vorhaben nicht mehr die Kraft aufbringt. Das gilt allerdings nur für den Bund; in den Ländern mag es anders sein.“

Zusammen mit dem ebenfalls anwesenden Bundesinnenminister Zimmermann ging Strauß ausführlich auf die Frage eines Tempolimits auf Autobahnen und Landstraßen ein. Er unterstützte vorbehaltlos die Pläne über den vom Bundeskabinett beschlossenen Großversuch. Allerdings: „Dieser Großversuch darf auf keinen Fall nur in einem einzigen Bundesland, etwa in Hessen, stattfinden. Man muß darauf achten, daß diejenigen, die für den Großversuch zuständig sein werden, nicht schon am Anfang wissen, was am Ende dabei herauskommt.“

Strauß lobte ausdrücklich die Umweltpolitik seines Parteifreundes Zimmermann und berichtete abschließend, wie ein privater Tempolimit-Test von ihm am letzten Wochenende ausgegangen sei: „Von meiner Wohnung fuhr ich 30 Stundenkilometer durch das Städtchen; hinter mir hallte sich der Zorn der anderen Verkehrsteilnehmer. Auf der Autobahn fuhr ich Tempo 100; da kam es fast zu Unfällen, weil sogar die Lastwagen mich überholten. Und auf der Staatsstraße hielt ich korrekt Tempo 80; da gab es einen gewaltigen Stau hinter mir.“

Spanien: EG-Beitritt soll Isolierung des Landes beenden

Faktisches Junktim mit NATO-Mitgliedschaft / Barzel für Beitritt Madrids zur Gemeinschaft

ROLF GÖRTZ, Madrid

Es sei Zeit, daß Spanien in die EG komme, sagte Bundespräsident Rainer Barzel, der sich gegenwärtig in Madrid aufhält. Spaniens Außenminister Fernando Moran hatte schon vor einigen Tagen versichert: „Wir werden gegen Ende des Jahres unterzeichnen.“

Die angesehenen Madrider Zeitung „ABC“ erschien mit zwei Karikaturen, die die ganze Seite einfüllten. Erste Szene: Die Herren der EG öffnen dem Herrn aus Spanien mit einladender Geste die Tür zum Haus der Gemeinschaft. Zweite Szene: Der arme Spanier prallt zum Vergnügen der anderen gegen eine in den Türbogen eingebaute Mauer.

Ministerpräsident Felipe González beschwichtigte seine Landsleute vor Journalisten und im Beisein des österreichischen Bundeskanzlers Sitomatz. Er äußerte sich mit verhaltenem Optimismus über den EG-Beitritt, kündigte aber „volle Bremsen“ der spanischen Delegation bei der Verteidigung ihrer Positionen in Brüssel an.

Der Wunsch Spaniens, der EG beizutreten, kommt nicht aus der Tagespolitik und folgt deshalb ganz anderen Überlegungen als denen der Gründungsländer und der anderen Staaten, die der Gemeinschaft später beitreten. In ihrem Willen zur geistigen Integration drückt sich das politische Verlangen der spanischen Nation nach einem Ende der jahrhundertelangen Isolierung von Europa aus.

Die bisherige Absichtserklärung ergab sich aus dem Scheitern der katholischen Reichsidee. Ende des 19. Jahrhunderts wandte sich, ausgehend von den Universitäten, ein Großteil der geistigen Führungsschicht wieder Europa zu. Die Gründung der Sozialistischen Partei, die jetzt zum ersten Mal die Regierung

gebildet hat, gehört zu dieser Bewegung.

Die Entscheidung, sich aus beiden Weltkriegen herauszuhalten, bestätigte dann allerdings wieder das konservative Lager in seiner instinktiven Abwehr jeder multinationalen Bindung gegenüber. Erst 1962 hat die spanische Regierung offiziell um Assoziationsverhandlungen, „Schaff Franco ab, und wir werden Euch mit offenen Armen aufnehmen“, tönte es dann aus allen europäischen Regierungen und Parteien. Eine der ersten außenpolitischen Maßnahmen der jungen Demokratie galt deshalb dem nun endlich möglichen Integrationsstreben.

Vor diesem historischen Hintergrund muß die Geduld der Spanier gegenüber den für die Bevölkerung allerdings unverständlichen Querelen der EG-Mitgliedsstaaten untereinander gesehen werden.

Der politische Drang des spanischen Volkes, die Tore nach Europa zu öffnen, zwang die spanische Delegation, Bedingungen zu schlucken, die andere Mitgliedstaaten kaum hingenommen hätten. Dazu gehörte der Verzicht auf historische Fischgründe, etwa in der nach dem Baskenland benannten Biskaya, oder die Hinnahme von bereits abgeschafften Zöllen für die Ausfuhr wichtiger spanischer Agrarprodukte nach Europa.

Verbittert schränkte die in Fragen der Atlantischen Gemeinschaft keineswegs zurückhaltende Presse ihre Kritik gegenüber diesen für Spanien unverständlichen Forderungen der Kommission ein. Natürlich wissen die Politiker und manche Kommentatoren, daß die Gemeinschaft die Begünstigung Israels und Marokkos nicht von heute auf morgen abbauen kann. In der Öffentlichkeit werden diese Themen aber nicht berührt, um die Bevölkerung nicht gegen die EG aufzubringen.

Flick-Ausschuß entscheidet über Barzel-Vernehmung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Jetzt soll auch Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre vernommen werden. Über einen entsprechenden Antrag der SPD will das Gremium heute entscheiden. Noch offen war gestern, ob CDU/CSU und FDP dem Antrag voll zustimmen werden, weil in ihm Behauptungen aus dem Bericht der Kommission als bewiesen dargestellt würden. Allerdings hieß es bei der Union, es sei auch im Interesse von Barzel, daß erhobene Vorwürfe möglichst rasch aufgeklärt würden.

Nach den zunächst vom Bonner Landgericht zurückgehaltenen Akten hatte die Frankfurter Anwaltssozietät Dr. Dr. A. Paul über mehrere Jahre hinweg jeweils 250 000 Mark vom Flick-Konzern erhalten. Dort war Barzel nach seinem Rücktritt als CDU-Vorsitzender 1973 tätig. In den Listen des früheren Chefbuchhalters des Konzerns, Rudolf Diehl, über Zahlungen in den politischen Raum waren diese Leistungen mit dem Zusatz „wg. Dr. Barzel“ verzeichnet worden. Der Bundestagspräsident hat bereits dazu eindeutig erklärt: „Ich habe kein Geld von Flick bekommen.“

Der Ausschuß wird heute seine Arbeit mit der Vernehmung des FDP-Schatzmeisters, Bundestagsvizepräsident Richard Wurf, und von SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg fortsetzen. Er will nach wie vor seine Untersuchungen im ersten Halbjahr 1985 abschließen, damit der Bundestag noch vor der Sommerpause über mögliche Konsequenzen debattieren kann. Dazu meinte der Vorsitzende Manfred Langer (CDU) gegenüber der WELT: „Wenn ein Untersuchungsausschuß seine Arbeit nicht innerhalb von zwei Jahren erledigt hat, taugt er nichts.“

Vogel umwirbt die Gruppe um Hirsch in der FDP

Bilanz von zwei Jahren Opposition im Bundestag vorgelegt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretende Parteichef, Hans-Jochen Vogel, rechnet nicht damit, daß die Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP vor den nächsten Wahlen auseinanderbricht. Er sagte gestern, die Sozialdemokraten seien aber bereits jetzt schon darauf vorbereitet, 1987 wieder die Regierung zu übernehmen.

Bei der Vorstellung einer Bilanz der zweijährigen Arbeit als Opposition räumte Vogel ein, das Zurechtfinden in der neuen Rolle sei zunächst schwierig gewesen. Die „Anlaufzeit“ sei jetzt jedoch sowohl für die Fraktion als auch für die Partei „zu Ende“.

Eine Neuaufgabe der sozial-liberalen Koalition nach den nächsten Bundestagswahlen wollte er nicht ausschließen. Dazu könne es kommen, wenn sich die FDP auf die verstorbenen prominenten Liberalen Karl-Hermann Flach und Thomas Dehler zurückbesinnen würde und zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch eine zentrale Rolle in der „Führungsführung“ übernehmen könnte. Ein Bündnis werde jedoch „nicht möglich sein“, solange unter anderem Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann oder der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, den Kurs der FDP wesentlich bestimmen.

Unabhängig vom Ausgang der nächsten Landtagswahlen würden sich die Stärkeverhältnisse im Bundestag vor 1987 nicht verändern. Denn selbst bei einer Spaltung der FDP „würden für die Union genug Stimmen übrig sein“. Es sei aber denkbar, daß Bundeskanzler Helmut Kohl noch vor dem Ende der Legislaturperiode ähnlich Ludwig Erhard im

Nach wie vor bleibt der Beitritt das wichtigste außenpolitische Ziel von Regierung und Opposition. Ein Scheitern dieses Vorhabens dürfte die Wiederwahl González mehr als alle anderen Hindernisse gefährden. Allerdings sind auch der spanischen Geduld Grenzen gesetzt, zumal sich die Wirtschaft bereits fragt, ob angesichts der Restriktionspolitik der Regierung und der geringen Chance zur Kapitalbildung überhaupt Zeit zum Laufen bleibt, wenn sie sich dem Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft stellen soll.

Offiziell wird das Junktim EG-NATO abgestritten. Aber spätestens seit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Madrid erkannte der spanische Bürger die Zusammenhänge. Sollte deshalb der EG-Beitritt nicht im Jahre 1986 definitiv in Aussicht stehen, wird die sozialistische Regierung keinen Finger krümmen, um das versprochene Referendum über den Verbleib in der NATO zu verhindern. Die äußerst mangelhafte Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck der NATO läßt nämlich bei einer Volksabstimmung ein sicheres Nein auch aus vielen konservativen Kreisen erwarten. Darüber sollte kein Zweifel herrschen.

Für Portugal, das zu den NATO-Gründern gehört und das sich als atlantisch orientiertes Land gegenüber der übrigen Welt immer offen zeigte, bildet der EG-Beitritt nicht viel mehr als eine Alternative zur EFTA. Die in einzelnen Zonen am Rande des Hungers lebende Bevölkerung erwartet von der Gemeinschaft Hilfe, während die sozial-liberale Koalitionsregierung von Brüssel Unterstützung für ihren pragmatischen Wirtschaftskurs erwartet, um so den „marxistischen Ballast“ (Ministerpräsident Mario Soares) aus der Revolutionszeit von 1974/75 endlich abbauen zu können. (SAD)

Athen sperrt Luftraum wegen NATO-Manöver

DW, Athen

Mit der Begründung, daß die Flugsicherheit durch ein NATO-Manöver in dem Gebiet gefährdet sei, hat die griechische Regierung gestern einen wichtigen internationalen Luftkorridor über der Ägäis für den Flugverkehr gesperrt. Griechenland nimmt an den Manövern nicht teil.

Die Übung verstößt nach Auffassung Athens gegen die NATO-Regeln, da sie ohne griechische Zustimmung in einem Gebiet durchgeführt werden, das im Rahmen der NATO einem griechischen Kommando untersteht. Athen hat der NATO vorgeworfen, mit den Manövern indirekt „expansionistische Absichten“ der Türkei zu unterstützen und Probleme für die Sicherheit Griechenlands zu schaffen.

Israel will U-Boote in den USA bauen lassen

AP, Tel Aviv

Israel hat nach Angaben des israelischen Rundfunks die Absicht, für seine Marine moderne Unterseeboote zu bauen. Jerusalem habe die USA um finanzielle Hilfe gebeten. Unter Berufung auf einen Informanten im Pentagon heißt es, Israel wolle die mit Dieselmotoren ausgestatteten U-Boote auf amerikanischen Werften bauen lassen. US-Verteidigungsminister Weinberger wolle Israel die amerikanischen Antwort geben, wenn er in Kürze Israel besuchen wird.

Khadhafi fordert „Bestrafung“ Ammans

AFP, Paris/Moskau

Der libysche Staatschef Khadhafi hat die palästinensischen Untergrundorganisation nachdrücklich aufgefordert, sich unter Führung eines „einzigen, eisernen Chefs“ zu einigen und ihre Schläge gegen das jordanische Regime zu richten, um König Hussein wegen Wiederaufnahme seiner diplomatischen Beziehungen zu Ägypten zu „bestrafen“. Heftige Kritik übte Khadhafi an Ägypten, Jordanien, Irak, Saudi Arabien und Kuwait, die „das Spiel des amerikanischen-zionistischen Imperialismus“ spielten.

Straßenkontrollen vor Botschaft eingestellt

DW, Prag/Hamburg

Die tschechoslowakische Polizei hat gestern die Kontrollen unmittelbar vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag eingestellt, in der sich rund 140 „DDR“-Einwohner aufhalten. Weiterhin unter Kontrolle bleibt die Rückseite des Botschaftsgebäudes. In den vergangenen Tagen waren dort zahlreiche „DDR“-Einwohner über den Gartenzaun auf das exterritoriale Gebiet der Vertretung geklettert. Die Botschaft hieß auch gestern für Publikumsverkehr geschlossen.

Ristock für Aufhebung seiner Immunität

rt, Berlin

Zur Aufklärung des gegen ihn erhobenen Vorwurfs der Beitragsverweigerung von Sozialabgaben hat der ehemalige Bausenator und frühere SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock auf die rasche Aufhebung seiner Immunität als Abgeordneter gedrängt. Ristock wies gestern jede Schuld zurück. Die Staatsanwaltschaft Berlin wirft ihm und zwei weiteren Geschäftsführern der inzwischen im Vergleichsverfahren stehenden „Metallbau Metallbau GmbH“ vor, rund 700 000 Mark Sozialabgaben für die Belegschaft nicht rechtzeitig an die Allgemeine Ortskrankenkasse abgeführt haben. Ein Justizsprecher sagte dazu, strafbar sei bereits die verzögerte Zahlung.

COMMERZBANK

Jetzt sollten Sie Ihr Privatkonto der Commerzbank anvertrauen.

Die Bank an Ihrer Seite hat sich etwas einfallen lassen:
Ab sofort entfallen beim Commerzbank-Privatkonto die Gebühren für einzelne Buchungen. Die Kontoführung kostet nur noch pauschal drei Mark monatlich.

Ihre Vorteile:

- Geringer Pauschalpreis für die Kontenführung.
- Kostenlose Buchungen in unbegrenzter Anzahl (z.B. für eurocheques, Barabhebungen, Überweisungen).
- Einfach, klar und übersichtlich.

Für Schüler, Auszubildende, Studenten, Praktikanten und Volontäre ist die Kontoführung weiterhin kostenfrei.
Kommen Sie zur Commerzbank, und nutzen Sie die Vorteile eines Privatkontos, auch wenn Sie noch kein Kunde bei uns sind.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

IMKER / Ertrag in diesem Jahr nur 12 000 Tonnen

Honig-Ernte völlig verregnet

HEINZ HILDEBRANDT, Soest
Die deutschen Imker, die den heimischen Markt in guten Jahren mit 18 000 bis 20 000 Tonnen Honig versorgen, müssen sich wieder einmal mit Mindererträgen bescheiden. Betrug ihr Ernteergebnis 1983 noch 15 000 Tonnen im Wert von etwa 150 Mill. DM, so dürfte es in diesem Jahr höchstens bei 12 000 Tonnen liegen. Der verregnete Sommer hat somit für ein Minus von 20 Prozent gesorgt.

Eingebracht wird diese Erntemenge von rund 1,2 Mill. Bienenvölkern, sie tragen jedoch auch in normalen Zeiten höchstens 30 Prozent zum deutschen Verbrauch bei. Die Bundesrepublik liegt mit einem Jahresverbrauch von etwa 40 000 Tonnen weltweit an der Spitze, der Nachfrage muß also weitgehend durch Importe entsprochen werden, die vorwiegend aus dem mittelamerikanischen Raum stammen.

Trotz der Minderernte rechnen die deutschen Imker jedoch mit keiner Preiserhöhung bei ihren Produkten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß nur ein Teil der Ernte auf den allgemeinen Markt kommt, da die meisten der Imker nur für den Eigenbedarf und den Verkauf an Haustür produzieren. So sind unter

den 6 500 Imkern im westfälischen Landesverband, einem der stärksten im Bundesgebiet, nur ein knappes Dutzend Mitglieder zu finden, die die Imkerei als Haupterwerb oder auch nur als lukrativen Nebenerwerb betreiben. Mehr als 99 Prozent sind Hobby-Imker.

Neben den Witterungsproblemen stehen sie einem anderen gegenüber, das zu den schwerwiegendsten Folgen führen könnte. Ein aus Indien eingeschleppter und vor fünf Jahren erstmalig in Hessen aufgetretener Parasit, die Varroa-Milbe, bedroht inzwischen den Bestand der Bienenvölker. Als Gegenmaßnahme setzt man gezielt chemische Mittel ein, und zwar vor Beginn der Honigsammelzeit, so daß keine Rückstände auftreten können, wie die Imkerverbände ausdrücklich versichern.

Diese Maßnahmen sind jedoch zur Erhaltung der heimischen Bienen unumgänglich, da deren Wert und Bedeutung weit über den der Honigerträge hinausgeht. So wird der Nutzen der Bienen bei der Bestäubung im Obstbau, Gartenbau und Landwirtschaft auf rund 1 Mrd. DM geschätzt. Allein das Kernobst ist bis zu 90 Prozent darauf angewiesen.

BRASILIEN / Der Exportboom schaffte bislang nur wenig neue Arbeitsplätze

Drei Prozent Wachstum erreichbar

VWD, Rio de Janeiro

Die brasilianische Wirtschaft erholt sich schrittweise. Die Konjunkturerholung verläuft allerdings sehr ungleichmäßig, während sich die Inflationsrate auf einem Niveau von über 200 Prozent p. a. eingefunden hat. Dennoch sind Erfolge der Wirtschaftspolitik unverkennbar. Hatte die Regierung, deren Prognosen traditionell über den Erwartungen privatwirtschaftlicher Experten liegen, erst im Frühjahr für 1984 ein Nullwachstum in Aussicht gestellt, sprach Planungsminister Antonio Delfim Neto im Juli von einem Wachstum in Höhe von 2 bis 3 Prozent.

Auch andere stimmen mittlerweile mit dem Minister überein, wobei sich immer klarer abzeichnet, daß real tatsächlich 3 Prozent Wirtschaftswachstum erreicht werden können. Dies dürfte mit einem Überschuß in der Handelsbilanz Brasiliens von etwa zwölf Mrd. Dollar einhergehen nach 6,5 Mrd. Dollar 1983 und einer ursprünglichen Schätzung für 1984 von 9,1 Mrd. Dollar. Während ein Großteil der Entwicklung des vergangenen Jahres auf die Reduzierung der Einfuhren zurückging, ist es dieses Jahr

die Steigerung der Ausfuhren um bemerkenswerte 25 Prozent.

Die Entwicklung des Außenhandels ging mit einer deutlichen Stärkung der Währungsreserven einher. Per Ende Juni lagen sie bei 7,95 Mrd. Dollar gegenüber 4,6 Mrd. Dollar zum Jahresende 1983. Viele Brasilianer werten diese Daten als Stärkung der Verhandlungsposition des Landes gegenüber den ausländischen Gläubigerbanken, die für Ende 1984 und Anfang 1985 anstehen. Zuversichtlich gibt man sich auch wegen der Konzeptionen, die die beiden Schuldnerländer Mexiko und Venezuela von ihren Gläubigern erhielten. Der Bankier Olavo Setubal, der als Favorit für die Präsidentschaftswahl im Januar gilt, sagte denn auch, daß die neue Regierung versuchen werde zu beweisen, daß sie die Probleme besser handhaben könne als ihre Vorgängerinnen und „härtere“ Gespräche führen wolle.

Aber es gibt auch schlechte Nachrichten: Im Großraum von São Paulo sind mehr als 30 Prozent der industriellen Fertigungskapazitäten unbeschäftigt. Die Kaufkraft ist auf den Stand von 1970 gesunken. Seit 1980 hat sie, Schätzungen zufolge, um 17

his 25 Prozent abgenommen. Der Exportboom dieses Jahres hat nur zu rund 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt, während die Rezession seit 1980 über 400 000 Beschäftigte den Arbeitsplatz kostete. Dies geht aus Angaben der Industrievereinigung des Staates São Paulo hervor. Als Folge davon habe, wie es weiter heißt, die Inlandsnachfrage deutlich abgenommen. Selbst Industrieunternehmen nähmen verstärkt Rationalisierungsinvestitionen vor, obwohl viele Arbeitslose gerne auch zu niedrigeren Löhnen Arbeit annehmen würden, sagte Dresdner-Bank-Repräsentant Günther Lipkau in São Paulo.

Der Absatz von Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln, die am ehesten auf die Kaufkraftentwicklung reagieren, fällt zwar nicht mehr, steigt aber auch nicht. Selbst im vergleichsweise günstig gelagerten Agrarsektor, dessen Nachfrage nach Maschinen und Düngemitteln fast die Hälfte zum Wirtschaftswachstum dieses Jahres beitrug, sind Wolken aufgezogen. Befragt, welches Problem das größte sei, antwortet fast jeder, die Inflation. Die Jahresrate hat mittlerweile 215 Prozent erreicht.

SAUDI-ARABIEN / Bei Weizen schon 1984 autark

Ölerträge fast halbiert

VWD, Riad

Obwohl Saudi-Arabien mit einer massiven Abschwächung seiner Erträge aus Rohölausfuhren auf 37,1 Mrd. nach 70,5 Mrd. Dollar im Fiskaljahr 1983/84 konfrontiert worden ist, konnte das Königreich sein reales Wirtschaftswachstum fortsetzen, ohne jedoch die Zuwachsrate des Vorjahres behaupten zu können. Wie aus dem Jahresbericht der saudiarabischen Währungsbehörde (Sama) weiter hervorgeht, ist das Bruttoinlandsprodukt ohne den Bereich Erdöl 1983/84 real um annähernd fünf Prozent gestiegen, gleichzeitig ist die Inflationsrate auf Null gesunken. Flankiert wurde diese Entwicklung von einem auf 7,1 (12,5) Prozent reduzierten Wachstum des breit definierten Geldmengenaggregats M-3.

Sama hebt hervor, daß das beim „Non-Oil-Bruttoinlandsprodukt“ im Berichtsjahr zum 1. April registrierte Wirtschaftswachstum die Expansionsfähigkeit weiter Bereiche beweise, und betont, Saudi-Arabien habe auch seine Weizenproduktion um 65 Prozent auf 885 000 Tonnen steigern und damit 90 Prozent seines nationalen Bedarfs decken können. Für das laufende Jahr wird eine Ausweitung der Weizenproduktion auf 1,3 Mill. Tonnen und damit die Autarkie in diesem Getreidebereich erwartet.

Die Rohölproduktion Saudi-Arabiens wird von Beobachtern für 1983/84 auf fünf Mill. Barrel täglich veranschlagt. Die Arabian-American Oil Co. (Aramco), durch deren Pumpen 97 Prozent der saudischen Rohölförderung laufen, gab die saudiarabische Rohölproduktion: 1983

in ihrem Jahresberichts mit 4,57 Mill. Barrel pro Tag an.

Sama verweist in ihrem jüngsten Jahresbericht auf eine Reihe von Projekten, die 1983/84 von öffentlicher und privater Hand realisiert worden sind. Die Erfolgsliste zeige, daß die ehrgeizige Entwicklungspolitik der Saudis vom Budgetmangel des Berichtsjahrs, das durch Rückgriff auf die allgemeinen Reserven ausgeglichen wurde, kaum berührt worden ist.

Künftig ausgebaut wurden die Bereiche Fernmeldewesen und Straßennetz. Mit rund 90 000 Neuanstellungen bestanden zum 1. April 1984 bereits rund 1,1 Mill. Telefonanschlüsse in 200 Städten und Dörfern Saudi-Arabiens. Neu gebaut wurden mehr als 1800 km asphaltierte Straßen und über 820 km Fahrwege für den Agrarsektor. Im industriellen Bereich sind die Industrieunternehmen von drei Petrochemie-Anlagen in Jubail die Glanzlichter zusammen mit dem Bauschluß der Raffinerie Yanbu, während der Raffineriekomplex Rabigh im Berichtsjahr weiter vorangebracht wurde.

Auch im privatwirtschaftlichen Bereich wurde erneut reichlich investiert: 1983/84 nahmen insgesamt 130 Unternehmen erstmals die Fertigung auf. Auch in der ersten Hälfte des laufenden Fiskaljahres expandiert Saudi-Arabiens Industrie weiter: 135 Industrie-Vorhaben mit einem Gesamt-Investitionsvolumen von 2,4 Mrd. Dollar wurden in diesem Zeitraum von der saudiarabischen Regierung genehmigt.

FRANKREICH / Öffentlicher Dienst: Tarifgespräche

Signalwirkung für Industrie

J. SCHAUFUSS, Paris

In einer gespannten Atmosphäre haben gestern in Frankreich die neuen Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst begonnen. Sie betreffen rund vier Millionen Beamte und indirekt 2,5 Millionen Pensionäre. Ihr Ergebnis ist aber für die gesamte Wirtschaft von großer Bedeutung. Denn die Gewerkschaften sehen darin den Mindestrahmen für die neuen Tarifverträge bei den Staats- wie auch Privatunternehmen.

Der Staatssekretär für den öffentlichen Dienst, Jean Le Garrec, hat deshalb als Vertreter der Arbeitgeberseite und Verhandlungspartner sein Angebot zunächst einmal sehr knapp bemessen. Danach sollen die Beamtengehälter 1985 im Durchschnitt um nur 4,5 Prozent erhöht werden. Auf diese Rate will die Regierung die „gleitende“ Inflation begrenzen, während sie die monatsdurchschnittliche auf 5,2 Prozent beziffert hat.

Dieser weitere Schritt der Abkoppelung vom Index würde nach Ansicht der Gewerkschaften bedeutende Kaufkraftverluste zur Folge haben. Denn der Lohnanstieg ist auf

grund unterschiedlicher Berechnungsmethoden ungünstiger als der Preisanstieg. Die Berechnungsmethode bedeutet außerdem, daß die für die unteren Chargen vorgesehenen überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen von den übrigen Beamten mit einer Schmälerung der Reallohn kommen bezahlt werden müßten.

Im übrigen halten die Gewerkschaften die Preisziele der Regierung für viel zu optimistisch. Dazu erklärte Jean Le Garrec, daß ein direkter Bezug zur Preisentwicklung nicht mehr zulässig sei. Er schloß allerdings nicht aus, daß zum Jahresende für den Fall eines übermäßigen Preisanstiegs ein gewisser Inflationsausgleich erfolgen könnte.

So soll bereits für dieses Jahr Verfahren werden. Immerhin dürfte die Inflationsrate 1984 etwa siebenprozent erreichen, während der laufende Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst entsprechend dem ursprünglichen Inflationsziel Tarifierhöhungen von nur fünf Prozent vorsieht. Wie hoch dieser Ausgleich sein soll, hat Le Garrec aber nicht gesagt.

PEUGEOT / Weitere Entlassungen in Autoindustrie

Eigene Fehler eingestanden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Präsident des privaten französischen Automobilkonzerns Peugeot, Jacques Calvit, hat sich am Wochenende sehr deutlich von der Sozialpolitik der staatlichen Renault-Werke distanziert. Angesichts des überbesetzten Personalbestandes dieser Industrie hält es Calvit für „sehr schwierig“, auf jede Entlassung zu verzichten, wie es der Sozialplan von Renault-Präsident Bernard Hanon vorsieht.

So konnte Calvit darauf verweisen, daß sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres auch dank der schwerwiegendsten Entlassungen bei den Tochtergesellschaften Talbot und Citroën die Ertragslage des Peugeot-Konzerns wesentlich verbessert hat. Während die Renault-Verluste weiter stark gestiegen sind, würden die des Peugeot-Konzerns 1984 wesentlich unter denen von 1983 (2,6 Milliarden Franc) liegen.

Der neue Peugeot-Präsident gah al-

erdings zu, daß der Konzern auch aus eigenem Verschulden in die roten Zahlen geraten war. Die Übernahme der europäischen Chrysler-Tochter (später Talbot) habe die Bilanz belastet. Dazu kam später die Verschmelzung der Absatzorganisationen von Peugeot und Talbot. Viele Händler waren damals zur ausländischen Konkurrenz übergelaufen.

Mit Hanon ist sich Calvit darin einig, daß die französische Automobilindustrie Produktivitätsgewinne von etwa sieben Prozent im Jahr erzielen muß, um dem zunehmenden internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein. Da sich aber der Automobilmarkt künftig um nicht mehr als 1,5 Prozent im Jahr vergrößern dürfte und die „natürlichen“ Abgänge der Unternehmen höchstens ein Prozent der Belegschaft erreichen, hieße das Problem des Personalüberhangs bestehen. Durch Umschulungen allein – wie Renault sie vorsieht – lasse es sich nicht lösen.

POLEN / Kräftiger Gewinnanstieg bei Intershop

Laden-Kette wird ausgebaut

J. G. G. Bonn

Die polnischen Intershop-Läden „Pewex“, in denen ausschließlich für Westdevisen eingekauft werden kann, haben im vergangenen Jahr einen Reingewinn von 281 Mill. Dollar gemacht. Das sind 120 Mill. Dollar mehr als 1982, erklärte „Pewex“-Generaldirektor, Tadeusz Bielski. Die staatliche Ladenkette verfügt über 650 Geschäfte, in denen man alles von der Nadel bis zur Hi-Fi-Anlage westlicher Produktion und polnischer Exportproduktion kaufen kann. Das Netz soll weiter ausgebaut werden, ebenso der bisherige Mitarbeiterstamm von 4500 Bediensteten.

In einem Land, in dem viele Menschen Verwandte im Westen und auch ein Devisenkonto haben, hätte diese staatliche Ladenkette weiterhin Zukunft, sagte der Konzernchef. Laut Bielski ist das „Pewex“-System kein Widerspruch zum marxistischen Gleichheitsprinzip. Hier spiel-

ten pragmatische Erwägungen eine Rolle. Außerdem erhält die Regierung „harte Valuta, die zur Stimulierung der eigenen Produktion notwendig sind.“

Für den Westtouristen seien die „Pewex“-Waren zudem noch billiger als in der Heimat. Whisky bester Qualität kostet bei „Pewex“ zum Beispiel 4,80 Dollar pro Flasche, ein paar Jeans der Güteklasse I 17 Dollar. Bielski betrachtet die „Pewex“-Geschäfte als „Schwamm“, der die Dollars und andere Westvaluta vom polnischen Schwarzmarkt absaugt und für die dann die Regierung Rohstoffe und Ersatzteile im Westen kaufen kann. Er sprach ferner davon, daß für viele Polen die „Pewex“-Geschäfte eine „verzauberte Welt“ seien. Ein polnischer Journalist dozierte: „In unserer klassenlosen Gesellschaft haben wir zwei Grundklassen: Eine, die Zugang zu Devisen und zu „Pewex“ hat. Die andere, die diesen nicht hat.“

Wildtollwut!

Gefährdeter Bezirk

Sofort an alle. Ein Fall für Telex.

Eines der besten Rezepte gegen die Ausbreitung von Krankheiten ist ein Rundschreiben per Telex.

Denn auf diese Weise können bis zu 30 verschiedene Teilnehmer gleichzeitig vor den Gefahren auf freier Wildbahn gewarnt werden.

So läßt sich per Rundschreiben der Dienstweg abkürzen und eine Menge Geld, Zeit und Arbeit sparen. Soviele zum Rundschreiben. Kommen wir nun zu den anderen Vorteilen von Telex.

Die Dialogfähigkeit beispielsweise ermög-

licht eine schriftliche Unterhaltung ohne Unterbrechung. Dabei notiert Telex jeden Satz schwarz auf weiß und macht es so möglich, sich nachher den ganzen Dialog noch einmal vor Augen zu führen. Oder ihn zu den Akten zu legen – was jedem Telex mit Recht zusteht: Mitteilungen per Telex gelten als rechtsverbindlich. Womit wir Vorteil Nummer zwei genannt hätten und nun zum Thema Dienststunden kommen.

Telex arbeitet bei über 1,4 Millionen Anschlüssen in aller Welt rund um die Uhr. Dabei empfängt und notiert Telex – ohne menschliche

Hilfe – alle eintreffenden Nachrichten und bestätigt sogar die vollständige Übermittlung durch den Austausch der Kennung am Anfang und Ende der Nachricht. Zu guter Letzt: Telex arbeitet auch noch mit einem anderen Dienst der Post zusammen: Teletex.

Mit Telex läßt sich also in jedem Fall viel erreichen. Mehr über den fleißigen Dienst der Post sagt Ihnen die Technische Vertriebsberatung Ihres Fernmeldeamtes. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post

BROT- UND BACKWARENINDUSTRIE

Die Preise bleiben stabil

th. Berlin
Die deutsche Brot- und Backwarenindustrie hat im Jahr 1983 ihre Marktposition behaupten können. Ihr Marktanteil beträgt im Bundesdurchschnitt rund 30 Prozent, in den Ballungsgebieten liegt das Verdrängungspotential mit Brot und Backwaren bei mehr als 50 Prozent. Das teilte der neue Präsident des Verbandes der Deutschen Brot- und Backwarenindustrie, Anton Dieter Hammel, anlässlich des Verbandestages in Berlin mit.

Den Umsatz der im Verband zusammengeschlossenen 110 Unternehmen mit 180 Betrieben und rund 22 000 Beschäftigten gab Hammel mit 3,1 Mrd. DM netto an; damit habe er etwa auf Höhe des Vorjahres gelegen. Für das laufende Jahr wird der Umsatz nach Ansicht des Verbandespräsidenten etwa wieder diese Höhe

erreichen, da „der Kuchen, der zu verteilen ist, nicht größer wird“. Preiserhöhungen hat es 1983 nicht gegeben, und auch 1984 seien Preispassungen kaum durchzusetzen.

Die vorwiegend mittelständischen Betriebe stellen sich auch auf die veränderte Nachfrage ein und kommen dem Trend nach Spezialbrot nach. Insgesamt gibt es nach Verbandangaben in der Bundesrepublik etwa 300 verschiedene Brotsorten. Der statistische Pro-Kopf-Verbrauch hat sich in den letzten Jahren bei etwa 75 Kilogramm stabilisiert. Absatzchancen sieht man auch im Export, der mit 163 Mill. DM etwa 3,2 Prozent des Gesamtumsatzes ausmacht. Hier wäre eine Verdoppelung möglich. Hauptabnehmer sind die Staaten der Europäischen Gemeinschaft, aber auch Nahost und Nordamerika gehören zu den Kunden.

WOHLBERG / Neues Firmenkonzzept vorgestellt

Produktpalette erweitert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Der hannoversche Werkzeugmaschinen-Hersteller H. Wohlbeg KG GmbH & Co. geht davon aus, die Lieferungen an die graphische Industrie in erheblichem Umfang ausweiten zu können. Das Unternehmen hat zu diesem Zweck die Vertriebsaktivitäten dieses Bereichs in der neuen Wohlbeg Projekte & Systeme GmbH zusammengeführt. Der Neugründung vorangegangen war die Übernahme des Programms der in Konkurrenz gegangenen Maschinen- und Klebstofftechnik H. Ehlermann GmbH & Co. KG, Verdien. Mitte dieses Jahres. Ehlermann erzielte zuletzt einen Umsatz von rund 12 Mill. DM und beschäftigte 70 Mitarbeiter.

Wohlbeg selbst rechnet nach den Worten des geschäftsführenden Gesellschafters, Hans Rüdiger, im laufenden Jahr mit einem Umsatz von 96 Mill. DM nach 84,5 Mill. DM im Jahre 1983. Nach Abschluss der Konsolidierung dürfte der Umsatz 1985 erneut kräftig steigen. Zahlen zur Ertragsentwicklung will Rüdiger nicht nennen. Finanziell gebe es aber keine

Probleme: „Wir schreiben schwarze Zahlen und haben keine Schulden.“

Die positive Einschätzung begründet Rüdiger mit der günstigen Auftragsituation. Die Gießerei zum Beispiel sei bis Ende 1984 „überfüllt ausgelastet“. Die Drehmaschinenfertigung erhöhe durch die Neukonstruktion aller Typen zusätzliche Impulse. Ausdruck dafür ist ein US-Auftrag über die Lieferung von 20 Drehmaschinen mit einem Wert von über 35 Mill. DM. Insgesamt erreiche der Exportanteil bei Drehmaschinen 95 Prozent, bei Schneidmaschinen 86 Prozent. Wohlbeg beschäftigt 800 Mitarbeiter.

Vorrangige Aufgabe der neuen Projekte & Systeme GmbH ist es nach Rüdigers Angaben, statt Einzelmaschinen verstärkt ganze Systeme für die Weiterverarbeitung in Druckereien und Buchbindereien anzubieten. Der ebenfalls neu gegründeten EWO Produktions-Systeme GmbH, die für Auftragsentwicklungen aller Wohlbeg-Gesellschaften zuständig ist, kommt dabei entscheidende Bedeutung zu.

KAFFEE / Deutschland ist Kolumbiens größter Kunde

Transitlager in Hamburg?

BRIGITTE STURM, Hamburg
Die Bundesrepublik ist Kolumbiens größter Kaffeekunde. Sie bezieht jeden dritten Sack Rohkaffee, den das zweitgrößte Kaffeeproduktionsland exportiert. Die milden kolumbianischen Arabicas sind die Spitzenreiter unter den grünen Bohnen auf dem deutschen Markt. Die meisten hiesigen Röstkaffeeemischungen bestehen zu fast 40 Prozent aus „Columbian Milds“. Zum Kummer der Federación Nacional de Cafeteros de Colombia (FNCC) wissen das aber die meisten deutschen Kaffeetrinker nicht. Dem soll nun abgeholfen werden.

Die FNCC, ein genossenschaftlicher Zusammenschluss von rund 350 000 kolumbianischen Pflanzern, startet jetzt über das in Hamburg installierte Informationsbüro Café de Colombia eine Kampagne, die im ersten Jahr zunächst einmal Aufklärungsarbeit betreibt. Den hiesigen Konsumenten soll bewußt gemacht werden, daß sie mit jeder Tasse Kaffee auch kolumbianischen Kaffee

trinken, der zum Feinsten zählt, was an Rohkaffee auf dem Weltmarkt angeboten wird. Pro Jahr unterstützt die Federación ihre weltweiten Maßnahmen zur Absatzförderung mit rund 30 Mill. Dollar.

Um kolumbianischen Kaffee dem deutschen Markt noch näherzubringen, erwägt die FNCC im Hafen Hamburg ein Transitlager einzurichten. Damit soll die Verfügbarkeit für den unmittelbaren Bedarf verbessert werden. Dieses Lager soll aber nicht nur Rohkaffee, sondern auch andere kolumbianische Produkte aufnehmen. Ferner ist vorgesehen, daß an diesem Projekt auch andere Firmen und Organisationen teilnehmen. Gegenwärtig wird untersucht, ob sich ein solches Lager rentieren würde. Gespräche mit bestimmten Firmen und Organisationen werden bereits geführt. Die Idee, ein solches Transitlager im Hamburger Hafen einzurichten, ist nicht neu. Sie war 1975 entstanden, als durch den großen Frost in Brasilien auf einmal Versorgungsprobleme aufkamen.

NAMEN

Friedrich Schmeißmeier, früherer Vorsitzender der Geschäftsführung der Gerlach-Werke GmbH, Homburg wird am 10. Oktober 65 Jahre.

Karl-Wilhelm Mandant, Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Deutsche Schiffszimmerer-Genos-

senschaft eG, Hamburg, trat am 30. September in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Eberhard Brandt.

Eberhard Adam (38) wurde Geschäftsführer der Werbeagentur HHCC (Hill, Holiday, Connors, Cosmopolous) GmbH, Frankfurt.

AUTOMATISIERTE MONTAGESYSTEME / Studie des Fraunhofer-Instituts

Bundesrepublik hinkt noch nach

dpa/VWD, Stuttgart
Innerhalb der industriellen Serienmontage in der Bundesrepublik sind bis zum Jahr 1982 zwischen 80 000 und 170 000 Arbeitsplätze gefährdet; bis zur Jahrhundertwende dürften es etwa 110 000 bis 200 000 sein. Zu diesem Ergebnis kommt das Stuttgarter Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA) in einer Studie über Einsatzmöglichkeiten von flexibel automatisierten Montagesystemen.

Nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Wiesbaden) sind in den sechs Hauptbranchen in der industriellen Serienmontage - Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik/Uhren, ERM (Eisen, Blech, Metall), Waren und Büromaschinen/EDV - gegenwärtig etwa 655 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Rund 250 000 Arbeitsplätze sind dabei nach IPA-Darstellung durch Automatisierung, Produktgestaltung und Arbeitsstrukturierung „maximal erreichbare Freisetzungspotential“.

Im Brennpunkt des Automatisierungsgeschehens werde die Elektro-

technik stehen. Danach kommen der Straßenfahrzeugbau, die ERM-Industrie, die Branche Feinmechanik/Optik/Uhren und der Maschinenbau. Nach Einschätzung des IPA werden sich die Freisetzungsmöglichkeiten der Montageautomatisierung - zunächst bei den größeren Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten ergeben. Bis spätestens 1987 sei zu erwarten, daß auch kleinere Betriebe einen derartigen Einsatz planen und realisieren.

Die Anzahl „flexibler Baukasten-Montageautomaten“ werde bis zu diesem Zeitpunkt auf den 2,6fachen Wert des derzeitigen Niveaus zunehmen. Damit ergebe sich eine jährliche Steigerungsrate von 24 Prozent, und in fünf Jahren dürften in 26 (gegenwärtig 2,9) Prozent aller Betriebe diese Montageautomaten installiert sein. Bis zum Jahr 1992 wird die Zahl der in der Bundesrepublik eingesetzten Montageautomaten auf 5000 bis 12 000 Stück geschätzt.

Entwicklung und Einsatz von Montageautomaten in der Bundesrepublik liegen nach IPA-Einschätzung gegenüber anderen führenden Industrienationen noch deutlich zurück. Ver-

EUROPA-FOTO / Fachhandel braucht das Geschäft mit der Unterhaltungselektronik zum Überleben

Erster Hoffnungsschimmer nach der Flaute

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Mittlerweile drastisch formuliert nun der Stuttgarter Fotohändler Rolf H. Krauss als Verwaltungsratsvorsitzender von „Europa-Foto/Deutschland“, Frankfurt, sein nicht mehr neues Petition: Wer sich als Fotofachhändler nicht den Komplementär-Sortimenten der Unterhaltungselektronik zuwenden, der sei in einem halben Dutzend Jahren „weg vom Fenster“. Es ändert nichts am Gewicht dieser Beschwörung, wenn Geschäftsführer Rainer Sadtler zur Vorlage des 1983er Geschäftsberichts dieses Einkaufsverbands für den deutschen Fotofachhandel nach jahrelangem Niedergang nun einen „spürbaren Aufwärtstrend“ ausmacht.

Denn das tut er nach selbstironischem Eingeständnis vor allem mit dem Motto: „Irgend eine Hoffnung

müssen wir ja haben.“ Sadtler holt sie schon aus folgenden Fakten: Lag der preisbereinigte Umsatz im deutschen Fotofachhandel auch 1983 mit einer weiteren Minusrate von 4 (7) Prozent in der traurigen Spitzengruppe aller deutschen Einzelhandelsparteien, so kam er aus den ersten sieben Monaten dieses Jahres mit einer auf 2 Prozent halbierten realen Minusrate erstmals besser heraus als der Durchschnitt des gesamten Einzelhandels (minus 2,3 Prozent). Da etwa 60 Prozent vom Fotofachhandel in der zweiten Jahreshälfte gemacht werden, könnte man das volle Jahr ohne weiteren realen Umsatzzwangs beenden, hofft Sadtler.

Mehr als nur einen Hauch besser als die Branchen schneiden konstant die unverändert 84 Mitglieder von Europa-Foto mit ihren 219 (218) Verkaufsstellen ab. Auch 1983 blieben sie

bei 550 (532) Mill. DM Gesamtumsatz, dessen Wachstum fast nur aus dem „Industrie/Behörden-Geschäft“ stammte, im sogenannten Amateurgeschäft mit 1,1 (1,7) Prozent realen Umsatzminus klar unter der branchentypischen Schrumpfrate. Diese langjährige Tendenz setzt sich 1984 offenbar fort.

Doch die für reichlich 60 Prozent des Produktinkaufs ihrer Mitglieder zuständige Zentrale mahnt mit unermüdlichen Trommeln in die eigenen Reihen hinein: Wenn denn nun einmal die Konsumentenwünsche seit Jahren anderen Freizeitvergnügen mehr Gunst schenken als dem Fotografieren oder gar der stark geschrumpften Schmalfilmerei, dann müsse der wache Händler dem so weit wie nur möglich folgen. Dies insbesondere mit der Konsequenz, daß der Fotofachhändler seine „Bild-

kompetenz“ auch mit den neuen Produkten der elektronischen Aufzeichnung und Wiedergabe von Bildern sichere. Denn sei er dem Händler der Unterhaltungselektronik allerdings auch „weit überlegen“.

Verstärkt bietet die Zentrale deshalb ihren Mitgliedern seit etwa zwei Jahren auch Produkte der Unterhaltungselektronik an, - findet damit allerdings bisher bei kaum der Hälfte ihrer Mitglieder Anklang. Schwierigkeiten bereite, so wird eingeräumt, weiterhin die Anerkennung des Fotofachhandels durch die namhafte Unterhaltungselektronik-Industrie. Bisher freilich sieht die Zentrale keine Probleme bei ihrer Taktik, die Rentabilität lieferstheurer Fabrikanten durch Produktverkauf über Großhandel und andere Quellen zu überwinden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

HP-Bank erhöht Kapital

Köln (VWD) - Die Kölner Handels- und Privatbank AG (HP-Bank) erhöht ihr Grundkapital um 6 Mill. DM auf 33 Mill. DM. Wie das Institut mitteilte, beläuft sich der Ausgabeüberschuss der jungen Aktien auf 200 Prozent. Damit steigt das Eigenkapital der zu 99,5 Prozent im Besitz der niederländischen Amro-Bank befindlichen HP-Bank unter Einschluss der Rücklagen auf 56,6 Mill. DM.

Ergebnis klar verbessert

Düsseldorf (Py) - Die Volksfürsorge Rechtsschutzversicherung AG hat auch 1983 wieder über dem Branchendurchschnitt liegende Zuwächse in den Beitragsentnahmen (plus 12,1 Prozent auf 57 Mill. DM) verbucht. Die Zuwächse verteilen sich sowohl

auf Sammelversicherungen (Gruppenversicherungen über außerberuflichen Rechtsschutz) mit 28,4 Mill. DM und Einzelversicherungen mit 21,3 Mill. DM Prämienvolumen. Der Versicherungsbestand wuchs auf 642 000 Verträge mit 2,34 Mill. Risiken. Der technische Verlust verringerte sich auf 0,8 (3,3) Mill. DM. Das allgemeine Ergebnis wurde deutlich verbessert, so daß ein Jahresüberschuss von 1,1 (0,5) Mill. DM ausgewiesen wird.

Elf-Aquitaine mit Gewinn

Paris (dpa/VWD) - Die französische Erdölgruppe Elf-Aquitaine hat im 1. Halbjahr 1984 einen Gewinn von 4,58 Mrd. Franc (1,53 Mill. DM) erwirtschaftet, 65 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten 1983. Dabei sind allerdings die Ergebnisse der

Atochem mitgerechnet, die erst seit dem 2. Halbjahr 1983 berücksichtigt werden. Der Umsatz lag mit 91,37 Mrd. Franc um 58 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Vorrang für Vorsorge

Düsseldorf (Py) - Die ganz überwiegend im kurzfristigen Kreditgeschäft mit Kunden des Mutterhauses tätige Lampebank International S.A., Luxemburg, hat nach Jahren stetigen Wachstums 1983 der Stärkung der Bilanzstruktur den Vorrang gegeben. Laut Geschäftsbericht der Bank bestreuten mit 8,2 Mrd. lfr (394 nach 396 Mill. DM) Kredite an Nichtbanken 61 (60) Prozent der Bilanzsumme. Die Kundeneinlagen wuchsen um 20 Prozent auf 3,3 Mrd. lfr (154 nach 130 Mill. DM), die fast 25 (20) Prozent der Bilanzsumme ausma-

chen. Der Gewinn von 10 Mill. lfr (0,5 Mill. DM) wurde den Rücklagen zugeführt.

Investition in Ölfelder

Hamburg (VWD) - Die Lehnrdorff Vermögensverwaltung GmbH & Co. hat sich mit 5 Prozent an von der Shell-Gruppe verkauften Ölfeldern in den US-Bundesstaaten Utah, North Dakota und Montana im Kaufwert von insgesamt 220 Mill. Dollar beteiligt. Dazu gehören 480 bereits produzierende Öl- und Gasquellen sowie Schürfrechte. 79 Anschlußbohrungen in unmittelbarer Nachbarschaft fundiger Quellen sind geplant. Ein schließlich dieses Projektes wird Lehnrdorff zum Jahresende etwa 40 Mill. Dollar in Öl- und Gasfelder investiert haben.

COOP

Elektronischer Zahlungsverkehr

adh. Frankfurt

Grundsätzlich sei auch der Lebensmittel-Einzelhandel bereit, den elektronischen Zahlungsverkehr zu nutzen, meint Dieter Hoffmann, Vorstandsmittglied der co op AG, Frankfurt. Voraussetzung für eine breite Akzeptanz des Banking-POS sei jedoch, daß Post und Banken die Gebühren für den elektronischen Zahlungsverkehr „niedrig und langfristig konstant“ hielten. Darüber hinaus sollte es nur eine einheitliche, überall einsetzbare Zahlungskarte geben.

Die co op AG will bis 1987 rund 500, bis Ende 1989 bereits 1700 ihrer Geschäfte mit elektronischen Daten

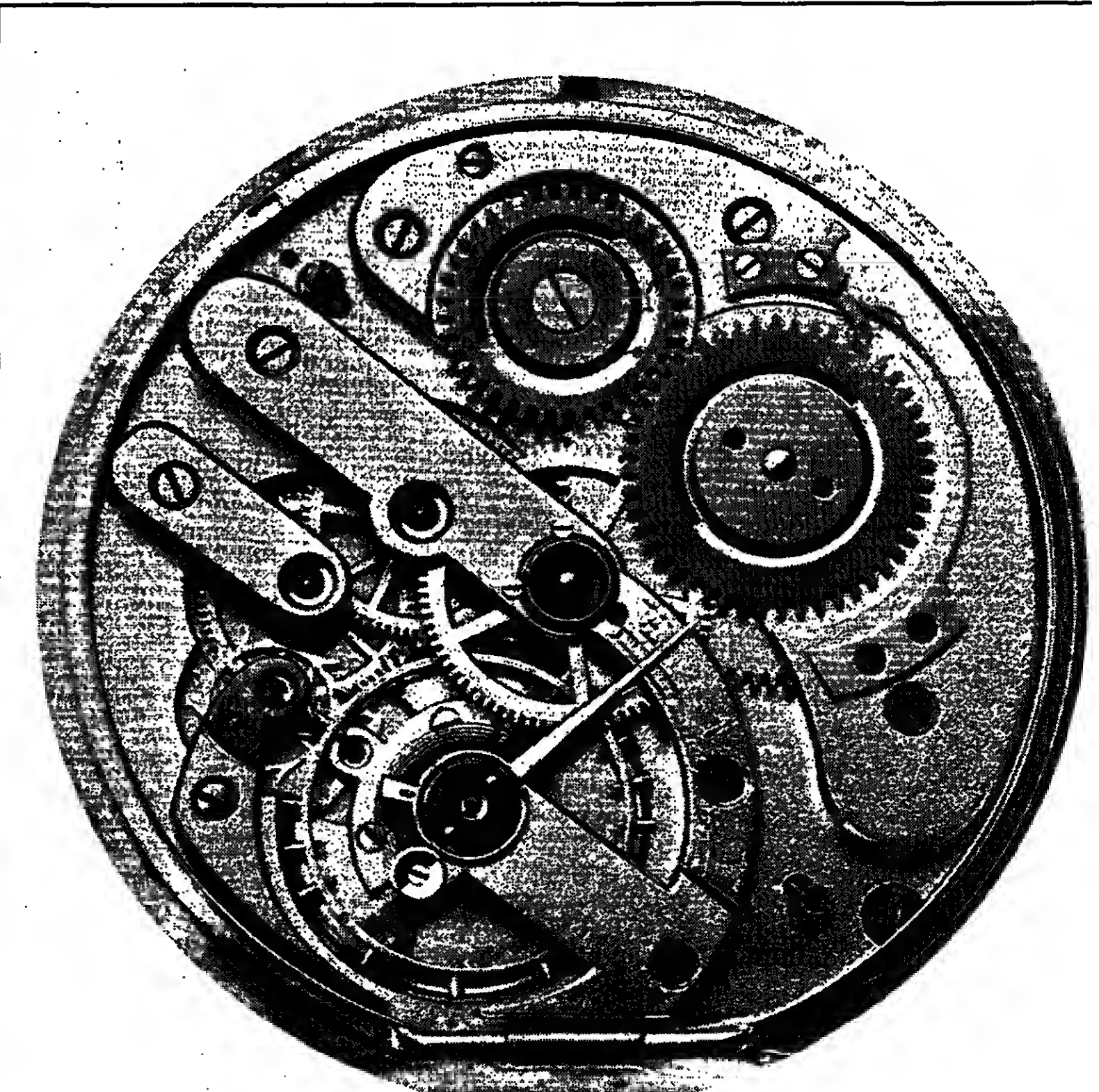
Anzeige

Sie haben sich selbständig gemacht? Und Ihren Firmenwagen nicht geleast?

Hansa Automobil Leasing GmbH

Hansa Automobil Leasing GmbH
Beerenweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040 / 8 53 06 02 · Telex 02 12138

kassen ausrüsten. Die Ausstattung dieser Kassen mit Identifikationseinrichtungen für die geplanten Zahlungskarten machten ein Investitionsvolumen von rund 15 Mill. DM aus, bei monatlich rund 60 DM Betriebskosten. Diese Kosten lägen klar über dem Nutzen des Systems, den Hoffmann vor allem bei geringerer Kassenzeit (15 statt 25 Sekunden), weniger Verwaltungsarbeit, Zinsgewinn und mehr Sicherheit sieht.



Damit Investitionen Erfolg bringen, sorgen wir mit unserem Finanzierungs-Beratungs-Service bereits in der Planung dafür, daß alle Maßnahmen sinnvoll ineinandergreifen.

Ihr Berater empfiehlt:

Sie nutzen den Service der Sparkasse noch besser aus, wenn Sie uns zum Ratgeber und nicht nur zum Kreditgeber machen. Denn die richtige Finanzierungsberatung ist mindestens ebenso wichtig wie die Finanzierung selbst.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse




Das Tempo der Zinssenkung hat sich auf dem Rentenmarkt am Wochenbeginn deutlich verlangsamt. Immerhin gab es bei den länger laufenden Bundesanleihen noch Kursanhebungen bis zu 8,30 Prozentpunkten. Unsicherheit wurde in den Markt durch Täuschungsoperationen bei den Bundesobligationen getragen, die im Zusammenhang mit der Auktion einer neuen Serie vorgenommen wurden. Teilweise gab es bei den Kursen bis zu 0,10 Prozentpunkte nach. Bei den Pfandbriefen, denen die kurzfristige Auslandsschuldenfrage fehlt, gab es eine Konsolidierungsspoße.

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

GOLD GILT AUF DER
S ZEITLOS WERTVOLL.



Leaf 24karätiges Gold für Ihr Geld. Außerdem erhalten Sie einen hohen Grad an Sicherheit, ihn jederzeit überall in der Welt problemlos veräußern zu können.



Deshalb können sich umsichtige Kapitalanleger ruhig an den allen Ägyptern ein Beispiel nehmen. Wer Werte von Dauer schaffen will, sollte Gold in seiner höchsten Reinheit wählen. Und das sind nun mal heute die ^{von} ~~von~~ ^{aus} ~~aus~~ des kanadischen Maple Leaf eine Reinheit, die durch nichts zu ersetzen ist.

1 Unze $\frac{1}{10}$ Unze

Maple Leaf

Canada  Plus Canada
est
Mieux

ES KEINEN ERSATZ.

Deutsche Bank, der Dresdner Bank, der Commerzbank
Volksbanken und Raiffeisenbanken.

[illegible]

Düsseldorfer DM-Ausscheidungen		
6 KSR 23	124,505	124,060
6 Post 64	121	121
6% Airport 82	1102	101, 106
7 B.C.M.J. 79	97,75	97,25
7 B.C.M.J. 82	102,35	102,35
7 C.F. 77	107,95	102,250
7 C.F. 78	107,95	102,250
7 C.F. 79	107,95	102,250
7 C.F. 80	107,95	102,250
7 C.F. 81	107,95	102,250
7 C.F. 82	107,95	102,250
7 C.F. 83	107,95	102,250
7 C.F. 84	107,95	102,250
7 C.F. 85	107,95	102,250
7 C.F. 86	107,95	102,250
7 C.F. 87	107,95	102,250
7 C.F. 88	107,95	102,250
7 C.F. 89	107,95	102,250
7 C.F. 90	107,95	102,250
7 C.F. 91	107,95	102,250
7 C.F. 92	107,95	102,250
7 C.F. 93	107,95	102,250
7 C.F. 94	107,95	102,250
7 C.F. 95	107,95	102,250
7 C.F. 96	107,95	102,250
7 C.F. 97	107,95	102,250
7 C.F. 98	107,95	102,250
7 C.F. 99	107,95	102,250
7 C.F. 100	107,95	102,250
7 C.F. 101	107,95	102,250
7 C.F. 102	107,95	102,250
7 C.F. 103	107,95	102,250
7 C.F. 104	107,95	102,250
7 C.F. 105	107,95	102,250
7 C.F. 106	107,95	102,250
7 C.F. 107	107,95	102,250
7 C.F. 108	107,95	102,250
7 C.F. 109	107,95	102,250
7 C.F. 110	107,95	102,250
7 C.F. 111	107,95	102,250
7 C.F. 112	107,95	102,250
7 C.F. 113	107,95	102,250
7 C.F. 114	107,95	102,250
7 C.F. 115	107,95	102,250
7 C.F. 116	107,95	102,250
7 C.F. 117	107,95	102,250
7 C.F. 118	107,95	102,250
7 C.F. 119	107,95	102,250
7 C.F. 120	107,95	102,250
7 C.F. 121	107,95	102,250
7 C.F. 122	107,95	102,250
7 C.F. 123	107,95	102,250
7 C.F. 124	107,95	102,250
7 C.F. 125	107,95	102,250
7 C.F. 126	107,95	102,250
7 C.F. 127	107,95	102,250
7 C.F. 128	107,95	102,250
7 C.F. 129	107,95	102,250
7 C.F. 130	107,95	102,250
7 C.F. 131	107,95	102,250
7 C.F. 132	107,95	102,250
7 C.F. 133	107,95	102,250
7 C.F. 134	107,95	102,250
7 C.F. 135	107,95	102,250
7 C.F. 136	107,95	102,250
7 C.F. 137	107,95	102,250
7 C.F. 138	107,95	102,250
7 C.F. 139	107,95	102,250
7 C.F. 140	107,95	102,250
7 C.F. 141	107,95	102,250
7 C.F. 142	107,95	102,250
7 C.F. 143	107,95	102,250
7 C.F. 144	107,95	102,250
7 C.F. 145	107,95	102,250
7 C.F. 146	107,95	102,250
7 C.F. 147	107,95	102,250
7 C.F. 148	107,95	102,250
7 C.F. 149	107,95	102,250
7 C.F. 150	107,95	102,250
7 C.F. 151	107,95	102,250
7 C.F. 152	107,95	102,250
7 C.F. 153	107,95	102,250
7 C.F. 154	107,95	102,250
7 C.F. 155	107,95	102,250
7 C.F. 156	107,95	102,250
7 C.F. 157	107,95	102,250
7 C.F. 158	107,95	102,250
7 C.F. 159	107,95	102,250
7 C.F. 160	107,95	102,250

[illegible][illegible]

19% Nat. Wild. Cons.	100,753	108,556	M CSR	7,256	8,1
20% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
21% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
22% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
23% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
24% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
25% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
26% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
27% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
28% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
29% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
30% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
31% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
32% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
33% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
34% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
35% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
36% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
37% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
38% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
39% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
40% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
41% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
42% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
43% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
44% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
45% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
46% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
47% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
48% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
49% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
50% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
51% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
52% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
53% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
54% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
55% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
56% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
57% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
58% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
59% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
60% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
61% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
62% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
63% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
64% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
65% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
66% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
67% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
68% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
69% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
70% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
71% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
72% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
73% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
74% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
75% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
76% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
77% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
78% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
79% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
80% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
81% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
82% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
83% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
84% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
85% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
86% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
87% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
88% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
89% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
90% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
91% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
92% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
93% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
94% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
95% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
96% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
97% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
98% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
99% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			
100% Wet. Marsh, 58	99,545	99,545			

[illegible]

INTERVIEW

UNDER

Bea
THE

The
An Informer
In the Family
Touches Off
An International
Manhunt

Thomas Business
In Custody



body
aria

Outside views. Inside

[illegible]

D	57	57	D Phisher A		
D	57	57	P Phisher B	30.6	30.5
D	57	57	P Phisher C	2.8	2.8
D	57	57	P Phisher D	125.5	125.5
D	57	57	P Phisher E	47	47.5
D	57	57	P Phisher F	161	161
D	57	57	P Phisher G	20.9	20.9
D	57	57	P Phisher H	21.2	21.2
D	57	57	P Phisher I		
D	57	57	P Phisher J		
D	57	57	P Phisher K		
D	57	57	P Phisher L		
D	57	57	P Phisher M		
D	57	57	P Phisher N		
D	57	57	P Phisher O		
D	57	57	P Phisher P		
D	57	57	P Phisher Q		
D	57	57	P Phisher R		
D	57	57	P Phisher S		
D	57	57	P Phisher T		
D	57	57	P Phisher U		
D	57	57	P Phisher V		
D	57	57	P Phisher W		
D	57	57	P Phisher X		
D	57	57	P Phisher Y		
D	57	57	P Phisher Z		
D	57	57	P Phisher AA		
D	57	57	P Phisher AB		
D	57	57	P Phisher AC		
D	57	57	P Phisher AD		
D	57	57	P Phisher AE		
D	57	57	P Phisher AF		
D	57	57	P Phisher AG		
D	57	57	P Phisher AH		
D	57	57	P Phisher AI		
D	57	57	P Phisher AJ		
D	57	57	P Phisher AK		
D	57	57	P Phisher AL		
D	57	57	P Phisher AM		
D	57	57	P Phisher AN		
D	57	57	P Phisher AO		
D	57	57	P Phisher AP		
D	57	57	P Phisher AQ		
D	57	57	P Phisher AR		
D	57	57	P Phisher AS		
D	57	57	P Phisher AT		
D	57	57	P Phisher AU		
D	57	57	P Phisher AV		
D	57	57	P Phisher AW		
D	57	57	P Phisher AX		
D	57	57	P Phisher AY		
D	57	57	P Phisher AZ		
D	57	57	P Phisher BA		
D	57	57	P Phisher BB		
D	57	57	P Phisher BC		
D	57	57	P Phisher BD		
D	57	57	P Phisher BE		
D	57	57	P Phisher BF		
D	57	57	P Phisher BG		
D	57	57	P Phisher BH		
D	57	57	P Phisher BI		
D	57	57	P Phisher BJ		
D	57	57	P Phisher BK		
D	57	57	P Phisher BL		
D	57	57	P Phisher BM		
D	57	57	P Phisher BN		
D	57	57	P Phisher BO		
D	57	57	P Phisher BP		
D	57	57	P Phisher BQ		
D	57	57	P Phisher BR		
D	57	57	P Phisher BS		
D	57	57	P Phisher BT		
D	57	57	P Phisher BU		
D	57	57	P Phisher BV		
D	57	57	P Phisher BW		
D	57	57	P Phisher BX		
D	57	57	P Phisher BY		
D	57	57	P Phisher BZ		
D	57	57	P Phisher CA		
D	57	57	P Phisher CB		
D	57	57	P Phisher CC		
D	57	57	P Phisher CD		
D	57	57	P Phisher CE		
D	57	57	P Phisher CF		
D	57	57	P Phisher CG		
D	57	57	P Phisher CH		
D	57	57	P Phisher CI		
D	57	57	P Phisher CJ		
D	57	57	P Phisher CK		
D	57	57	P Phisher CL		
D	57	57	P Phisher CM		
D	57	57	P Phisher CN		
D	57	57	P Phisher CO		
D	57	57	P Phisher CP		
D	57	57	P Phisher CQ		
D	57	57	P Phisher CR		
D	57	57	P Phisher CS		
D	57	57	P Phisher CT		
D	57	57	P Phisher CU		
D	57	57	P Phisher CV		
D	57	57	P Phisher CW		
D	57	57	P Phisher CX		
D	57	57	P Phisher CY		
D	57	57	P Phisher CZ		
D	57	57	P Phisher DA		
D	57	57	P Phisher DB		
D	57	57	P Phisher DC		
D	57	57	P Phisher DD		
D	57	57	P Phisher DE		
D	57	57	P Phisher DF		
D	57	57	P Phisher DG		
D	57	57	P Phisher DH		
D	57	57	P Phisher DI		
D	57	57	P Phisher DJ		
D	57	57	P Phisher DK		
D	57	57	P Phisher DL		
D	57	57	P Phisher DM		
D	57	57	P Phisher DN		
D	57	57	P Phisher DO		
D	57	57	P Phisher DP		
D	57	57	P Phisher DQ		
D	57	57	P Phisher DR		
D	57	57	P Phisher DS		
D	57	57	P Phisher DT		
D	57	57	P Phisher DU		
D	57	57	P Phisher DV		
D	57	57	P Phisher DW		
D	57	57	P Phisher DX		
D	57	57	P Phisher DY		
D	57	57	P Phisher DZ		
D	57	57	P Phisher EA		
D	57	57	P Phisher EB		
D	57	57	P Phisher EC		
D	57	57	P Phisher ED		
D	57	57	P Phisher EE		
D	57	57	P Phisher EF		
D	57	57	P Phisher EG		
D	57	57	P Phisher EH		
D	57	57	P Phisher EI		
D	57	57	P Phisher EJ		
D	57	57	P Phisher EK		
D	57	57	P Phisher EL		
D	57	57	P Phisher EM		
D	57	57	P Phisher EN		
D	57	57	P Phisher EO		
D	57	57	P Phisher EP		
D	57	57	P Phisher EQ		
D	57	57	P Phisher ER		
D	57	57	P Phisher ES		
D	57	57	P Phisher ET		
D	57	57	P Phisher EU		
D	57	57	P Phisher EV		
D	57	57	P Phisher EW		
D	57	57	P Phisher EX		
D	57	57	P Phisher EY		
D	57	57	P Phisher EZ		
D	57	57	P Phisher FA		
D	57	57	P Phisher FB		
D	57	57	P Phisher FC		
D	57	57	P Phisher FD		
D	57	57	P Phisher FE		
D	57	57	P Phisher FF		
D	57	57	P Phisher FG		
D	57	57	P Phisher FH		
D	57	57	P Phisher FI		
D	57	57	P Phisher FJ		
D	57	57	P Phisher FK		
D	57	57	P Phisher FL		
D	57	57	P Phisher FM		
D	57	57	P Phisher FN		
D	57	57	P Phisher FO		
D	57	57	P Phisher FP		
D	57	57	P Phisher FQ		
D	57	57	P Phisher FR		
D	57	57	P Phisher FS		
D	57	57	P Phisher FT		
D	57	57	P Phisher FU		
D	57	57	P Phisher FV		
D	57	57	P Phisher FW		
D	57	57	P Phisher FX		
D	57	57	P Phisher FY		
D	57	57	P Phisher FZ		
D	57	57	P Phisher GA		
D	57	57	P Phisher GB		
D	57	57	P Phisher GC		
D	57	57	P Phisher GD		
D	57	57	P Phisher GE		
D	57	57	P Phisher GF		
D	57	57	P Phisher GG		
D	57	57	P Phisher GH		
D	57	57	P Phisher GI		
D	57	57	P Phisher GJ		
D	57	57	P Phisher GK		
D	57	57	P Phisher GL		
D	57	57	P Phisher GM		
D	57	57	P Phisher GN		
D	57	57	P Phisher GO		
D	57	57	P Phisher GP		
D	57	57	P Phisher GQ		
D	57	57	P Phisher GR		
D	57	57	P Phisher GS		
D	57	57	P Phisher GT		
D	57	57	P Phisher GU		
D	57	57	P Phisher GV		
D	57	57	P Phisher GW		
D	57	57	P Phisher GX		
D	57	57	P Phisher GY		
D	57	57	P Phisher GZ		
D	57	57	P Phisher HA		
D	57	57	P Phisher HB		
D	57	57	P Phisher HC		
D	57	57	P Phisher HD		
D	57	57	P Phisher HE		
D	57	57	P Phisher HF		
D	57	57	P Phisher HG		
D	57	57	P Phisher HH		
D	57	57	P Phisher HI		
D	57	57	P Phisher HJ		
D	57	57	P Phisher HK		
D	57	57	P Phisher HL		
D	57	57	P Phisher HM		
D	57	57	P Phisher HN		
D	57	57	P Phisher HO		
D	57	57	P Phisher HP		
D	57	57	P Phisher HQ		
D	57	57	P Phisher HR		
D	57	57	P Phisher HS		
D	57	57	P Phisher HT		
D	57	57	P Phisher HU		
D	57	57	P Phisher HV		
D	57	57	P Phisher HW		
D	57	57	P Phisher HX		
D	57	57	P Phisher HY		
D	57	57	P Phisher HZ		
D	57	57	P Phisher IA		
D	57	57	P Phisher IB		
D	57	57	P Phisher IC		
D	57	57	P Phisher ID		
D	57	57	P Phisher IE		
D	57	57	P Phisher IF		
D	57	57	P Phisher IG		
D	57	57	P Phisher IH		
D	57	57	P Phisher II		
D	57	57	P Phisher IJ		
D	57	57	P Phisher IK		
D	57	57	P Phisher IL		
D	57	57	P Phisher IM		
D	57	57	P Phisher IN		
D	57	57	P Phisher IO		
D	57	57	P Phisher IP		
D	57	57	P Phisher IQ		
D	57	57	P Phisher IR		
D	57	57	P Phisher IS		
D	57	57	P Phisher IT		
D	57	57	P Phisher IU		
D	57	57	P Phisher IV		
D	57	57	P Phisher IW		
D	57	57	P Phisher IX		
D	57	57	P Phisher IY		
D	57	57	P Phisher IZ		
D	57	57	P Phisher JA		
D	57	57	P Phisher JB		
D	57	57	P Phisher JC		
D	57	57	P Phisher JD		
D	57	57	P Phisher JE		
D	57	57	P Phisher JF		
D	57	57	P Phisher JG		
D	57	57	P Phisher JH		
D	57	57	P Phisher JI		
D	57	57	P Phisher JJ		
D	57	57	P Phisher JK		
D	57	57	P Phisher JL		
D	57	57	P Phisher JM		
D	57	57	P Phisher JN		
D	57	57	P Phisher JO		
D	57	57	P Phisher JP		
D	57	57	P Phisher JQ		
D	57	57	P Phisher JR		
D	57	57	P Phisher JS		
D	57	57	P Phisher JT		
D	57	57	P Phisher JU		
D	57	57	P Phisher JV		
D	57	57	P Phisher JW		
D	57	57	P Phisher JX		
D	57	57	P Phisher JY		
D	57	57	P Phisher JZ		
D	57	57	P Phisher KA		
D	57	57	P Phisher KB		
D	57	57	P Phisher KC		
D	57	57	P Phisher KD		
D	57	57	P Phisher KE		
D	57	57	P Phisher KF		
D	57	57	P Phisher KG		
D	57	57	P Phisher KH		
D	57	57	P Phisher KI		
D	57	57	P Phisher KJ		
D	57	57	P Phisher KK		
D	57	57	P Phisher KL		
D	57	57	P Phisher KM		
D	57	57	P Phisher KN		
D	57	57	P Phisher KO		
D	57	57	P Phisher KP		
D	57	57	P Phisher KQ		
D	57	57	P Phisher KR		
D	57	57	P Phisher KS		
D	57	57	P Phisher KT		
D	57	57	P Phisher KU		
D	57	57	P Phisher KV		
D	57	57	P Phisher KW		
D	57	57	P Phisher KX		
D	57	57	P Phisher KY		
D	57	57	P Phisher KZ		
D	57	57	P Phisher LA		
D	57	57	P Phisher LB		
D	57	57	P Phisher LC		

F	24	H Ruyter Dahl	159.7	1.5
M	408	H Ruyter Dahl	76.20	35.58
M	100	H Ruyter Dahl	10.7	1.6
M	20.5	F Sanden Gern	2.37	3.1
M	33.0	F Sanden Gern	17.9	5.75
F	81.3	S Sanden Gern	0.2	0.2
D	7.56	S Sanden Gern	15.5	12.41
D	856	S Sanden Gern	2.6	0.4555
F	111	S Sanden Gern	105.2	1.25
F	1.4	S Sanden Gern	127	136.6
F	91	S Sanden Gern	300	316.8
F	1.4	S Sanden Gern	343	343
F	1.35	S Sanden Gern	0.5	0.15
M	1.86	S Sanden Gern	0.5	0.5
M	5.5	S Sanden Gern	2.37	2.87
M	172.5	S Sanden Gern	6.71	6.77
F	100	S Sanden Gern	476	476
F	3.96	S Sanden Gern	51	59.9

[illegible][illegible][illegible]

WORLD

WORLD MIND


WIND



aying Mafia



le information.



Kanadas Maple Leaf

Den Maple Leaf bekommen Sie bei der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Commerzbank und bei vielen Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Newsweek
**Betraying
The Mafia**
An Informer
In the Family
Touches Off
An International
Manhunt
Tommaso Buscetta
In Custody

Outside views. Inside information.

ENERGIE / Berlins Kraftwerke sollen die saubersten in der Bundesrepublik werden

Die Japaner sind das Vorbild

GEROLD OSTERLOH, Berlin
Berlins Kraftwerke sollen die saubersten in der ganzen Bundesrepublik Deutschland werden. Darüber sind sich Vorstand des Berliner Stromversorgungs-Unternehmens Bewag und der Senat als Vertreter des Hauptaktionärs mit gut 50 Prozent Anteil einig. Nur über den Zeitplan gibt es aber Differenzen. Während der Vorstand der Bewag meint, aus technischen Gründen erst ab 1988 Entscheidungen über das richtige Verfahren zur Beseitigung der Stickoxyde treffen zu können, will der Senat schon möglichst vorher solche Sekundärmaßnahmen (Katalysatoren) in Angriff genommen wissen.

Als Beispiel gilt den Berliner Umweltschützern das japanische Vorgehen. Der Investitionsausschuss des Aufsichtsrates der Bewag war deshalb mit einer Delegation nach Fernost gereist. Als er wieder an der Spree war, brach Umweltsenator Horst Vetter (FDP) nach Tokio auf.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß der Vorstand – an der Spitze vertreten durch seinen Sprecher Wilm Tegethoff – vielmehr die weiter bestehenden technischen Probleme sieht. Der Senat dagegen drängt Wirtschaftssenator Einar Piehroth hat den Vorstand aufgefordert, doch mit umweltfreundlicheren Feuerungsverfahren sofort zu beginnen und die Katalysatortechnik schon Jahre vorher in Angriff zu nehmen.

Nach Auffassung der Bewag ist die

japanische Technik nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Denn die Japaner feuern nur mit hochwertiger Kohle und haben fast nur neue Kraftwerke, in denen sich die neuen Techniken leichter verwirklichen lassen. So muß die Technik für die Berliner Kraftwerke weiterentwickelt werden, wobei die Bewag nicht zuletzt auf die deutsche Industrie hofft. Lizenzen aus Japan könnten dabei allerdings Impulse geben.

So sieht der Fahrplan der Bewag zunächst Pilotanlagen für die Minimierung von Stickoxyden vor. Die erste soll den Plänen zufolge 1986 beim Kraftwerk Oberhavel in Spandau gebaut werden. Zwei Jahre lang sollen damit Erfahrungen gesammelt werden, um dann ab 1988 Investitionsentscheidungen zu treffen, so daß die ersten Entwicklungskatalysatoren Anfang der 90er Jahre in Betrieb gehen können.

Wie weit die Japaner in der Reduzierung der Stickoxyde sind, zeigt ein Vergleich mit der deutschen Großfeuerungsanlagenverordnung. Danach sind höchstens 1800 Milligramm (mg) Stickoxyd je Kubikmeter Abluft bei Neuanlagen zulässig, bei den umzurüstenden Altanlagen 2000 mg. Die Japaner kommen heute bei einem Kraftwerk schon unter 200 mg. Das ist übrigens ein Wert, den die deutschen Umweltminister den Kraftwerksbetreibern in Zukunft auch gern vorgeben würden.

Die Bewag liegt mit ihren Kraft-

werken heute in Berlin nach deutschen Maßstäben günstig. Der Ausstoß pendelt zwischen 700 und 1400 mg Stickoxyd. Beim neuen Kraftwerk Reuter West, für das gerade Richtfest gefeiert wurde, sollen es nach einem neuen Feuerungsverfahren nur 650 mg sein. Um noch weiter herunterzukommen, ist ein Katalysator notwendig, dessen späterer Einbau schon vorgeplant ist.

Was das kostet? Umweltsenator Vetter brachte aus Japan die Rechnung mit 25 Mill. DM je Anlage mit. Nach Berechnung der Bewag wird die Entstickung noch einmal soviel kosten wie die Entschwefelung, zusammen 2,2 Milliarden DM. Dazu kämen dann die laufenden Betriebskosten. Für den Berliner Stromverbraucher liefe diese Rechnung auf fünf Pfennig je Kilowattstunde höhere Preise hinaus. Das wäre eine Preiserhöhung um rund 20 Prozent.

Damit würden sich die Berliner Strompreise, ohnehin schon Spitze in der Bundesrepublik, noch weiter absetzen. Hinter der Hand sind aber auch schon Gedanken zu hören, wie man die Spannung aus den Berliner Strompreisen herausnehmen könnte – durch Umschichtung der Berlin-Förderung. Zudem ist Berlin eine Strominsel ohne Verbund, als Großstadt von der umweltfreundlichen Kernenergie ausgeschlossen. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit müsse Berlin deshalb geholfen werden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Stannigel/Kremer/Weyers, **Beleuchtungsgrundsätze für Sparkassen, Kommentar und Handbuch**, 1984, Deutscher Sparkassen-Verlag, Stuttgart, 1266 S., Balzcr-einband, 176 Mark.

Der Immobilienmarkt wird immer wichtiger, aber auch immer undurchsichtiger, die Bewertung einer Immobilie zunehmend schwieriger. Drei Experten aus der Sparkassenorganisation haben sich dieses Themenkreises umfassend angenommen, haben völlig neu kommentiert und neueste Veränderungen juristischer und wirtschaftlicher Art voll berücksichtigt. Besonderer Wert wird der Immobilienbewertung und der Fortentwicklung der Wertermittlungsverfahren gewidmet. Da der zur Zeit konkurrenzlös daselbstende Kommentar auch gewerbliche Immobilien, bau- und versicherungswirtschaftliche Fragen, Leasing, Bauherrenmodell, Richtwerte, Miet- und Preispiegel behandelt, ist er – was der spröde Titel nicht vermuten läßt – für Praktiker im Kreditsektor ebenso geeignet wie für Studenten, Architekten und Baugenieure.

Engelhardt/Kleinatlankamp-Rieger, **Der Direktvertrieb im Konsumgüterbereich**, 1984, W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, 158 S., geb., 46 Mark.

In der verdienstvollen Kohlhammer-Edition „Marketing“ legen die Autoren, wissenschaftlich mit diesem jungen Lehrfach befaßt, eine absatzwirtschaftliche Analyse des Absatzes vom Hersteller zum Verbraucher ohne zwischengeschaltete Handelsstufen vor. Diese in wem auch gedrängter Form bislang nicht vorliegende Untersuchung widmet sich weniger juristischen Aspekten, sondern beleuchtet diese Absatzform aus der Sicht von Anbieter und Nachfrager. Im Mittelpunkt stehen eigene empirische Untersuchungen aufgrund derer neue Erkenntnisse über Vorgehensweisen, Instrumentarium und Wirkung des Direktvertriebs gewonnen werden. Dabei werden neue Nachfragestrukturen ebenso berücksichtigt wie Fragen des – leider immer noch – schlechten Image des „Hausverkaufs“, das trotz überwiegend guten „Nahbilds“ eine latente Gefahr für seriöse Anbieter ist.

Karl Sieg, **Allgemeines Versicherungsvertragsrecht**, Gabler-Verlag 1984, 186 S., 48 Mark.

Systematische Darstellungen des Allgemeinen Versicherungsvertragsrechts sind selten. In diese Lücke platziert Prof. Dr. Sieg seinen Grundriß, der versucht, die spröde Materie der Vorschriften für sämtliche Versicherungsarten und für die gesamte Schadensversicherung (Paragraphen 1-80 VVG) didaktisch aufzuarbeiten. Durch eine übersichtliche Gliederung des Stoffes nach sachlichen Gesichtspunkten wird das Verständnis des Gesetzes erleichtert. In einem weit gespannten Bogen gelingt es – nach Begriffsdefinitionen von Versicherung, Versicherungsvertrag und Vertragsbeteiligung, der Darstellung der Obliegenheiten, der Fragen der Ersatzanspruchsberechnung, dem Einfluß des Europarechts und der Rechtsprechung – die komplizierte Materie durchschaubar zu machen.

J. Kurwert/M. Bräuninger, **Privathaftpflichtversicherung**, Gabler-Verlag 1984, 138 S., 48 Mark.

Innerhalb des Versicherungswesens der Allgemeinen Haftpflicht spielt, von der Anzahl der versicherten Risiken her, die Privathaft-

pflversicherung die größte Rolle. Der Versicherungsschutz regelt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen für die Haftpflichtversicherung. Um den speziellen Risikoverhältnissen in der Privathaftpflichtversicherung Rechnung zu tragen, gibt es besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen (BBR) für die Privathaftpflichtversicherung, die einen auf dieses Risiko abgestimmten Versicherungsschutz festlegen. Das nun vorgelegte Buch gibt eine Kommentierung der BBR, die umfassend darüber informiert, welche Vertragswirklichkeit sich aus dem Abschluß von Privathaftpflichtversicherungen jeweils ergibt.

Herrmann-Josef Bunte, **Entscheidungsammlung zum ABG-Gesetz (AGB-Gesetz)**, Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Band I: Entscheidungen aus den Jahren 1977 bis 1980, Heidelberg 1982, 924 S., (Lb.), 280 Mark; Band II: Entscheidungen aus den Jahren 1981, Heidelberg 1983, 755 S., (Lb.), 230 Mark.

Das Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) füllte die gewachsene, höchst- und obergerichtliche Rechtsprechung in Normen zusammen. Inzwischen erfüllen die Vorschriften des AGB-Gesetzes weitestgehend, richterliche Ausfüllung, Ergänzung und Kommentierung. Wichtig und unerlässlich für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit Fragen zum AGB-Gesetz ist daher, die einschlägige Rechtsprechung im Auge zu behalten. Eine unvergleichlich gute Rechtsprechungsübersicht bietet hier die Entscheidungsammlung von Bunte, Professor an der Universität in Bielefeld und hervorragender Kenner der AGB-Materie. Ein umständliches Suchen in Zeitschriften, die im übrigen nur vereinzelt, sehr verstreut und in der Auswahl zufällig und zudem oft noch unvollständig über Entscheidungen zu Fragen des AGB-Gesetzes berichten, entfällt zugunsten einer kompakten, mit Sachverstand aufbereiteten Entscheidungsammlung. Band I enthält über 300, Band II 174 Entscheidungen. Unterschiedliche Register erleichtern den Zugang zur Materie, die Handhabung und Übersichtlichkeit des Werkes. Weitere Bände werden je nach Umfang der Rechtsprechung folgen.

Bietter Drüll, **Handbuch für den Berufs-Erfolg**, Societäts-Verlag 1984, 548 S., (geb.), 38 Mark.

Schulabgänger, aber auch Hochschulabsolventen, die den ersten Schritt in das Berufsleben machen wollen, stolpern meist gleich. Zu wenig Sorgfalt wird auf die Zusammenstellung der Bewerbungsunterlagen gelegt, obwohl damit eine Vorauswahl unter den Stellenplatzsuchenden getroffen wird. Hinweise, Tips und illustre Beispiele gibt der Verfasser aus seiner zwanzigjährigen Beraterpraxis. In alphabetischer Reihenfolge werden viele Stichworte zum Berufsweg, Aus- und Fortbildungsgang erklärt. Ein Ratgeber, der sich gleichermaßen für Fach- und Führungskräfte, aber auch Lehrer, Berufsberater, Personalleiter und nicht zuletzt Bewerber eignet.

Jürgen Bährns, **Grundlagen des Rechnungswesens**, Athenäum/Hahn/Hanstein, 1984, 312 S., (kt.), 38 Mark.

Grundlegende Kenntnisse will dieses Lehrbuch auf den Teilgebieten des betrieblichen Rechnungswesens vermitteln. Die formalen Rahmenbedingungen für die Finanzbuchführung mit Abschlußrechnung, für die Betriebsbuchführung und die Finanzrechnung werden ebenso berücksichtigt, wie die Techniken der Handhabung einzelner Instrumente und Verfahrensweisen. Übungsaufgaben dienen zur Überprüfung des Lernerfolgs.

Wöhe/Bilstein: **Grundzüge der Unternehmensfinanzierung**, Verlag Franz Vahlen, München 1984, 348 S., 29,90 Mark.

In einem systematischen Überblick behandelt dieses Lehrbuch die Hauptprobleme der Unternehmensfinanzierung. Durch die ausführliche, umfassende und verständliche Darstellung ist es für das Studium, betrieblicher Aus- und Weiterbildung, aber auch für die Praxis gleichermaßen geeignet. Didaktisch ausgereift beschränkt sich die dritte Auflage auf eine durch Gesetzesänderungen (Gewerbesteuer, Vermögenssteuer) notwendige Anpassung der betroffenen Beispiele.

Gösta B. Ihde: **Transport, Verkehr, Logistik**, Verlag Franz Vahlen, München 1984, 268 S., (geb.), 48 Mark.

Logistik als Oberbegriff für Verkehr und Transport stellt die vorliegende Abhandlung in einen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang. Vor diesem Hintergrund werden die technischen und marktlichen Bedingungen aufgezeigt, an denen sich eine erfolgreiche Handhabung der Logistik orientieren muß. So kann die Logistik als betriebliche Funktion eine Führungskonzeption sein, die nicht nur als Rationalisierungsinstrument eingesetzt werden kann.

Banklexikon, **Dreibändige Taschenbuchausgabe**, 9. Auflage, Gabler-Verlag 1984, 58 Mark.

Das Standardwerk für Finanzfachleute in Industrie, Handel und Bank ist jetzt in der 9. Auflage, grundlegend überarbeitet und wesentlich erweitert – wobei die Gesetzgebung bis 1983 berücksichtigt wurde – neu vorgelegt worden. Die Ausgabe deckt in 5000 Stichwörtern das gesamte Bankwissen von „Ansprüchen“ bis „zyklische Werte“ ab. Die Informationen über nationale und internationale Geschäfte und Tätigkeiten im kreditwirtschaftlichen Bereich sind eine einmalige Fundgrube – nicht nur für Bankfachleute. Insgesamt gesehen bleibt dieses Standardwerk unentbehrlich für alle, die sich mit Fragen der Kreditwirtschaft zu befassen haben.

Heribert Meffert/Manfred Bruhn: **Markenstrategien im Wettbewerb**, Gabler-Verlag 1984, 250 S., 96 Mark.

Der Markenartikel als einzigartiger Bindeband verschiedener Produktionseigenschaften, verbunden mit einem ständig verfeinerten Einsatz des Marketinginstrumentariums, war über Jahrzehnte Garant für eine erfolgreiche Markenstrategie von Hersteller und Handelsunternehmen. In neuerer Zeit macht die zunehmende Verbreitung von Gattungsmarken (namenlose Produkte, No names) dem Markenartikel starke Konkurrenz. Das Buch verfolgt das Ziel, in der Markenpolitik eine Standortbestimmung vorzunehmen und die Entwicklungstendenzen der Hersteller und Handelsmarkenpolitik aufzuzeigen, um so mitzuhelfen, die bei der Durchsetzung von Markenstrategien verbundenen Chancen und Risiken besser analysieren und bewerten zu können.

SIEMENS

Elektronik für mehr Leistung bei weniger Benzinverbrauch

Stuttgart, Oktober '84.

Der neue Mercedes 190 E 2.3-16 geht in die Serienproduktion – ausgerüstet mit einem neuen elektronischen Zündsystem von Siemens.

Auch an Motoren der oberen Leistungs-kategorie stellen wir heute selbstverständlich die Förderung nach weniger Kraftstoffverbrauch, nach weniger Umweltbelastung und nach weniger Wartungsaufwand. Der bestmögliche Wirkungsgrad eines Motors aber wird wesentlich durch die Elektronik in den modernen Zündsystemen bestimmt.

Bis zu 300mal in der Sekunde erfassen Sensoren Drehzahl und Temperatur des Motors, den Druck im Saugrohr und die Stellung der Drosselklappen. Ein Mikrocomputer errechnet daraus für jeden Zylinder einzeln den jeweils

richtigen Zündwinkel und den optimalen Zeitpunkt für die Zündung des Kraftstoff-Luft-Gemisches. Das neue Zündschaltgerät von Siemens arbeitet wartungsfrei unter allen Betriebsbedingungen – am Polarkreis ebenso zuverlässig wie in der Sahara.

Das Auto ist nur eines der vielen Anwendungsgebiete der Elektronik. Von modernen Kommunikations- und Informationssystemen bis zur Medizintechnik – Siemens ist ein führendes Unternehmen in dieser Schlüsseltechnologie. Zum Nutzen seiner Kunden und der Kunden seiner Kunden.



Chancen mit Chips. Siemens.

Aktienmarkt ohne Schwung

Auslandskäufe gaben keine Anregungen

DW. - Am Wochenbeginn blieb der Aktienmarkt ungewiss. Nach einer stillen Phase zeigten sich keine Anzeichen für einen Aufbruch. Die Aktienkurse blieben im Wesentlichen unverändert. Die Börsenberichte von den amerikanischen Börsen zeigten ebenfalls keine besonderen Bewegungen.

Ausdruck selektiver Käufe ist die uneinheitliche Tendenz der Technologieaktien, von denen PKI ein Teil des Wochenschwungs wieder einbüßte, während die anderen Aktien sich nicht so sehr auszeichneten. Die Aktienkurse blieben im Wesentlichen unverändert. Die Börsenberichte von den amerikanischen Börsen zeigten ebenfalls keine besonderen Bewegungen.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Werte	Notierung	Umsatz
AGF	100,20	100,20
AGF	100,20	100,20
AGF	100,20	100,20
AGF	100,20	100,20
AGF	100,20	100,20

Indizes

Index	Wert
DAX	100,20
DAX	100,20
DAX	100,20
DAX	100,20
DAX	100,20

Währungsnotierungen

Währung	Notierung
DM	100,20
DM	100,20
DM	100,20
DM	100,20
DM	100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Werte	Notierung
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20
AGF	100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

Währungsnotierungen: 1 DM = 100,20

DER SPIEGEL als Opfer von Propagandatechniken des KGB

Kläger

**Spiegel Verlag Rudolf Augstein
GmbH & Co KG
Rudolf Augstein**

Beklagte

**Sir James Goldsmith
& Cavenham Communications Limited
Anthony Shrimley**

Im "High Court of Justice, Queen's Bench Division", London, England, wurde am 8.10.1984 die folgende Vereinbarung verkündet:

Herr John Wilmers, Rechtsanwalt für die Kläger.

Zusammen mit meinen Kollegen, Herr Charles Gray und Herr Andrew Monson, vertritt ich die Kläger, die zugleich die Eigentümer und Herausgeber der bundesdeutschen Wochenzeitschrift "Der Spiegel" sind. Meine sehr verehrten Kollegen Lord Rawlinson, Herr Andrew Bateson, Herr James Price und Herr Mark Warby vertreten die Beklagten Sir James Goldsmith, Cavenham Communications Limited und Herr Anthony Shrimley.

Am 21.1.1981 hielt Sir James Goldsmith eine Rede vor dem Medienausschuß der Konservativen Partei im britischen Unterhaus, die anschließend veröffentlicht wurde, unter anderem im "NOW!", einem von Anthony Shrimley herausgegebenen Magazin.

Thema der Rede war die sowjetische Propaganda und die systematische Manipulation der westlichen Medien durch bestimmte Organe der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Sir James beschrieb die drei Hauptorganisationen, die für diese Aufgabe zuständig sind und die dem Politbüro in Moskau Bericht erstatten: die Abteilung für Internationale Fragen unter der Leitung von Boris Ponomarew; die Abteilung für Internationale Informationen unter der Leitung von Leonid Samjatin; und die KGB-gesteuerte sowjetische Propagandaorganisation mit dem Namen "Dienst A", die Teil der Ersten Hauptabteilung des KGB ist. "Dienst A" plant, koordiniert und unterstützt geheime Operationen; die die Wirksamkeit sowjetischer Propaganda erhöhen sollen.

Als Beispiel dafür bezog sich Sir James auf Informationen, die von General Sejna geliefert worden waren, einem ehemaligen hohen Beamten der tschechoslowakischen Regierung und früherer Sekretär des Verteidigungsausschusses der tschechoslowakischen Regierungspartei, der 1968 übergelaufen ist. Sir James führte aus: "General Sejna, der übergelaufene hochrangige tschechische Nachrichtendienstler, gab zu, daß die vom deutschen Nachrichtenmagazin 'Der Spiegel' geführte Diskreditierungskampagne gegen Franz Josef Strauß vom KGB orchestriert worden ist."

Die Kläger haben an dieser Aussage Anstoß genommen, weil sie der Meinung sind, daß sie den Eindruck erweckt, daß das Magazin unter der Kontrolle des KGB sei, wissentlich Journalisten beschäftige, die nachrichtendienstliche Tätigkeiten für die Kommunisten ausführen, und daß es in Wirklichkeit eine Deckorganisation des KGB sei. Meine Mandanten haben Wert darauf gelegt, alle derartigen Andeutungen zurückzuweisen und dafür Sorge zu tragen, daß ihre journalistische und redaktionelle Unabhängigkeit außer Frage stehe.

Lord Rawlinson, Rechtsanwalt der Beklagten

Sir James vertritt die Ansicht, daß die Sowjets bei der Verfolgung ihrer Politik massive und ständige Propagandakampagnen auf offener wie auch verdeckter Basis

ausführen. In der offenen Variante erfolgt dies durch die kommunistisch kontrollierten Medien in der ganzen Welt; die andere besteht darin, "Stories" zu verbreiten und zu platzieren, von denen viele auf Fälschungen und auf als "Desinformation" bekannten absichtlichen Unwahrheiten basieren.

Die letztendliche Zielsetzung dieser Kampagnen ist die Unterminierung der Staaten und Gesellschaften des freien Westens. Insbesondere zielen sie darauf ab, Ideen, Einzelpersonen und Regierungen zu fördern, die der sowjetischen Strategie dienlich sind, und umgekehrt diejenigen zu diskreditieren, die den Interessen des Kommunismus feindlich gegenüberstehen.

In der Verfolgung ihrer Ziele machen die Sowjets Gebrauch von den nichtsahnenden westlichen Medien. Zusätzlich zur offen kontrollierten kommunistischen Presse, deren Wert begrenzt ist, weil die Quellen öffentlich bekannt sind, existieren großangelegte und ständige Bemühungen, verdeckte Propaganda durch gutplatzierte und einflussreiche Personen zum Einsatz zu bringen, die sich der Rolle, die sie spielen, bewußt sein mögen oder auch nicht. Die Medien, die so benutzt werden, sollen nicht realisieren, daß sie sich an KGB-gesteuerten Kampagnen beteiligen.

Sir James vertritt den Standpunkt, daß die Sowjets in der Verfolgung dieser Politik sich bewußt dazu entschlossen haben, den westdeutschen Politiker Franz Josef Strauß zu diskreditieren, und eine Kampagne der Diffamierung, der Desinformation und der Provokation gegen ihn gestartet haben. Franz Josef Strauß war Verteidigungsminister in der Regierung Adenauer, als er eine Rede im Bundestag hielt, in der er für die Aufstellung von US-kontrollierten Kernwaffen auf deutschem Boden als Gegengewicht zu der wachsenden sowjetischen Bedrohung plädierte. Sir James vertritt die Ansicht, daß die Sowjets vor diesem Hintergrund beschlossen, in dieser Kampagne von der Tatsache Gebrauch zu machen, daß "Der Spiegel" gut dafür bekannt war, daß er Straußens politische Ansichten keineswegs teilte und regelmäßig Artikel veröffentlichte, die diese Opposition zum Ausdruck brachten.

Zur Stützung seiner Argumente hatte Sir James für Zeugen aus diesem Lande, den USA und der Bundesrepublik gesorgt, die über sowjetische Politik im allgemeinen und über die besondere Rolle und die Organisationsstruktur verdeckter sowjetischer Propaganda ausgesagt hätten. Außerdem hätte Sir James hochrangige sowjetische Überläufer und solche aus anderen Ostblockstaaten als Zeugen gerufen, die in ihrer früheren Eigenschaft als Offiziere des KGB oder ihm angegliederter Nachrichtendienste selbst an der Desinformation und Unterwanderung der westlichen Medien beteiligt waren, einschließlich der Anwerbung einflussreicher westlicher Agenten, zu denen auch Journalisten zählten. Sie hätten Beweismaterial über einige Fälle sowjetischer "Aktiv-

maßnahmen" geben können. Genauer gesagt: Bestimmte Personen unter diesen hochrangigen Beamten (die inzwischen zum Westen übergelaufen sind) hätten über Gespräche Auskunft gegeben, bei denen Pläne genehmigt wurden, die darauf abzielten, Strauß zu diskreditieren und den "Spiegel" in der oben angedeuteten Art und Weise zu benutzen. Zeugen dieser Art hätten über die Tatsache ausgesagt, daß die westlichen Medien, die benutzt werden, in überwiegender Mehrheit nicht wissen, daß sie so benutzt werden, und darüber hinaus, daß ein wichtiger Teil der Planung solcher Operationen darin besteht, zu gewährleisten, daß die Publikationsorgane sich über die Quelle der Materialien, die ihnen zugespielt werden, im unklaren bleiben und daß die meisten Betroffenen nicht wissen, daß sie letzten Endes sowjetischen Zielen dienen.

Schließlich hätte Sir James den General Sejna als Zeuge aufgerufen, der eine eidesstattliche Versicherung darüber abgegeben hat, daß er die von Sir James zitierten und von den Klägern beanstandeten Aussagen gemacht hat.

Sir James vertritt weiterhin die Ansicht, daß viele westliche Publikationsorgane unwissentlich von den Sowjets in den vom KGB und anderen sowjetischen Organisationen gesteuerten Kampagnen benutzt wurden und werden. Nach Auffassung von Sir James kann "Der Spiegel" zusammen mit anderen westlichen Publikationsorganen ohne weiteres als Opfer von Propagandatechniken des KGB angesehen werden.

Ich freue mich, öffentlich für die Beklagten sagen zu können, wie dies schon vor Beginn dieser Verhandlung angedeutet wurde, daß es nie in der Absicht von Sir James gelegen hat zu unterstellen, daß die Kläger oder ihre Zeitschrift vom sowjetischen Geheimdienst kontrolliert worden sind, daß sie mit ihm zusammengearbeitet haben oder wissentlich Journalisten beschäftigt haben, die KGB-Agenten waren.

Herr John Wilmers, Rechtsanwalt für die Kläger

Infolgedessen vertreten meine Mandanten jetzt die Ansicht, daß für sie keine Notwendigkeit mehr besteht, diese Klage fortzuführen. Sie haben natürlich keines der Beweismittel der Beklagten gesehen, aber sie akzeptieren die Ansicht völlig, daß, ganz allgemein gesprochen, der sowjetische Geheimdienst versucht, so zu arbeiten, wie von meinem Kollegen beschrieben, obwohl sie selbst sich dessen nicht bewußt sind, daß sie in der von Sir James Goldsmith erwähnten Weise benutzt worden sind. Meine Mandanten sind sich der Gefahren für die Pressefreiheit bewußt, die von verdeckter sowjetischer Propagandatätigkeit ausgehen.

Ich freue mich, sagen zu können, daß die im Streit befindlichen Parteien auf der Basis dieser Vereinbarung darin übereingekommen sind, die Klage fallenzulassen.

Unter diesen Umständen bleibt mir nur, das Gericht um die Erlaubnis zu bitten, das Protokoll zurückzuziehen.

Sieg für die Verteidigung des Westens

Gestern gab SIR JAMES GOLDSMITH folgende persönliche Erklärung ab:

Obwohl die oben in voller Länge zitierte Vereinbarung in Grenzen für sich selber spricht, bedarf ihre volle öffentliche Bedeutung weiterer Hintergrundinformationen und Kommentare.

Die Behauptung, daß die "Spiegel-Affäre", die "cause célèbre" der sechziger Jahre, vom KGB aus orchestriert worden sei, ist natürlich schon vor mir von anderen gemacht worden, insbesondere von dem hochrangigen tschechoslowakischen Überläufer General Jan Sejna, der die ursprüngliche Quelle war, und von dem bekannten amerikanischen Verleger, Schriftsteller und Televisiönspersonlichkeit William F. Buckley, Jr. in seiner von vielen Zeitungen gedruckten Kolumne. Diese Aussagen sind alle unwidersprochen geblieben. Erst als ich diesen Vorwurf in meiner Rede vom 21.1.1981 wiederholt habe, hat Herr Rudolf Augstein, Herausgeber des "Spiegel", Schritte dagegen unternommen, indem er eine Diffamierungsklage gegen meine Person, Cavenham Communications Limited und Anthony Shrimley, damals Herausgeber des Magazins "NOW!", das den vollen Text meiner Rede abgedruckt hatte, erhob.

Da ich gute Gründe hatte zu glauben, daß der Vorwurf gut begründet sei, beschloß ich eine Gegenklage zu führen. In den Jahren seither förderte ich massive internationale Nachforschungsanstrengungen in der Absicht, nicht nur zu beweisen, daß die Behauptung wahr ist, sondern darüber hinaus festzustellen, daß die Benennung des "Spiegel" vom KGB und anderen Organen des sowjetischen Staates nur eines unter einer immensen Anzahl ähnlicher Beispiele in der ganzen Welt ist.

Es war nie meine Absicht zu unterstellen, daß "Der Spiegel" sich zu irgendeiner Zeit der Tatsache bewußt war, daß er vom KGB benutzt wird. Tatsächlich ist der springende Punkt sowjetischer Manipulation der westlichen Medien der, daß die Publikationsorgane, die so benutzt werden, die Quelle des ihnen zugespielten Materials nicht kennen sollen. Ich habe mich deswegen gefreut, daß ich diese Sache in der Vereinbarung klar herausstellen konnte.

In diesem Zusammenhang habe ich jedoch überhaupt keine Zugeständnisse gemacht bezüglich des Inhaltes von meiner Rede von 1981, nämlich die Methoden von den Sowjets gebraucht die westlichen Medien zu manipulieren. Es ist auch beachtenswert, daß

Der Vorschlag, daß die Sache zu einem Vergleich gebracht werden solle, kam von dem Kläger und nicht von den Beklagten.

Wäre der Vorschlag nicht gemacht worden oder hätte es sich als unmöglich erwiesen, zu einer Vereinbarung zu gelangen, hätten wir Beweismittel dafür erbracht, daß in der Tat eine Entscheidung in Moskau gefällt wurde, den "Spiegel" 1962 als Teil einer gegen den damaligen Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Strauß gerichteten Diskreditierungskampagne zu benutzen, und so jegliche Chance auszuschließen, daß er eventuell der Nachfolger von Dr. Adenauer als westdeutscher Kanzler werden könnte.

Wir hätten auch weltbekannte Spezialisten präsentiert, um den besonderen Fall der "Spiegel-Affäre" in den Zusammenhang der massiven und ständigen sowjetischen Kampagne zur Subversion westlicher Gesellschaften durch Propaganda und Desinformation zu stellen.

Was wird jetzt geschehen? Die eidesstattlichen Erklärungen und Dokumentationsmaterialien, die für den Prozeß zusammengetragen wurden, der dann nie stattgefunden hat, sind zu wichtig, um sie dem zu übergeben, was Chruschtschow einmal den "Mülleimer der Geschichte" genannt hat. Im Laufe der Zeit werden sie als Buch mit einem umfangreichen Dokumentationsteil veröffentlicht werden.

Die Vereinbarung vom 8. 10. 1984 ist ein großartiger Sieg für die Verteidigung des Westens gegen seinen Hauptfeind, den sowjetischen Imperialismus.

Sir James Goldsmith, London

Beck's	307-308
Erz	308-309
Fish	309-310

**Verkauf
9. bis 11. 10.
1984**

FINANZEN

Sporthaushalt für 1985 fast mit Olympia-Niveau

Fast olympisches Niveau erreicht der Entwurf für den Sporthaushalt 1985, der im Sportausschuß des Deutschen Bundestages erstmals beraten wurde. Insgesamt 189,665 Millionen Mark weisen zehn Ministerien für Maßnahmen im Bereich des Sports aus. Das sind nur 1,328 Millionen Mark oder 0,7 Prozent weniger, als im Olympiajahr 1984 angesetzt waren.

Verglichen mit dem Vorjahr ist der Gesamtansatz im Innenministerium um sechs Prozent von 101,5 auf 95,4 Millionen Mark zurückgegangen. Hier schlugen 1984 vor allem die 5,4 Millionen Mark zur Entsendung der Olympiamannschaften von Los Angeles und Sanjago zu Buche. Aber im Vergleich zum nicht-olympischen Jahr 1983 stiegen die Einzelsätze. Allein 52,1 Millionen stellten für zentrale Maßnahmen in der Sportförderung 1985 bereit. 9,7 Millionen entfallen davon auf Personalkosten für die 110 Bundesstützpunkte, für Geschäftsführer der Fachverbände fallen weitere 2,6 Millionen an.

Mit 9,375 Millionen Mark schlagen die Unterhaltungskosten für Bundesleistungszentren zu Buche, glatte neun Millionen stehen für Lehrgänge und Schulungsmaßnahmen der Verbände bereit. Für 4,5 Millionen können bundesdeutsche Mannschaften zu internationalen Großereignissen im Ausland reisen, die Ausrichtung von großen nationalen und internationalen Sportveranstaltungen im Inland stößt mit 3,1 Millionen veranschlagt.

Erstmals werden im Haushalt 1985 Mittel für die gesundheitliche Betreuung der Spitzensportler in Training und Wettkampf ausgewiesen. 1,9 Millionen Mark stehen dafür bereit, dazu kommen 1,6 Millionen für sportmedizinische Untersuchungen der Spitzensportler in den Untersuchungszentren.

Neben dem Bundesinnenministerium stellen neun weitere Ressorts Gelder für sportliche Maßnahmen bereit: Auswärtiges Amt 7,565 Millionen (1984: 7,565), Arbeit 8,79 Millionen (9,19), Verteidigung 26,347 (21,923), Jugend, Familie und Gesundheit 12,462 (12,357), Verkehr 2,7 (2,4), Postministerium 4,9 (4,9), Innerdeutsche Beziehungen 27,06 (27,03), Wissenschaft und Bildung 0,533 (0,340), Wirtschaftliche Zusammenarbeit 3,296 (3,247).

GALOPP

Trainer Jentzsch verärgert über Abarys Reiter

MICHAEL FLEISCHER, Paris

Der 16. Platz in einem Feld von 22 Pferden war für Gestüt Fährhof vierjährigen Galopphengst Abary im Prix de l'Arc de Triomphe (1,5 Millionen Mark, 2400 m) am Sonntag ein sehr mäßiges Abschneiden. Bei der inoffiziellen Weltmeisterschaft der Galopper im Bois de Boulogne von Paris fand der ansonsten unkomplizierte Hengst in keiner Phase zu seiner gewohnten Aktion. Jockey Maurice Philippon (38): „Er kam mit dem aufgeweckten Gefühl nicht zu recht. Außerdem fehlt dem Pferd die Klasse, um hier mitzuhalten.“

Das hatte Trainer Heinz Jentzsch von Anfang an befürchtet. Verärgert zeigte er sich nur über die Reiterweise von Philippon: „Er hat schon nach dem ersten 200 m der Zielgeraden aufgegeben.“ Zwar war da bereits abzusehen, daß Abary für einen der vier mit Geldpreisen ausgestatteten Vorplätze nicht mehr in Frage kam, aber, so Jentzsch: „Für uns wäre es doch wichtig gewesen, wenigstens ein bißchen weiter vorn im Mittelfeld anzukommen.“

Defür kann man sich normalerweise nichts kaufen, in diesem Fall wäre es aber vielleicht doch einigermaßen wichtig gewesen. Hintergrund für den Start in Paris war nämlich nicht nur die Devise „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt“ von Besitzer Walter Jacobs. Es ging vielmehr darum, den internationalen Marktwert von Abary so weit wie möglich aufzuwerten. Der Hengst, zusammen mit der Spitzenstute Las Vegas das Beste, was die deutsche Zucht zu bieten hat, soll ausländischen Kaufinteressenten schmackhaft gemacht werden.

Daß die deutsche Tierzucht nicht läßt paradoxerweise trotz hervorragender Leistungen eine Verwendung des Hengstes zur Zucht nicht zu. Der Grund ist eine sogenannte „Rinnen-hodigkeit“ (Kryptorchismus): Ein Hoden liegt in der Bauchhöhle. Die Verantwortlichen glauben, daß die Vererbungskraft bei solchen Pferden eingeschränkt ist. In den führenden Vollblutländern wäre dies kein Hindernis, aber die deutsche Zucht muß auf den aktuell erwiesenermaßen besten Hengst des Landes verzichten. Jacobs: „Ich muß Abary doch wohl eines Tages ins Ausland verkaufen. Ein achter oder zehnter Rang hätte da vielleicht etwas weitergeholfen.“

Die mühsame Suche nach dem Zuschauer

Alles schien auf ein Top-Ereignis hinzudeuten, denn die Ausgangslage war überaus günstig: Formel-1-Finale als Grand-Prix-Premiere auf dem neuen Nürburgring. Doch nur 60 000 Zuschauer waren gekommen, und das ist viel zu wenig für ein sportliches Großereignis dieser Güteklasse. Die Deutsche Presseagentur (dpa) nennt es „ein enttäuschendes Ergebnis“ und erinnert: „Unter ähnlichen Voraussetzungen – nach einer ebenso langen Rennpause im Zweiten Weltkrieg – hatte der Automobilclub von Deutschland (ADAC) beim ersten Nachkriegs-Grand Prix 1950 400 000 Besucher gezählt.“ Lediglich 100 000 haben im neuen Eifel-Motodrom noch Platz, aber auch das hätte dem Etat von über vier

Millionen Mark bereits gutgetan. So bleibt nur das Fazit: Die Nagelprobe als Grand-Prix-Rennstrecke hat der neue Ring mit dem Großen Preis von Europa bestanden, das Publikum aber kommt nicht zuhauf.

„Ein ganzes Ursachenbündel“ (so Nürburgring-Geschäftsführer Mertel) müsse er dafür anführen, warum der Ring im verregneten Sommer und in diesem kühlen, nassen Herbst vom Renn-Publikum nicht gerade in Scharen heimgesucht wurde. Nach der erst am 12. Mai erfolgten Eröffnung mußte zwangsläufig Veranstaltung auf Veranstaltung dichtgedrängt folgen. Mertel: „Da gab es eben einen gewissen Abnutzungseffekt.“ Der Streik der Metzler habe dann typische Motorsportkunden ge-

zwungen, die Mark dreimal umzu-drehen, um anschließend daheim in der warmen Wohnküche zu bleiben. Der Druckerstreik wiederum habe die Publikationsmöglichkeiten reduziert, und schließlich hätten Fußball-Europameisterschaft und Olympische Spiele ein Loch gerissen.

STANDPUNKT

Dann meldeten die Meteorologen im Juni und im Juli die dritte und fünftregnerischsten Monate seit einhundert Jahren. Mertel: „Das sind Momente, die durchschlagen.“

Zweifelloso, und niemand wird dem Stab der Nürburgring GmbH attestieren, nach der Eröffnungsfeier nur

nach gebratenen Tauben Ausschau gehalten zu haben und ansonsten unter hundertjährigen Eichen vom Paradies in der Eifel zu träumen.

Szenenwechsel: Beim Abendessen irgendwo in der Eifel zwischen Mayen und Niederzissen, am Abend nach dem Grand Prix. An den Nebentischen Renn-Besucher aus dem Rheinland, aus Hamburg und Niedersachsen. Der Tenor ist einstimmig: Ein Rennwochenende in der Eifel sei zu teuer geworden, koste inklusive Übernachtungen für zwei Personen rund 600 Mark. Auch wer nicht die teuersten Karten am Renn-tag erhalte, müsse in etwa so kalkulieren. Schließlich kämen die Karten für die Trainingstage hinzu. Wer bei nassem Wetter einen Aufwär-

mungsschluck brauchte, dem wurde es spätestens bei der Bezahlung warm: Rund 25 bis 30 Mark waren von einem Ehepaar aus Pattenen für zwei doppelte Cognac und zwei Kaffee zu bezahlen. Und wer in seine Pension einrückte, wunderte sich, warum er für ein einfaches Zimmer 90 Mark entrichten mußte.

Wenn der Zuschauerstrom auch künftig versickert, dann wird man dafür nicht nur das raue Klima verantwortlich machen können. Beim Grand Prix von Europa war das Rahmenprogramm dünn, die Informationen eher diffus. Mancher Zuschauer fühlte sich im Stich gelassen. Das Bündel von Ursachen läßt sich also lichten. **KLAUS BLUME**

FORMEL 1 / Frankreich jubelt über den ersten Sieger auf dem neuen Ring

„Los, Alain, noch eine Runde“

KLAUS BLUME, Nürburgring

Die Formel 1 besteht zu 80 Prozent aus Sport und zu 20 Prozent aus Show – diese Feststellung traf der Engländer Bernie Ecclestone, der Chef der Konstrukteursvereinigung (FOCA). Das Spektakel wird in 14 Tagen beim Großen Preis von Portugal seinen Höhepunkt finden. Sport als grandiose Show, denn im letzten Lauf geht es darum, wer Weltmeister wird: der Österreicher Lauda oder der Franzose Prost.

Seit fünf Jahren gehört Alain Prost zu den besten Autorennfahrern der Welt, seine Fahrweise ist präzise und mittlerweile nur dann aggressiv, wenn die Situation es erfordert. Die These läßt sich allein schon durch Beobachtungen beim Grand Prix von Europa auf dem neuen Nürburgring erhärten: Am Samstag, als im Regen trainiert werden mußte, führten Prost und dessen McLaren-Kollege Niki Lauda gleichsam wie ein weiß-rotes Tandem durchs Motodrom. Im Castrol-S hinter der Start- und Ziel-Geraden nahm Prost aber Lauda von Runde zu Runde fast zehn Meter ab. Präzise fand er stets seinen Anbremspunkt, ebenso präzise seine Linie quer durch die graßen Plätze, während sich Lauda eher in einem Seitwärtsüben mußte. Beim Start zum Rennen kämpfte sich Prost aggressiv von der zweiten Startposition aus

gleich vor der ersten Kurve an die Spitze des Feldes, um dann geradezu wie entfesselt seinen Vorsprung auszubauen. Erst als dieser für den Sieg reichte, drosselte er das Tempo.

Alain Prost, der erste Sieger auf dem neuen Nürburgring, kann der erste französische Weltmeister in der Formel 1 werden. Und die französische Presse jubelte gestern bereits. „Los, Alain, noch eine Runde“, fordert der volkstümliche „Le Parisien“ vor dem Finale in Portugal, und „Libération“ schreibt: „Die Götter des Nürburgrings haben Prost wieder in den Sattel gehoben.“

Der in der Nähe von Genf ansässige frühere Renault-Star ist zweifellos ein begnadeter Rennfahrer, und schon mit 21 Jahren, als er 1976 seine Rennfahrer-Karriere begann, deutete vieles darauf hin: Prost gewann gleich im ersten Jahr zwölf von 13 Rennen. Eine schnelle graue Maus haben sie ihn in der Branche jedoch immer genannt, denn die Ausstrahlung, die Star-Aura, fehlte. Wenn Schlagzeilen in der internationalen Boulevard- und Regensbogenpresse ein solches Image korrigieren können: Dem Mann, der privat einen pechschwarzen Porsche ohne jegliche Chromschmuck fährt, wird seit Wochen eine Romanze mit Prinzessin Stephanie von Monaco nachgesagt. Und Prost lächelt dazu,

statt zu dementieren. Wie sollte er auch? Schließlich wird die Prinzessin auch am Wochenende in der Eifel nicht von seiner Seite.

Alain Prost oder Niki Lauda – einer von den beiden wird in zwei Wochen Formel-1-Weltmeister 1984 sein. Lauda hat 4,5 Punkte Vorsprung. Gewinnt Prost, muß er Zweiter werden. Wird Prost Zweiter, reicht Lauda Platz fünf. Belegt der Franzose aber nur Platz drei, ist Lauda automatisch Weltmeister. Doch wer immer es auch schafft, schon jetzt steht fest: Die Weltmeisterschaft wird mit einem englischen Rennwagen (McLaren) und einem deutschen Motor (Porsche) gewonnen. Und weil Porsche auch den Langstrecken-Weltmeister 1984 stellen wird, muß man sich in Zuffenhausen überlegen, wie es spätestens 1986 weitergehen wird, um diese Erfolgsschneise nicht zu verlassen. Auf alle Fälle wird sich Porsche auch bei spektakulären Rallyes (Paris-Dakar) engagieren. Neu ins Programm könnte freilich auch die Konstruktion eines Rennwagens für die amerikanischen Indy-Rennen aufgenommen werden. Porsche-Werksfahrer Jochen Mass: „Ich fühle mich mit 38 Jahren noch nicht zu alt, ein solches Abenteuer zu wagen. Schließlich wird die Langstrecken-Weltmeisterschaft genauso scharf wie die Formel 1 gefahren.“

NACHRICHTEN

Briegel soll spielen

Malland (sid) – Hans-Peter Briegel soll im WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden (17. Oktober in Köln) eingesetzt werden. Das erklärte Franz Beckenbauer, Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, als Beobachter des Spiels von Briegels Verein Hellas Verona bei Inter Malland (0:0). Rummenigge war Mallands bester Spieler.

Braun wechselt

Neustadt (dpa) – Radprofi Gregor Braun hat seinen Vertrag mit dem französischen Rennstall „La Redoute“ gelöst. Braun will in der nächsten Saison wieder für eine italienische Mannschaft fahren.

Langer Fünfter

Paris (sid) – Bernhard Langer belegte beim internationalen Golf-Turnier von Saint Nom la Breffache bei Paris den fünften Platz. Sieger der mit 30 000 Dollar dotierten Veranstaltung wurde der Schotte Sandy Lyle.

Tennis: Gegen Spanien

London (sid) – Bei der Auslosung des Davis-Cups 1985 erhielt Deutschland Spanien in einem Heimspiel als Gegner. Bei einem Sieg müßten anschließend die USA, die gegen Japan spielen, ebenfalls in Deutschland antreten.

EISHOCKEY

Bundesliga, 1. Spieltag: Rießersee – Iserti 5:5, Landsht – Kaufbeuren 4:3, Rosenheim – Köln 4:1, Mannheim – Düsseldorf 3:2, Essen – West – Schwenningen 2:5.

DIE TABELLE

1. Landsht	4	3	0	18:11	7:1
2. Kaufbeuren	4	3	0	19:14	8:2
3. Rosenheim	4	3	0	15:10	0:2
4. Mannheim	4	3	0	17:14	8:2
5. Köln	4	2	1	13:9	5:3
6. Düsseldorf	4	2	0	18:13	4:4
7. Schwenningen	4	2	0	17:14	4:4
8. Iserti	4	0	1	15:22	1:7
9. Rießersee	4	0	1	12:21	1:7
10. Essen-West	4	0	4	7:21	0:8

HANDBALL

Bundesliga, 2. Spieltag: Bergkamen – Großwallstadt 20:20, Düsseldorf – Dankersen 20:20, Essen – Walau-Massenheim 19:12.

GOLF

Jugend-Länderpokal der Landesverbände in Braunkopf (gewertet zwei von drei Vierern und zweimal fünf von sechs Einzeln): 1. Nordrhein-Westfalen (Pokalverteidiger) 72 Schläge über Standard 72, 2. Hessen 100, 3. Hamburg 111, 4. Rheinland-Pfalz 113, 5. Niedersachsen/Bremen 121, 6. Bayern 137. – Beste Einzelspieler: 1. Eckstein (Hamburg) 71+72=143 Schläge, 2. von Hagen (Hessen) 72+78=150, 3. Strüver (Hamburg) 75+77=152.

TENNIS

Damen-Turnier in Manhattan Beach, Finale, Einzel: Evert-Lloyd – Turnbull (beide USA) 6:2, 6:3. – Doppel: Evert-Lloyd/Turnbull – Bunge/Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 1, 21, 23, 34, 41, 43. Zusatzspiel: 5. – Rennquittett, Rennen A: 6, 1, 11. – Rennen B: 28, 25, 23. (ohne Gewähr)

Unser Leben währet 70 Jahre, und wenn's hoch kommt, so sind's 80 Jahre und wenn's klüglich gewesen ist, so ist's Mühe und Arbeit gewesen. (aus Faust II)

Nach einem langen und erfüllten Leben verschied am 3. Oktober 1984 mein lieber Mann, unser lieber Vater und Großvater

Walter Pouplier

Direktor i. R.
* 1. 5. 1899 † 3. 10. 1984

In Liebe und Dankbarkeit

Ingeborg Pouplier geb. Voormann
Mechthild Pouplier
Lothar Pouplier
Uta Pouplier geb. Treiber
Helga Lehmman geb. Pouplier
Dietrich Lehmman
Arnold Pouplier
Aysen Pouplier geb. Okumus
Reinhold, Philipp, Marianne und Ulrike

5804 Herdecke, Stuttgart, Neu-Ulm, Suresnes und Firschberg
Witzbrucker Str. 41

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Beisetzung im engsten Kreise statt.
Anstelle eines zugedachten Blumenspenden bitten wir, das SOS-Kinderdorf zu betreiben. Postcheckkonto München 60640-802.

Lotte Poltz

geb. Stoop
* 14. Dezember 1907 † 6. Oktober 1984

Dr. Ludwig Poltz
und Kinder

2070 Großsiedorf, Heisdorfer Landstraße 61
Rosenhof 1, Haus A.
Trauerfeier am Donnerstag, dem 11. Oktober 1984 um 10 Uhr in der Kapelle des Neuen Friedhofes in Hamburg-Neudorf.
Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreis.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:

Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80,
– 39 42 oder – 42 30

Berlin (0 30) 25 91-29 31

Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:

Hamburg 2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Wir nehmen Abschied von

Walter Pouplier

* 1. 5. 1899 † 3. 10. 1984

Walter Pouplier war unserem Unternehmen bis zu seiner Pensionierung über vier Jahrzehnte verbunden. In verantwortungsvoller Position hat er sich um den Aufbau unserer Gesellschaft bleibende Verdienste erworben. Als Vorstandsmitglied gestaltete er ein wesentliches Stück der Geschichte unseres Unternehmens mit.

Bei dem Verstorbenen verbanden sich berufliches Können mit einer überzeugenden Persönlichkeit. Hierdurch hat sich Walter Pouplier bei unseren Geschäftsfreunden, seinen Kollegen und Mitarbeitern Achtung und Anerkennung erworben. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

THYSEN SCHULTE GMBH

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Wir arbeiten
an den Gräbern der Opfer
von Krieg und Gewalt
für den Frieden
zwischen den Menschen
für den Frieden
zwischen den Völkern

VOLKS- UND DEUTSCHE
KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILFERT-STRASSE 2 3500 KASSEL
POSTCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010050

Genau der Beste im Meer

24. Internationale Bootausstellung

14. Internationale Ausstellung der Unterwasserbootausrüstungen

Genau
13.28. Oktober 1984

Alitalia

öffnungszeiten: 9.30 bis 19.00 täglich

Schirmherrschaft: U.C.I.N.A.
Organisatoren: FIERA DI GENOVA - CONSORNAUTICA
Piazzale J.F. Kennedy - telex 271424 FIERGE I - telex 271248 CONAUT I

Hannelore Gadatsch

Moderatorin mit Mut zum Moderaten

Haut sie ihn nicht in die Pfanne, so muß sie etwas mit ihm haben. Bissig kommentiert Hannelore Gadatsch die nicht abhebbenden Gerüchte, sie habe ihren Part-time-Job als eine von sieben „Tagesthemen“-Moderatoren allein der Protektion durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth zu verdanken. Späth hingegen, so Hannelore Gadatsch weiter, sei vor ihr als einem „linken Frauenzimmer“ gewarnt worden.

Gegenüber Kritiken und Gerüchten zeigt sich die gestandene TV-Journalistin nicht unempfindlich. Aber wo steht Hannelore Gadatsch nun tatsächlich? Ihren politischen Standort bezeichnet sie als „sozialliberal“. Zwar hätte sie den Bonner Wechsel vom Herbst 1982 begrüßt, in ihrem Leben jedoch überwiegend SPD gewählt, denn in den 50er Jahren sei sie Mitglied, später Präsidentin des Berliner Schülerparlaments gewesen, das regelmäßig im Rathaus Schöneberg tagte. „Dort lernte ich die Regierenden Bürgermeister kennen – Ernst Reuter, Otto Suhr, Willy Brandt.“

Doch von einem Parteibeitritt wollten sowohl sie als auch ihr Mann Claus Jürgen Gadatsch – Leiter der Redaktion Fernseh-Aktuell beim Südwestfunk – nie etwas wissen: „Ich habe eine angelsächsische Auffassung von Journalismus – da bin ich auch mit Franz Alt überquer.“ Sie beklagt den wachsenden Druck von Politikern auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Als einen Intendanten, der es verstehe, diesen Druck abzuwehren, rühmt sie ausdrücklich Hans Bausch vom Süddeutschen Rundfunk in Stuttgart.

Hannelore Gadatsch, die 1963 beim Saarländischen Rundfunk als TV-Journalistin startete und im Mai 1966 zum Südwestfunk kam, gehört seit 1977 zum Redaktions-Team von „Report“ – als Dame im Gruppenbild mit Leiter Franz Alt, Wolfgang Moser, Jochen Nuhn und Victor von Oertzen. Die 43jährige attraktive Hannelore Gadatsch freut sich über die steigende Popularität, seitdem sie zusätzlich noch die „Tagesthemen“ moderiert.



Boten ihre Unabhängigkeit: Tagesthemen-Moderatorin Hannelore Gadatsch. FOTO: PETER SYLVE

Laufend erhält sie Zuschriften. Einer stellte die hübsche Gleichung auf: „Intelligenz + Charme + Schönheit = Hannelore Gadatsch.“ Zwei riskierten – einmal schriftlich, einmal telefonisch – einen Heiratsantrag. „Sie waren sehr enttäuscht, als ich ihnen sagte, daß ich schon 19 Jahre mit demselben Mann verheiratet bin und zwei Söhne von 18 und 16 Jahren habe.“

Aber die TV-Beliebtheit hat auch ihren Preis: „Mit wachsender Popularität häufen sich Neid und Mißgunst bei Kollegen.“ Es sind – wie sie hinzufügt – ganz überwiegend Kollegen männlichen Geschlechts. Überhaupt meint Hannelore Gadatsch, daß es Frauen – selbst bei gleicher Begabung – im TV-Geschäft immer noch viel schwerer hätten. „Das gute Aussehen hilft da auch nicht viel weiter.“

Was betrachtet Hannelore Gadatsch nun als das größte Erfolgserlebnis in ihrer 21jährigen TV-Laufbahn? Sie verweist auf die 15 Millionen Mark, die seit ihrem „Report“-Bericht vom 12. Juli 1983 über die Dürrekatastrophe in Äthiopien (wo für sie im Mai dieses Jahres den Journalistenpreis „Entwicklungspolitik“ erhielt) auf die Konten eingegangen sind. Hannelore Gadatsch: „Manchmal bekam ich täglich Anrufe: Ich muß helfen. Sagen Sie mir, was ich tun kann.“ Überall habe ich Hebammiendienst geleistet, hin von Pressekonferenz zu Pressekonferenz gereist... Seit dem Äthiopien-Bericht hat sich mein Leben grundsätzlich geändert. Mein Privatleben ist noch schmaler geworden...“

GISELHER SCHMIDT

„Die DDR ist anders“ – als H. W. Schwarze glaubt

Die schönen Vorurteile

Fünfunddreißig Jahre „DDR“ – da ließ sich das ZDF nicht lumpen: Serviert wurde am Sonntagabend nicht nur ein etwas abgestandener, aber nicht uninteressanter DEFA-Film („Bis daß der Tod euch scheidet“), sondern es durfte auch wieder einmal nachgedacht werden über Deutschland – und zwar von einem Zeitgenossen, der uns seit langem versichert, daß es ein Deutschland eigentlich gar nicht mehr gibt. Statt dessen hätten wir uns mit zwei deutschen Staaten abzufinden: der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“. Und: „Die DDR ist anders.“

Es war Hanns Werner Schwarze, den das ZDF beauftragt hatte, zum wiederholten Male durch die „DDR“ zu kutschieren und „Beobachtungen“ festzuhalten, Bilder, die belegen sollten, daß die „DDR“ ganz anders sei, als wir sie uns in unserer antikomunistischen Verblendung und westlichen Wohlstandssattheit vorstellen. Nun, man kennt Hanns Werner Schwarze und seine spezielle Sichtweise der „DDR“ – bis 1982 war er Leiter des „Kennzeichen-D“-Studios, und bis heute ist er ein bedingungsloser Anhänger jener Variante von Entspannungspolitik, die von der von der schönen These eines in der deutschen Wende durch Annäherung ausging und bei der Anbiederung an die Machthaber in der „DDR“ und der UdSSR endete.

In der Konsequenz dieser Entwicklung lag denn auch Schwarzes jüngster Versuch, uns die „DDR“ als etwas Erträgliches darzustellen. Daß allein in diesem Jahr Zehntausende die „DDR“ verließen oder ein Verlassen durch Flucht in westliche Botschaften erzwangen (die Prager Tragödie hält noch an), irritiert diesen Journalisten nicht im geringsten. Er gehört, wenn es um die „DDR“ geht, zu jenen, die Bert Brecht so glänzend in seinem Gedicht „Loh des Zweifels“ charakterisiert: „Sie glauben nicht den Fakten, sie glauben nur sich. Im Notfall müssen die Fakten dran glauben.“

Aber Hanns Werner Schwarze begnügt sich inzwischen schon nicht mehr mit dem verbalen Retuschieren oder schlichten Weglassen von Fakten – inzwischen reduzieren sich die meisten Kommentare dieses Mannes zur deutsch-deutschen Problematik

sowie zur inneren Situation in der „DDR“ auf reinen Zynismus. So bringt er es fertig, die Schlangen vor der Ostberliner Buchhandlung „das gute buch“ „beeindruckend“ zu nennen, weil sie für ihn nicht so sehr Mangelproduktion und Zensurwirkung belegen, sondern fröhliche Leselust, die – nach Schwarze – natürlich in der „DDR“ viel größer sei als im westlichen Teil Deutschlands. Dies hat, wie man wissen kann, mit den Fakten nicht viel zu tun, wohl aber mit dem rührenden Klischee vom „Leseland DDR“, das deren oberste Kulturpolitiker seit Jahrzehnten verbreiten lassen und mit unaufgeschlüsselten Zahlen belegen, die nicht deutlich werden lassen, daß Millionen Parteibroschüren und Ideologietraktate, die kein Mensch wirklich liest, selbstverständlich mitgezählt werden.

Auch fällt Hanns Werner Schwarze zur katastrophalen Wohnungsbau-lage in der „DDR“ außer ein paar zaghaften Anfragen nichts weiter als Kopfnicken ein, wenn ihm ein Stralsunder Professor weitschweifig und nichtssagend mitteilt, warum die Wohnungsfrage immer noch nicht gelöst sei. Daß vor allem deshalb keine anständigen Wohnungen gebaut wurden, weil das System Milliarden in den systemretenden Mauerbau investierte, das fällt dem ZDF-Beobachter Schwarze auch nicht eine Filmsekunde lang mehr ein.

Schließlich beobachtete er gerührt die in der Tat mehr als bemerkenswerte und aufopferungsvolle Arbeit von Angehörigen der evangelischen Kirche gerade in den Bereichen der Behindertenfürsorge und Altenpflege. Doch anstatt zu erwähnen, wie gleichgültig die „DDR“ diesen Problemen wirklich gegenübersteht, erwähnt er mehrmals, daß der Staat Pflegesätze bezahlt. Dazu ist zu sagen, daß es erstens geringere als üblich sind, und zweitens geht die Behindertenfürsorge der SED so weit, daß sie zum X. Parteitag 1981 eine Ausgangssperre für geistig und körperlich Behinderte in Ost-Berlin verhängte, weil deren Anblick einer optimistischen Atmosphäre abträglich sei. Die „DDR“ ist anders – wie wahr! Sie ist ganz anders, als Hanns Werner Schwarze uns weismachen versucht. ULRICH SCHACHT



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der dritte Mann
Englischer Spielfilm (1949)
Mit Joseph Cotten u. a.

11.05 Unschon
11.55 Kontraste
12.55 Pressesachen
13.00 heute

14.00 Tageschau
14.10 Die zarte Zeit
14.55 Kometenklatsch
15.10 Da schau her!
15.40 Kleine Geschichten aus dem Zoo
17.00 Tageschau
20.00 Was bleibst du?

21.00 Report
Porträt des polnischen Schriftstellers Wladyslaw Bartoszewski

21.45 Daffin
22.00 Tageschau
22.05 Kulturwortschatz

Unter anderem mit folgenden Beiträgen: Kulturzone Barcelona – Akteure aus der spanischen Kulturmétrie
Ziegler, Zürich – Der Schauspieler und Schriftsteller Alexander Ziegler kam als umstrittener Zeuge in der Affäre Werner/Kießling in die Schlagzeilen. Zur Zeit spielt er mit Ingrid von Bergen sein neuestes Stück
Die gelben Berge – Seit Jahrhunderten ein Zentrum der chinesischen Naturmalerei
Japanische Bildererzählungen – Comics machen in Japan ein Drittel der Buchproduktion aus
Der Sänger aus den Abruzzen – Mimò Locascio wird auch „der italienische Bob Dylan“ genannt

23.45 Tageschau

14.00 heute
17.00 heute / Am den Ländern

17.15 Tele-illustrierte

17.50 Mein Name ist Hassel

18.20 Helke Wicksel – kalte Gäste

19.00 heute

19.30 Cartouche, der Bandit

Fransösisch-italienischer Spielfilm (1961)

21.07 Der Bruchvogel

Bericht von Henry Makowski

21.10 WISO

21.45 heute-Journal

22.05 Heinrich Penthesilea von Kleist

Filmreport von Hans Neuenfels über seine Inszenierung

Heinrich von Kleists Trauerspiel um die Amazonenkönigin Penthesilea, die in Hölle zum Griechen Achilles entbrennt, gilt als schwer inszenierbar. Regisseur Neuenfels wagte sich 1981 im Berliner Schiller-Theater an das Stück. Seine Version dauert über vier Stunden. In diesem Report versucht er, seine Überlegungen und Zweifel zu verdeutlichen, etwas von der geistigen Anstrengung zu vermitteln, die diese Tragödie verlangt.

0.25 heute



Cartouche, der Bandit – Claudia Cardinale und Jean Paul Belmondo in dem franz.-ital. Spielfilm aus dem Jahre 1961. FOTO: URSULA RÖHNERT

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tageschau
20.15 Auslandsreporter
Helmut Grassie aus Kenia:
Zuerst sterben die Kinder
20.45 Rückblicke
Vor 150 Jahren: Der Arzt Joseph Ignace Guillotin (1738 – 1814)
21.00 Formel Eins
21.45 Der ungleiche Streit
Beobachtungen beim Arbeitskampf der Metzler
22.15 Deutscher Alltag
23.15 Schach dem Weltmeister
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sessamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Was ist das?
Amateure und Profis machen Musik
20.00 Tageschau
20.15 Berliner Platz
Live aus Berlin mit Zuschauern und Experten
21.15 Schrecken des Krieges (4)
General Graf Hugo
22.10 Sie – Er – Es
22.55 Sterncheninsel im Oktober
23.10 Schach dem Weltmeister
23.40 Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
ARD-Hitparade mit Peter Ilmann
Heute: Der neue amerikanische Superstar Prince
19.45 Kaltes Lehrstück – was ist das?
Tipp für Schule und Beruf
20.05 Taktort: Zürcher Früchte
21.45 Kulturkaleender
22.15 Frankfurter Buchmesse
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.50 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Forschungsprojekt Adria
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturwortschatz
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Maligne kennt kein Erbarmen
22.05 Les rubines ...
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Die Angst überwinden – Anaphorabeton bei uns
18.45 Rundschau
19.00 Der große Casus
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Mario Lanza, Ann Blyth u. a.
Regie: Richard Thorpe
20.45 Die Sprechstunde
Nierentsteine – Was tun?
21.50 Rundschau
22.50 Z. E. N.
23.35 Im Gespräch
23.50 Rundschau

Einer, der HÖRZU zu Hause hat.

HÖRZU

Beste Unterhaltung seit es Fernsehen gibt.



Nachlese mit Schnupfen

Min. - Das war's also wieder mal, auf der Frankfurter Buchmesse. Gemischt die Gesichter, bekannt nur die Gefühle. Wie sollte einem schon werden? Es war wie immer, 300 000 Bücher gafften einen an, kriegten Stielen, zupften an einem herum.

Und doch war etwas anders. Die Erotik der Buchdeckel wollte nicht so recht schnappen. Die Bücher hatten einen Nebenbuhler. Sie waren regelrecht graue Mäuschen gegenüber dem Star. Jawohl, die Buchmesse hatte ihren Star. Das war die Architektur. Die neuen Hallen sind der neueste Heiler auf dem Markt, das Postmoderne, was es derzeit gibt. O. M. Ungers hat sie uns hingezaubert, hell, heroisch, herausfordernd. Alles aus Glas, die Gänge aus Glas, die Galerien aus Glas, selbst die Fenster waren aus Glas. Man kriegte ganz glatte Augen.

Also: Man schritt in die Halle 4. Man stieß die Tür auf. Paar Schritte weiter mußte man wieder eine Tür aufstoßen. Überhaupt rumpelte man ständig an irgendwelchen Türen. Dann kam der glatte Marmorboden. Man schwebte wie auf Eis. Man drehte sich Pirouetten. Davon erschöpfte hätte man sich gerne in die Sessel versenkt. Aber die waren besetzt. Obwohl dreimal so viele

Sessel hätten aufgestellt werden können.

Na, dann ab auf den Laufgang, zu deutsch Via Mobile, gemeint ist ein fahrbarer Fußboden. Links laufen, rechts stehen. Trotz Gedränges entschied ich mich für links. Nach ein paar Schritten war klar, da lief gar nichts. Das Ding war kaputt. Und trotzdem gingen alle hier, verschmähnten den breiten Fußgängerweg daneben. An der nächsten „Weiche“ scherte ich aus und betrat wieder normalen Boden. Aber da war es schon zu spät. Das nächste rollende Teilstück war nicht kaputt. Die Menge glitt grinsend vorbei. An der Rolltreppe fädelte ich mich unauffällig wieder ein. Es ging nach oben. Unter uns fuhr die Eisenbahn. Es ging wieder runter. Es wurde dunkler. Vielleicht war die Beleuchtung kaputt. Es wurde kälter. Die Heizung war nicht an. Dafür gab es ausgiebig den Blick durchs Glas.

Aber dann! Der Augenblick, der alles vergessen macht! Der einen klein macht, der einen groß macht. Die Galerie, raumstrotzend wie eine Bahnhofshalle! Das Tonnengewölbe aus Glas hoch oben. Wir Zwerge am Boden. Brust und Brüste raseln voller Seufzer. Die Weite des Raumes schlägt auf Gemüt. Es wird einem klamm. Zugig ist es auch. Gebeizt wird nicht. Wieder daheim, pflegt man die Erinnerung an einen Schnupfen, geholt im vollen Einklang mit dem Pathos der Postmoderne. Einen sog. Post-Katarrh.

Erinnerungen an den Wintergarten - Welche Chancen hat das Glas im Zeichen des Energiesparens?

Die Sonne gehört zur Wohnkultur

Der vielseitigste und interessanteste Baustoff, den die moderne Architektur kennt, ist Glas. Es schafft fließende Übergänge zwischen innen und außen, holt die Landschaft in die Wohnung. Glas läßt Gebäude auch nachts leben. Es bringt ganze Baukörper fast zum Schweben, wie z. B. die Neue Nationalgalerie in Berlin von Mies van der Rohe. Man kann sagen, jedes Bauwerk wird durch seine Fensterflächen, durch Glas also, strukturiert. Kurz: Glas gestaltet.

Der Einsatz des Baustoffes Glas nach solchen rein ästhetischen Maßgaben nahm vor den Energiekrisen der 70er Jahre kaum Rücksicht auf bauphysikalische Gegebenheiten, d. h. die schlechte Wärmedämmfähigkeit von Glas wurde zugunsten gestalterischer Ziele in Kauf genommen. (Auch dafür ist die Neue Nationalgalerie ein Beispiel.) Nach dem Energieschock hat man deshalb mit staatlichen Wärmeschutzverordnungen - die neueste Fassung ist seit dem 1. 1. 1984 in Kraft - indirekt Glas als Baustoff zurückgedrängt, indem Mindestwerte für die Wärmedämmfähigkeit von Fassadenkonstruktionen vorgeschrieben wurden. Und das bedeutet im Klartext: Glasflächen als wärmetechnische Schwachstellen vermeiden.

Heute ist genau in diesem Punkt ein radikaler Umdenkungsprozess im Gange. Jüngstes Zeichen: den „Zuhause-Energiesparpreis '84“ erhält ein Haus, bei dem Glas gerade unter bauphysikalischen, d. h. wärmetechnischen Gesichtspunkten, architektonisch bestimmt wird. Das Energiesparpaket dieses Einfamilienhauses ist nicht monofunktional nur auf eine gute Wärmedämmung ausgerichtet, sondern besteht aus einem komplexen System verschiedener Einzelmaßnahmen. Dazu gehören u. a. Wärmepumpe, Kachelofen, thermische Zonierung in der Grundrißorganisation (Hauptwohnraum nach Süden, Schlafraum nach Norden usw.), Innenausbau mit Materialien, die eine hohe Wärmespeicherfähigkeit besitzen (z. B. poröse Ziegel).

Sein Gesicht erhält das Haus aber durch die großen Fensterflächen vor der Südseite, wo zusätzlich ein Wintergarten angeordnet wurde. Dieser Glasanbau ist wichtigster Bestandteil des Energiesparpaketes: Im Winter sammelt das Glashaus die kostenlose Sonnenwärme ein und gibt sie an die übrigen Hausräume ab. Gleichzeitig fungiert es als klimatische Pufferzone. Im Sommer erhält man bei ausreichender Belüftung und Beschattung



Erhielt den „Zuhause-Energiesparpreis '84“: Das von Hartmut und Heide Niederwälder gebaute Einfamilienhaus, von der Sonnenfront her gesehen

durch Pflanzenbewuchs oder Markierung einen zusätzlichen Freiraum mit eigener, reizvoller Atmosphäre.

Das alles wird hochtrabend passive Solararchitektur genannt. Ist aber auch ohne architektonische Schlagwörter mühelos zu verstehen. Und eigentlich sind diese Dinge ja auch gar nicht so neu. Die traditionelle norddeutsche Bäderarchitektur z. B. kennt von alters her den Wintergarten als bestimmendes Element, und für noble Bürgerhäuser des vorigen Jahrhunderts war er ebenfalls ein Muß.

Glasflächen werden also nicht mehr als die großen Energieverwender angesehen, sondern neben dem Gewinn an Wohnqualität zur Nutzung der passiv einstrahlenden Sonnenenergie verwandt. Dazu haben natürlich auch technische Neuentwicklungen des Baustoffes Glas beigetragen: Heute werden Dreifachverglasungen mit ähnlichen Wärmedämmfähigkeiten auf wie gemauerte Wände. Das Neueste sind Doppelverglasungen, deren innere Scheibe einseitig, aber schichtneutral metallisch bedampft ist, so daß die Wärmestrahlung zwar ungehindert von außen nach innen dringen können, nicht aber umgekehrt. Heizverluste durch Fensterflächen gehören damit der Vergangenheit an.

Das neue Bewußtsein der Vielseitigkeit des Glases wird auch außerhalb des Bereiches der Einfamilienhaus-Altbaureparatur spürbar. So findet man seit kurzem in fast jeder größeren deutschen Metropole neu erbaute Tageslichtpassagen. Weg von der schummerig durch Neon-Reklameleuchten beleuchteten Verkaufshalle, die den Käufer brutal überwältigen will, besinnt man sich der angenehmen Atmosphäre, die die vom Tageslicht beschienenen Verkehrsflächen bieten.

Diese Glaspassagen, ein Bautypus aus dem 19. Jahrhundert, funktionieren im Prinzip nach dem gleichen Muster wie der private Wintergarten. Im Sommer sind es, wenn gut gelüftet, angenehme Freiräume, in denen man vor plötzlichen Witterungsänderungen geschützt ist. Im Winter heizen sie auch schon durch diffuses Sonnenlicht immerhin um ein paar Grad auf, so daß sie auch dann zu den angenehmen innerstädtischen Treffpunkten und Kommunikationsorten werden, von denen die anliegenden Geschäftskreise profitieren.

Weniger bekannt dürfte sein, daß sich auch der moderne Bürohausbau von den Gesichtspunkten passiver Sonnenenergienutzung mittels

durchsichtiger Glasflächen und Speichermassen neuerdings leiten läßt. Standard war und ist in diesem Bereich ja immer noch die außen verspiegelte Glasfassade, die die eingestrahlte Wärmeenergie wieder nach außen reflektieren soll.

Konsequenz ist eine komplizierte und im Zeitalter der Energiekrisen anachronistisch aufwendige Klimaanlage im Innern. Den Weg in die neue Richtung zeigt das Gebäude für Mathematik und EDV-Grundausbildung der Technischen Universität Berlin (Architekten: Georg Kohlmaier, Barna von Sartory), das vor kurzem fertiggestellt wurde. Das ist ein mit Dreifachverglasung umhüllter Bürohausbau, bei dem die Prinzipien der passiven Solararchitektur durchgängig angewendet wurden. Hier hat man sogar die Schränke gemauert, um möglichst viel Speichervolumen zu erhalten.

Nun, so weit sollte der Hauslehaber vielleicht nicht gehen. Aber er sollte wissen, daß er durch großzügige Glasflächen nicht nur interessanter gestalten kann. Darüber hinaus nutzt er das kostenlose Energiepotential der Sonne und hilft uns allen, mit den begrenzten Energiereserven länger auszukommen und besser zu leben.

B. WOLTER-SCHÄFERS

Berlin: Verdis „Requiem“ unter Riccardo Chailly

Klänge wie Weihrauch

In jedermann stecke ein Stück von einem Katholiken und von einem Protestanten, hat der kluge W. H. Auden einmal im Gespräch deklariert (Golo Mann zitiert es). Denn: „Die Wahrheit ist katholisch, protestantisch dagegen die Suche nach ihr.“

Es war denn auch der musikalische Protestantismus, der anhaltend Verdis „Requiem“ die Glaubenswahrheit beschränkt und es als Opernmusik abzuqualifizieren versucht. Gerade sein Katholizismus aber, seine Gewissheit im Glauben, gibt ihm seine klar gegliederte Sprache, seine musikalisch schöne Beredsamkeit fern aller Dogmen. Verdis „Requiem“ singt keinen Takt, lang Lehnendung ex cathedra herab. Das seltsame an ihm: es gibt sich musikalisch so diesseitig, wie es jenseitig ist. Die Schwierigkeit ist nur, diese Jenseitigkeit durchschimmern zu lassen durch die Wolken aus melodischem Klang, die bei Verdi wie Weihrauch aufsteigen, ohne indes Geist und Form zu vernebeln.

Freilich - um jene Jenseitigkeit aufzuweisen und aufzuzeigen, muß man wohl schon etwas älter sein, als es der 31jährige, hochbegabte Riccardo Chailly einstweilen ist. In der Berliner Philharmonie führte er mit dem Radio-Symphonie-Orchester, der Frankfurter Kantorei und dem Freiburger Vokalensemble, zum Gedenken an Ferenc Fricsay, der am 9. August 70 geworden wäre, Verdis „Requiem“ auf und wird diese Aufführung morgen und übermorgen in Frankfurt Alter Oper wiederholen: Beispiel für eine künstlerische Kooperation der fruchtbarsten Art. Wenn die Zusammenarbeit der Opernhäuser in Deutschland, immer wieder beschworen, auch immer wieder scheitert: große Konzertveranstaltungen lassen sich offensichtlich zum Gewinn aller überregional realisieren.

Natürlich hatte sich Chailly für sein erstes „Requiem“ ein Solistenquartett verpflichtet, auf dem sich auch ein „Troubadour“ hätte bauen lassen. Katia Ricciarelli singt die Sopran-Partie mit leicht ekstatischem Leuchten, einem Aufbruch der Seele, von dem man nie ganz genau weiß, ob er den Himmel oder den Belcantovisiert. Aber in Verdis „Requiem“ ist beides am Ende doch wohl ein und dasselbe.

Brigitte Fassbaender besitzt den Alt einer echtholländischen Italiendenschen. Sie harmoniert prachtvoll mit der Ricciarelli und gibt ihren Soli den ergreifenden Klang einer Weltabgewandtheit, die gefaßt dem Tode entgegensteht. Der Tenor der Aufführung ist Verdano Luchetti, eine stabile Stimme inmitten dieser Vergeistigung musikalischer Art, in der sich Leib und Seele noch nicht auseinandergeleitet haben. Ferruccio Furlanetto singt die Baßpartie, ein junger Sänger, dem das „Mors stupebit“ allerdings noch nicht Schauer durch Kehle und Seele jagt.

Davon sind auch die Frankfurter und Freiburger Chorvereinigungen auf ihre gesunde Art frei. Sie singen ausdauernd und folgsam, was man ihnen anständig einstudiert hat. Sie öffnen sich noch nicht immer der Musik, die sie singen, sie öffnen einseitig vor allem den Mund. Die innere Beteiligung des einzelnen an musikalischen Vorgängen bleiben die tüchtigen Chorsänger bisher noch schuldig. Dafür legt sich das Radio-Symphonie-Orchester leidenschaftlich ins Zeug und zeigt, wieviel Kunstfertigkeit ihm in nur zwei Jahren unter Chailly bereits zuwuchs. Die Aufführung ist von musikalisch zwingender Einheitlichkeit, klingt großartig und sichert sich einen Vorrangplatz unter den Versuchen, dem „Requiem“ Verdis schon auf Erden gerecht zu werden.

KLAUS GEITEL

Jochen Ulrichs „Orpheus“ im Tanz-Forum Köln

Der Energiespender Tod

Jochen Ulrich, Mitbegründer des seit 1971 bestehenden Tanz-Forums der Oper der Stadt Köln, seit fünf Jahren dessen alleiniger Direktor und Choreograph, hat mit seinen Arbeiten nie den richtigen Durchbruch geschafft. Zwar haben er und seine 22köpfige Compagnie auf zahlreichen Anlaufstufen und bei internationalen Tanzsparten Anerkennung gefunden für das Bemühen um den zeitgenössischen Tanz, doch: Kassenküller waren die Abende des Tanz-Forums in den letzten Jahren nicht mehr, am allerwenigsten in der Heimatstadt Köln.

Vermutlich wird dasselbe Schicksal auch dem neuen Tanzstück „Orpheus“ widerfahren, für das Ulrich gemeinsam mit dem Ausstatter und Tänzer Tony Westwood verantwortlich zeichnet. Ulrich, der sich in seinen Meistern ebenso gut auskennt wie in allen anderen Bereichen Bildender und Darstellender Kunst, stellt an seine Arbeiten stets einen hohen, vielleicht zu hohen intellektuellen Anspruch. Seine Kreationen sind durchweg grübelisch ausgetüftelt, ja, quälende Auseinandersetzungen und schließen sich hermetisch gegen den Zuschauer ab. So auch „Orpheus“, in dem Ulrich laut Programmnotiz, die Kraft eines schöpferischen Individuums mit all seinen Erfolgsmöglichkeiten, Gefährdungen und Selbstfindungsprozessen in unserer heute wirksamen Realität aufs neue befragen will.

Konkret heißt das beim Tanz-Forum: ein Choreograph alias Orpheus

wird auf dem Höhepunkt seines Erfolges von Selbstzweifeln geplagt, verliert seine künstlerische Identität, durchschreift die Qualen einer Selbstanalyse und findet erst in der Begegnung mit dem Tod neue, veränderte Schaffenslust. Das klingt einleuchtend und einfach, wenn auch nicht besonders originell. Bei Ulrich und Westwood wird das zu einer collageartigen Reihung, quasi zu einer Anthologie der Tanzstile und Synbole aus Literatur und Bildender Kunst, deren Logik nicht erkennbar ist. Ein Rätsel in tanzenden Bildern, das sein Material bei Sauras „Carmen“-Film ebenso findet wie beim Tanztheater der Pina Bausch oder bei Jean Cocteau, ohne sich zu einer choreographisch inhaltlichen Aussage im angestrebten Sinne zu fügen. Mit kräftigen, optischen Reizen wie großformatigen Spiegelrahmen, rotem Mobiliar, zahllosen Kostümen und Tüchern, bis hin zu einer dezenteren Sexszene im Peep-Show-Stil, wird das Interesse des Publikums wachgehalten.

Zu einer von Samuelina Tahija und Michael Ranta an Klavier und Schlagzeug ausgeführten Musikcollage tanzen und agieren Timur Ratlas als Orpheus, Philippe Talard als sein anderes Ich und die nach wie vor gut trainierte Compagnie mit unermüdlicher Hingabe. Wenn dieses Tanzstück über die Selbstfindung autobiographische Elemente enthalten sollte, dann ist zu hoffen, daß der Choreograph Ulrich in Zukunft den Mut zu einem unverwechselbaren Personalstil findet. ALBIN HÄNSEROTH

Die Frankfurter „Schirm“ vor der Fertigstellung - Ein umstrittener Plan des Kulturdezernenten

Nur ein Metzgerladen für die schönen Künste?

Die Stadt Frankfurt steht vor einer schwierigen und folgenreichen Entscheidung. Auf dem Römerberg, zwischen den wiederaufgebauten Fachwerkhäusern und dem Dom, entsteht ein für kulturelle Zwecke bestimmtes Gebäude, das den Namen „Schirm“ bekommen hat. In Erinnerung an den vielfach verwinkelten, total weggebrochenen Altstadtblock, auf dessen Boden der Neubau steht und wo wir Studenten in den Metzgerladen (Schirm) heiße Rippchen kaufen und sie nebenan oder dort selbst mit einem oder mehreren Glas Apfelwein verzehren, statt in den Hörsälen der Universität zu sitzen.

Jetzt also soll es umgekehrt gehen. Schirm (Metzgerladen), das soll jetzt Kultur verbreiten und sie womöglich nicht abmarken. Das Kulturdezernat legt also, schon vor der Fertigstellung des Gebäudes, einen umfassenden Plan vor, der dieses Schirm-Kulturbau mit dem Theater am Turm (TAT) unter einer Direktion vereinigen soll, ein Plan, der schon einmal vorlag und wieder zurückgezogen wurde. Der Plan taucht deshalb wieder auf, weil es schließlich um die Verwaltungskosten für ein neues Haus geht (für das im Grunde genommen nach Meinung des Unterzeichnenden kein Bedarf besteht). Nun soll darüber entschieden werden.

Wenn die Erinnerung nicht trügt, bestand zur Zeit der Errichtung des scheinlich historischen Museums die Idee, auf dem großen freien Grundstück zwischen Römer und Dom ein „totales“ Kulturzentrum zu errichten, vor allem ein audiovisuelles Instrument zum pädagogischen Fortschritt der Frankfurter. Was man damals so unter Fortschritt verstand.

Jetzt soll das neue Haus nur noch für Ausstellungen und andere kulturelle Initiativen dienen. Verwaltung und Technik soll es mit dem TAT gemeinsam haben. Frage: Erfordern beide Häuser die gleiche Technik? Zweitens: Was soll denn eigentlich auf dem Römerberg ausgestellt werden? Eigene Ausstellungen und alle möglichen Sonderausstellungen der Frankfurter Museen, hört man, die bisher von den Museen selbst veranstaltet wurden. (Nebenbei gesagt: In der Alten Oper kann man so viele Ausstellungen unterbringen, wie es gar nicht gibt.) Es sollen konkurrierende Überschneidungen der Museumsausstellungen vermieden werden. In Zukunft sollen die Museen ihre diesbezüglichen Wünsche beim Kulturdezernat beantragen; in konkurrierenden Zweifelsfällen entscheidet das Kulturdezernat.

Also eine Zentralisierung der Kul-

tur beim Dezernat? Noch nicht ganz. Das Volkstheater, die halbprivaten Theater, die Städtischen Bühnen, die Alte Oper, der Kunstverein im Steinernen Haus nebenan, der städtische Anteil am Städtel sind nicht zur Integration in die neu zu gründende Gesellschaft vorgesehen. Nun ja, die meisten dieser Institute hängen so wie von der städtischen Kasse ab. Nur hat in Zweifelsfällen, außer bei Neubausatzung des jeweils leitenden Postens, das Dezernat nichts hineinzuentscheiden.

Ferner soll das TAT in Zukunft neben Eigenproduktionen mit Gastregisseuren auch Eigenproduktionen freier Gruppen zulassen, alternative Gruppen einladen und Jugend- und Kindertheater betreiben. Außer dem letztgenannten Auftrag gab es das also schon unter Peter Hahn, wenn auch nicht nach allen Richtungen hin ausgewogen. Auch eine Dramaturgiewerkstatt soll am TAT für Uraufführungen junger Dramatiker sorgen, die an etablierten Theatern keine Chance haben. Das gab es ein oder zweimal auch bei Peter Hahn, ohne daß man dafür einen besonderen Sparanteil vorsehen mußte.

Unter dem Direktor der neu zu gründenden Gesellschaft sollen mehrere Stellvertreter für die einzelnen Sparten eingesetzt werden. Außer-

dem werden als Vorbilder oder mögliche Arbeiter große Namen genannt, Chéreau, Mnouchkine, Strehler, Brook, so als ob das spektakuläre Fiasco mit Faßbinders TAT-Direktorium nicht Warnung genug vor Vollmundigkeit gewesen wäre. Die Kosten für das Gesamt der neuen Gesellschaft können erst festgestellt werden, wenn das neue Haus fertig ist. Aber wegen der langfristigen Planung muß man jetzt schon die Organisation auf die Beine stellen. Mag sein.

Aber wenn man sich das alles vor Augenwurzelt, kann man nur Mitleid empfinden mit dem Magistrat, der, ob er will oder nicht, eine Entscheidung treffen muß. Wäre es nicht am billigsten und lastet nicht am geringsten, dem neuen Haus ganz einfach einen Direktor plus Personal zu bewilligen und sämtliche hochtrabenden gesamtgesellschaftlichen Pläne in die Schublade zurückzuschieben?

Bleibt das TAT, das mit der Entlassung Peter Hahns zu einer neuen planerischen Spielweise geworden ist. Ob sich der Magistrat nicht eines Tages nach dem Hahn zurücksetzen wird, falls dieser Magistrat nach der nächsten Kommunalwahl noch da ist? Aber dieses „Falls“ hängt nicht von den Problemen der Kulturmetzgerei (Schirm) ab.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Ein fast vergessenes Stück: Das Schiller-Theater in Berlin zeigt Henrik Ibsens „Frau vom Meer“

Seifenblasen der Sehnsucht nach der wilden See

Was machte diesen mühsamen Versuch, ein fast vergessenes Stück des großen alten Norwegers neu zu beleben, so zäh, so abstrakt, auf weite Strecken hin so irrig? Diese „Frau vom Meer“ ist doch eine Leidenschaftswort von Ibsens Nora, von Hedda Gabler. Vor einem Jahrhundert kam sie zuerst auf die Bühne. Der Duse diente die nervös-neurotische Heldin zum Gegenstand für viele und lange Triumphpreise. Seither wird dies Stück kaum mehr gespielt. Berlin hat die unselige Frauen-gestalt seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr auf der Bühne gesehen.

Man notiert lauter Unzulänglichkeiten. Unzulänglich ist sicher schon das alte Ibsen sonderbar sentimentale überlieferte Vorlage. Vergangenheit rauscht munde auf. Die zweite, junge Frau eines norwegischen Landdoktors hungert, wie eine auf Trockene geworfene Seelung

frau, sehnsüchtig an den Gestaden des Meeres. Sie quält sich mit Unersättlichkeit. Sie trocknet seelisch aus.

Vergangenheit quält sie. Ein großer Unbekannter hat einst ihr Dasein einmal kurz berührt. Er ist längst, muß sie glauben, vom Meer in die Tiefe gezogen worden. Er taucht wieder auf. Er kann sie, wie sie dumpf hoffte, doch nicht befreien und mitnehmen auf die große, wilde See. Ein Frauen-dasein wird wieder in eine belagerte Bürgerlichkeit zurückgestoßen.

Vielleicht könnte man dieses ständige symbolbehaftete Traumspiel heute wirklich zeigen, wenn man es deutlich in die Epoche seiner dramatischen Entstehung zurückspielet. Aber hier (unter der irrigen und sehr unentschiedenen Regie von Thomas Schulte-Michels) wird es im lockeren und freien Gewande von 1984 dargestellt. Die Frau vom Meer ist nicht geschnitten, nicht wie unsere Groß-

mütter streng gewandt, Sabine Sinjen kommt im leichten Pulli barfuß. Sie ist kostümlich schon völlig frei. Sie ist ein Kind unserer Zeit. Und da gehört sie nicht hin. Alle anderen gehen sich (in diesem Falle ganz falsch) wie biederliche Urausbauer von heute. Jeder Zwang ist schon von ihnen gefallen. Woran reißt sich da, fragt man sich, diese nur noch neurotische Frau vom Meer?

Das Bühnenbild von Susanne Thaler ist klug und grundbühlich. Die arme, junge, aufgestörte Frau lebt in einem scheußlichen Bungalow am Meer, das unsersinnlich an Hermann Görings Prachtbauten in der Wuhlheide erinnert. Schwere Pracht. Die Stimmung ist ganz anders befrachtet, als Ibsen sie damals als eng und bedrückend empfand.

Das Spiel ist ständig von ziemlich unerträglichen Regiemühsalen aufgeputzt. Die Darsteller müssen immer neue, möglichst „freie“ oder auf-

JOURNAL

Neues Museum für den Märchenkönig Ludwig II.

AP, Herrenchiemsee
Dem bayerischen „Märchenkönig“ Ludwig II. wird ein Museum gewidmet. Das bayerische Finanzministerium teilte in München mit, das „Ludwig-II.-Museum“ soll zum 100. Todestag des Königs im Juni 1986 fertiggestellt werden. Es soll in zwölf Räumen im Schloß Herrenchiemsee entstehen und Gedenkstücke und Dokumente des Königs und seiner Zeit zeigen. Der Ausbau des Schlosses kostet rund 25 Millionen Mark.

„Prawda“ kritisiert Jewtuschenko-Film

AFP, Moskau
„Naive und kindische Romantik“ hat die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ dem ersten Film des sowjetischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko, „Destki Sad“ (Kindergarten), vorgeworfen. Zu den kritisierten Szenen, die im Widerspruch zur Sowjetideologie stehen, gehören die positive Schilderung eines Rabbiners, die Darstellung eines weiblichen Aktes und eine Szene, in der das Erscheinungsbild der Sowjetarmee satirisch verfremdet wird. Der weitgehend autobiographische Film war bei der Biennale von Venedig '84 gezeigt worden.

Ligeti: Zukunft der Musik liegt in der Elektronik

dpa, Graz
Die Zukunft der Musik liege in der Elektronik, sagte György Ligeti bei einer Diskussion in Graz. Er würde allen jungen Komponisten raten, sich nicht nur mit der Technik der EDV vertraut zu machen, sondern vor allem mit der ganz anderen Denkweise: „Neuartige Klänge sind uninteressant, aber die Vorstellung von musikalischen Prozessen, die bisher nicht vorstellbar waren, hat eine große Zukunft. Die Datenverarbeitung tötet die Spontaneität des Komponisten keineswegs ab.“ Ligeti sprach im Anschluß an ein Konzert im Rahmen des ausschließlich seinen Werken gewidmeten „Musikprotokolls“ des „steirischen herbstes“.

Deutscher Dokumentartag: Bessere Fachinformationen

DW, Darmstadt
Heute beginnt in Darmstadt der von der Deutschen Gesellschaft für Dokumentation e.V. veranstaltete „Deutsche Dokumentartag“. Er steht unter dem Motto „Perspektiven der Fachinformation“. Allgemein wird erwartet, daß die Mitglieder ein neues, stark verjüngtes Präsidium wählen, um die seit Jahren schwelende Identitätskrise der Gesellschaft zu überwinden. Im Rahmen des Dokumentartages, der bis zum 12. Oktober dauert, führt der Verein Deutscher Dokumentare eine eigene Veranstaltungsreihe durch, die dem Thema der Fortbildung in Information, Dokumentation und Kommunikation gewidmet ist.

Irmgard Seefried 65

Auf ihrer holden Stimme gründeten sich nach dem Krieg die Wiener Staatsoper und die Salzburger Festspiele neu. Die Mozart- und Strauss-Sängerin Irmgard Seefried, die heute 65 alt wird, wurde sozusagen Stimmführerin beim Wiederaufbau des musikalischen Österreich. Der Sopran der Seefried war immer Kunst- und Naturerlebnis zugleich. Karajan hatte die blutjunge Sängerin nach Aachen verpflichtet. Doch noch vor dem Ende des Krieges hatte sie sich schon an die Wiener Staatsoper vorgesungen. Richard Strauss wählte sie zum „Komponisten“ in der Festschrift der „Ariadne“ zu seinem 80. Geburtstag. Das Nachkriegs-Europa, die Met in New York entdeckten sich an der Seefried. In ihrem Singen schwang stets Frische mit, eine junge Fräuleinlichkeit, gepaart mit ganz alter Singkultur. gl.

FRIEDRICH LUFT



Sabine Sinjen und N. Schönlank in der Berliner Aufführung

„Erbarmen, Thanassi, tu's nicht!“

AP, Athen
Der 63jährige Vorsitzende des griechischen Schriftstellerverbandes, Thanassi Nasoutzik, hat jetzt bestritten, daß er seinen 73jährigen Schriftstellerkollegen und Schatzmeister des Verbandes, Thanassi Diamantopoulos, in dessen Athener Wohnung mit einem Hammer umgebracht habe. Zwei Tage nach dieser Bluttat hatte Nasoutzik einen Selbstmordversuch unternommen.
Er habe ein Alibi für den Morgen des 24. September, an dem die Tat begangen worden sei, sagte der Verdächtige in seiner Wohnung im Athener Vorort Psychico. „Ich bin unschuldig. Die Polizei befindet sich im Irrtum. Ich suche nach dem Täter, der mich an jenem Morgen gefoltert hat.“ In der Zeitung habe er von dem Verdacht gegen ihn gelesen. „Ich konnte den Gedanken nicht ertragen, was noch geschehen könnte, und nahm darum eine Überdosis Schlaftabletten“, begründete er seinen Selbstmordversuch.
Der Mordfall wird von der Polizei als eines der brutalsten Verbrechen dieser Art bezeichnet, für das es keine Parallele gebe. Die Leiche des ermordeten Schriftstellers wurde in Badewanne seiner Wohnung in einer Blutlache gefunden. Die gerichtliche Untersuchung ergab, daß der Schädel durch 94 Schläge mit einem kleinen Hammer zertrümmert worden war. Ein Nachbar berichtete der Polizei, er habe gehört, wie Diamantopoulos den Angreifer angeheult habe: „Hah Erbarmen, Thanassi, tu's nicht.“
In diesem Herbst sollte das neueste Buch von Diamantopoulos herauskommen, das den Titel „Sex und Gesellschaft“ trägt. Nasoutzik war in dem Mordfall verurteilt worden, nachdem die Polizei erfahren hatte, daß er es abgelehnt habe, bei der Beisetzung des Erschlagenen die Grabrede zu halten, und statt dessen zum Landhaus seines Bruders gefahren sei. „Ich halte niemals Reden“, sagte der Verdächtige dazu. „Zum Teil wegen meines Herzeleidens. Und zum Teil, weil ich befürchte, daß mich die Polizei wegen meiner Steuer-schulden festnehmen würde.“
Nasoutzik war vor gut einer Woche tatsächlich unter dem Vorwurf der Steuerhinterziehung festgenommen, am vergangenen Freitag aber wieder aus dem Gefängnis entlassen worden, nachdem er 350 000 Drachmen (rund 8400 Mark) einer 2,9 Millionen Drachmen (knapp 70 000 Mark) betragenden Steuer-schuld bezahlt hatte. Den Rest will er in monatlichen Raten abtragen.
Nasoutzik gilt auch im Kreis seiner Kollegen als angesehener Autor von Büchern und Aufsätzen über philosophische und wissenschaftliche Themen; er wird als überzeugter Kommunist und stiller Mann bezeichnet, der zurückgezogen ganz für seine zwei Töchter und seine Arbeit lebe.

Nationales Echo auf einen einzigen Schuß

Jäger tötet Jagdgegner und trifft Frankreichs wunden Punkt

A. GRAF KAGENECK, Paris
Weil er seinen kleinen Privatweg und seinen Garten vor dem mörderischen Appetit der Sonntagsjäger verteidigen wollte, ist ein Südfrenze heute ein toter Mann. Cosimo Lipartiti, ein 48jähriger ehemaliger Fremdenlegionär, verlor sein Leben, als einer der beiden Schützen, denen er den Zugang zu seinem Eigentum verweigern wollte, kurzerhand eine Ladung Schrot auf ihn abfeuerte. Die beiden Jäger sehen ihrer Aburteilung entgegen. Ihre Affektat aber hat den Streit in Frankreich über den Mißbrauch der Jagd erneut entfacht.
Der tragische Fall im Ort La Valette nahe Toulon beleuchtet die zunehmende Spannung zwischen Gegnern und Anhängern dieses äußerst beliebten „Sports“ der Franzosen. In Frankreich gibt es etwa zwei Millionen Jäger. Die Ausübung des Jagdrechts ist zwar seit einigen Jahren eingeschränkt. Jungjäger erhalten einen Jagdschein nur noch nach Ablegung einer Prüfung, doch erreicht diese nicht annähernd den Härtegrad deutscher Jagdscheine.
Zudem üben französische Jäger ihr Jagdrecht in einer Umwelt aus, die seit Jahren von einem dramatischen Abnehmenden Wildbestand gekennzeichnet ist. Schon längst gibt es keinen natürlichen Bestand an Hasen, Rebhühnern oder Fasanen mehr. Man setzt daher vor Eröffnung der Jagdsaison entsprechende Wildarten aus, die dann meist mit Haut und Haaren vernichtet werden.
Da, wo nichts mehr übrig bleibt, oder das Geld der meist ländlichen armen Jagdgesellschaften nicht ausreicht, um teure Wildarten (oft aus dem Ausland) auszusetzen, macht

man sich über das natürlich Vorhandene her, Tauben, Elstern, Eichelhäher und Kleinvögel. Hauptsache, es knallt. Kein Franzose würde sich sein geheiligtes Recht nehmen lassen, am Sonntag mit dem Schießpulver über der Schulter und mit seinem Hund begleitet über die meist leeren Felder zu spazieren und Jagdlust zu empfinden. Schließlich hat man sich das vor 200 Jahren in der großen Revolution von den Aristokraten erkämpft.

Aber die Zahl derer, die der Raserei ein Ende setzen wollen, wächst im Lande. Einer von ihnen war Cosimo Lipartiti. Als Fremdenlegionär hatte er in Algerien einst Jagd auf Menschen machen müssen und sich hinterher geschworen, nie mehr ein Gewehr in die Hand zu nehmen. „Hier beginnt die Achtung vor dem Leben und die Liebe zur Natur“, schrieb er an den Zehn seines kleinen Eigentums in La Valette. Als er am Samstag nachmittag zwei Jäger gewährte, die in seinen Privatweg einbogen, wies er sie auf das Gesetz hin, das die Bejagung von privatem Land verbietet. Es kam zum Streit, in dessen Verlauf sich der fatale Schuß löste. Acht Tage vorher war der Hund des Legionärs von einem Schrotschuß im eigenen Garten verletzt worden.

„Das Maß ist voll“, ließ die bekannteste Umweltschützerin Frankreichs, Brigitte Bardot, gestern die Öffentlichkeit wissen. „Die sogenannten Jäger kennen keine Grenzen ihrer Leidenschaft mehr. Schon längst töten sie nicht nur Tiere, die sie vorher aussetzen. Jetzt sind sie einen Schritt weitergegangen und schießen auf die Menschen, die sich ihnen entgegenstellen.“

Strom aus den Vulkanen

Energieversorgung der Äolischen Inseln ist bald autonom

KLAUS RÜHLE, Rom
Die sieben Äolischen Inseln, rund 40 Kilometer von der Nordküste Siziliens entfernt, werden in ihrer Energieversorgung bald autonom sein – durch natürliche Quellen wie Wind, Sonne und Vulkanwärme.
Seit dem 4. Oktober bezieht die Insel Vulcano (434 Bewohner) ihren Strom von der Sonne. Eine 85 mal 50 Meter große Fläche aus Siliciumplatten, die im Winkel von 45 Grad dem Himmel zugewandt sind, fängt die Solarstrahlung auf und speist damit riesige Bleiakumulatoren. Die tagsüber gesammelte Sonnenenergie dient nachts zur Stromversorgung. Es handelt sich um eine 80-Kilowatt-Anlage, die elektrischen Strom von 220 Volt Spannung liefert. Sie kostete den italienischen Staat umgerechnet rund 60 Millionen Mark.
Die anderen Inseln des Äolischen Archipels verwenden meist Windkraft zur autonomen Stromver-

sorgung. Dies gilt für Lipari und Salina mit ihren 85 698 beziehungsweise 2193 Einwohnern. Der Windgenerator von Salina mit 13 Meter langen Flügeln erzeugt bei einer Windstärke von 38 Stundenkilometern 15 Kilowatt elektrischen Stroms. Auch Alicudi und Filicudi, die beiden kleinsten Inseln des Archipels, werden in Kürze durch die Verwendung von Windkraft energieautonom werden.
Eine weitere Energiequelle, die angezapft werden soll, ist die der Vulkanen von Stromboli und Vulcano. Nach Abschluß der Fernverkehrsarbeiten werden die Versuchsbohrungen jetzt wiederaufgenommen. Die geothermische Energie soll für die Stromversorgung und zur Gewinnung von Trinkwasser durch mechanische Entsalzung verwendet werden. Die vulkanische Energie muß in 2000 Meter Tiefe gewonnen werden und setzt einen geregelten Fluß der heißen Gase voraus.



Ein Bild, das es nicht geben sollte: Eine verrostete Giftmülldeponie.

FOTO: J. DARCHINGER

Freie Fahrt für gefährliche Fracht?

Experten sind sicher: Nichts ist so gut geregelt wie der Transport von Nukleargütern

ARNO NÖLDECHEN, Frankfurt
Die Wogen um den gesunkenen Atomüll-Frachter „Mont Louis“ haben sich gerade geglättet, da macht Greenpeace wieder von sich reden: Angeblich ist es Vertretern der radikalen Naturschutzorganisation gelungen, in den sensiblen Bereich der Wiederaufbereitungsanlage von La Hague einzudringen, womit sie die Wogen haben wollen, daß die Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen. Um letzteren Punkt ging es ja vor allem bei der Kritik an den versunkenen Containern vor der belgischen Küste. Fachleute indessen kritisieren zunehmend die dilettantische Berichterstattung, ja Panikmache im Zusammenhang mit diesem Unfall.

Ein Blick in ein naturwissenschaftliches Lexikon hätte genügt, um festzustellen, daß Uranhexafluorid eine relativ unproblematische handhabende Verbindung ist, die bis 56 Grad Celsius fest bleibt und mit Meerwasser keinesfalls explosionsartig reagiert, wie es Greenpeace-Leute glauben machen wollten. Auch habe die Strahlung nicht die ihr nachgesagte Gefährlichkeit. Die Uran-Isotope, sogenannte „Alpha-Strahler“, reichen bei sehr langsamem radioaktivem Zerfall nur einige Millimeter weit.

Uranhexafluorid reagiert zwar mit Wasser. Dabei entstehen auch leicht lösliches Uranoxydfluorid und Flußsäure. Beide Reaktionsprodukte hätten sich aber bei einem Leck der Behälter so schnell im Meer verteilt, daß sich jeder Nachweis an Radioaktivität äußerst schwierig gestalten würde. Die Weltmeere selbst enthalten nämlich seit ihrer Entstehung Uran. In der Nordsee lassen sich in einem theoretischen Würfel mit einer Kan-

tenlänge von einem Kilometer drei Tonnen Uran nachweisen. Nicht viel, immerhin aber solche Mengen, daß das radioaktive Japan heute schon eine Anlage zur Gewinnung von Uran aus Meerwasser betreibt.

Selbst wenn also bei dem Unfall der „Mont Louis“ größere Mengen dieser gasförmigen Verbindung entwichen wären, hätte es nicht die vielerorts apostrophierte Katastrophe gegeben.

Darüber hinaus, so die Fachleute, seien die Transportbehälter von solcher Stabilität, daß mit einem Leck kaum zu rechnen sei. Die Container werden extremen Belastungen ausgesetzt, ehe sie auf Reisen gehen. Bei Tests werden sie aus 200 Meter Höhe fallengelassen beziehungsweise 280 Meter tief versenkt. Sie widerstehen 30 Minuten lang Temperaturen von 800 Grad. Resultat: kaum ein Kratzer, geschweige denn ein Loch.

Diese Tests entsprechen den Bestimmungen der internationalen Atomenergie-Kommission in Wien, zu deren Mitgliedsländern unter anderem Deutschland, Frankreich und die USA gehören. Selbst die UdSSR achtet die Regeln.
In Deutschland testet die Berliner Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) jeden Behältertyp, der radioaktives Material transportieren soll, nickenlos vom Konstruktionsstich bis zum fertigen Produkt. Jede x-beliebige Schraube im Deckel eines bestimmten Containers läßt sich nach Jahren noch identifizieren.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig erteilt anhand der BAM-Baumusterprüfung für jeden einzelnen Behälter einen Zulassungsschein. Ein hoher Kontrollaufwand, der freilich eines den-

noch nicht ausschließt: menschliches Versagen, so Dipl.-Ing. Heinz W. Hübner von der BAM.

Die Transnuklear GmbH in Hanau, die praktisch alle Transporte mit Materialien des Brennelemente-Kreislaufs und mit Kobalt 60 in Deutschland arrangiert und dazu einen eigenen Lkw-Park unterhält, hat denn auch seit 1968 keinen einzigen Unfall mit freigesetztem radioaktivem Material gemeldet, wie Geschäftsführer Ulrich E. Timm vermerkt. Und das bei jährlich etwa 2000 Transporten über durchschnittlich 500 Kilometer.

Die amtliche Statistik meldet an die 400 000 sogenannte Versandstücke oder Sammelsendungen pro Jahr, von denen rund 40 000 als „meldepflichtige“ Ereignisse registriert werden: Ein Fall pro 40 000 sorgt dann für Aufmerksamkeit, wird zum „Fall“. Aber auch dabei muß kein radioaktives Material frei geworden sein. Schon falsch ausgefüllte Bezeichnung, Verletzungen von Vorschriften oder Versand ohne Genehmigung gelten als ein solcher „Fall“. Gesundheitliche Schädigungen wurden bisher jedenfalls noch nicht einmal gemeldet.

Nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Inneren, Carl-Dieter Spranger, ist der Sicherheitsstandard in keiner anderen Branche höher als in der kerntechnischen Industrie.

Unter diesen Umständen ist es beinahe unverständlich, daß die verantwortliche französische Firma Cogema erst 23 Tage nach der Kollision erschöpfende Auskunft gab. So etwas erweckt Mißtrauen – ein Mißtrauen, das angesichts des enormen Sicherheitsaufwandes eigentlich gar nicht erst aufkommen brauchte.

1,6 Millionen zum Schutz der Karibu-Herde

AFF, Montreal

Nach dem Massensterben der Karibuhirsh in der Tundra Kanadas will die kanadische Regierung gemeinsam mit den Eskimos des Landes eine weitere Umweltkatastrophe verhindern. Unzählige freiwillige Helfer haben mit Unterstützung von zwei Hubschraubern bereits Tausende von Tierkadavern entlang der beiden Flüsse Canapiscu und Koksoak geborgen. Die Regierung in Quebec hat sich jetzt bereit erklärt, für alle Kosten dieser Aktion in Höhe von umgerechnet 1,6 Millionen Mark aufzukommen. Entlang der beiden Flüsse werden weitere Zäune aufgestellt. Damit sollen die etwa 350 000 nachziehenden Karibuhirsh, die zu einer der größten Herden der Welt gehören, daran gehindert werden, die Hochwasser führenden Flüsse an zu gefährlichen Stellen zu überqueren. Die Tiere sind für die Ureinwohner dieser Region 1800 Kilometer nördlich von Montreal eine unersetzliche Nahrungsreserve. Das kanadische Umweltministerium will deshalb auch eine Untersuchung anstellen lassen, da mit ein solches Massensterben, wie es jetzt vermutlich durch das zu schnelle Ablassen eines Staumdamms eingetreten ist, künftig vermieden werden kann.

Mafia-Krieg geht weiter

AP, Neapel

Die Enthüllungen des Mafia-Bosses Tommaso Buscetta und die seither vorgenommenen Verhaftungen haben den Krieg der Mafia-Familien untereinander nicht eingeschränkt. Angehörige der verfeindeten Clans der Barbellinos und der Nuvolettas setzten am Wochenende ihren mörderischen Kampf um die Vorherrschaft im Verbrechermilieu Neapels fort. Resultat: Fünf Tote.

Insel für Verbannte

dpa, Teheran

300 Rauschgiftabhängige sind gestern in Iran auf eine Insel verbannt worden. Der für Rauschgiftkriminalität zuständige Teheraner Staatsanwalt erklärte, mit dieser Maßnahme werde „der konsequente allseitige Kampf gegen Rauschgift vorangetrieben“. Die Insel im Persischen Golf habe eine Aufnahmekapazität für 15 000 „strafwürdige Süchtige“.

Zyankali-Bonbons

AP, Osaka

Zum zweiten Mal ist ein führender japanischer Süßwarenhersteller Opfer von Erpressern geworden. In sechs Supermärkten in Westjapan wurden Pralinen und Bonbons der Marke Moringa mit einer tödlichen Dosis Zyankali gefunden. Die Pakkungen wurden vergiftet, um vom Hersteller umgerechnet 1,2 Millionen Mark zu erpressen.

Rätselhaftes Schicksal

dpa, Madrid

Die spanischen Behörden haben am Wochenende die Suche nach dem 243 Bruttoregistertonnen großen Fischereikühlschiff „Montrove“ endgültig aufgegeben, das seit dem 19. Juli in den Gewässern vor der marokkanischen Sahara-Küste mit 17 Besatzungsmitgliedern an Bord spurlos verschwunden ist. Das rätselhafte Schicksal beschäftigt seit Wochen die spanische Öffentlichkeit. Nach Spekulationen über den Verbleib des Schiffes ist es, wenn nicht untergegangen oder gekapert, als Waffenschmuggler-Schiff „abgetaucht“.

Mutterschaftsurlaub

dpa, Kassel

Eine berufstätige Mutter, die nach dem Bundesangestelltenvertrag (BAT) bezahlt wird und deren Arbeitgeber den Mutterschaftsurlaub auf den Jahresurlaub anrechnen muß, dies hinnehmen. Dies entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel in einem Grundsatzurteil. Nach der Neufassung des Mutterschaftsurlaubes von 1979 kann der Mutterschaftsurlaub auf den Jahresurlaub angerechnet werden. Das gelte auch für Angestellte, die nach BAT bezahlt werden.

ZU GUTER LETZT

Geklautes Auto, keinen Führerschein, besessen.

WETTER: Regnerisch, mild

Wetterlage: Das Frontensystem des umfangreichen Tiefs über dem Nordmeer überquert Deutschland von Nordwest nach Südost. Dabei wird überwiegend milde Meeresluft herangeführt.



8. Oktober 1982, mittlere Deutsche Wetterdienst
Legend: ☁ Wolke, ☀ Sonne, ☂ Regen, ☁ Nebel, ☁ Schicht, ☀ Sonne
Temperatur: 10 Grad, 15 Grad, 20 Grad, 25 Grad, 30 Grad
Wind: 1-4 Grad, 5-9 Grad, 10-14 Grad, 15-19 Grad, 20-24 Grad, 25-29 Grad, 30-34 Grad, 35-39 Grad, 40-44 Grad, 45-49 Grad, 50-54 Grad, 55-59 Grad, 60-64 Grad, 65-69 Grad, 70-74 Grad, 75-79 Grad, 80-84 Grad, 85-89 Grad, 90-94 Grad, 95-99 Grad, 100-104 Grad, 105-109 Grad, 110-114 Grad, 115-119 Grad, 120-124 Grad, 125-129 Grad, 130-134 Grad, 135-139 Grad, 140-144 Grad, 145-149 Grad, 150-154 Grad, 155-159 Grad, 160-164 Grad, 165-169 Grad, 170-174 Grad, 175-179 Grad, 180-184 Grad, 185-189 Grad, 190-194 Grad, 195-199 Grad, 200-204 Grad, 205-209 Grad, 210-214 Grad, 215-219 Grad, 220-224 Grad, 225-229 Grad, 230-234 Grad, 235-239 Grad, 240-244 Grad, 245-249 Grad, 250-254 Grad, 255-259 Grad, 260-264 Grad, 265-269 Grad, 270-274 Grad, 275-279 Grad, 280-284 Grad, 285-289 Grad, 290-294 Grad, 295-299 Grad, 300-304 Grad, 305-309 Grad, 310-314 Grad, 315-319 Grad, 320-324 Grad, 325-329 Grad, 330-334 Grad, 335-339 Grad, 340-344 Grad, 345-349 Grad, 350-354 Grad, 355-359 Grad, 360-364 Grad, 365-369 Grad, 370-374 Grad, 375-379 Grad, 380-384 Grad, 385-389 Grad, 390-394 Grad, 395-399 Grad, 400-404 Grad, 405-409 Grad, 410-414 Grad, 415-419 Grad, 420-424 Grad, 425-429 Grad, 430-434 Grad, 435-439 Grad, 440-444 Grad, 445-449 Grad, 450-454 Grad, 455-459 Grad, 460-464 Grad, 465-469 Grad, 470-474 Grad, 475-479 Grad, 480-484 Grad, 485-489 Grad, 490-494 Grad, 495-499 Grad, 500-504 Grad, 505-509 Grad, 510-514 Grad, 515-519 Grad, 520-524 Grad, 525-529 Grad, 530-534 Grad, 535-539 Grad, 540-544 Grad, 545-549 Grad, 550-554 Grad, 555-559 Grad, 560-564 Grad, 565-569 Grad, 570-574 Grad, 575-579 Grad, 580-584 Grad, 585-589 Grad, 590-594 Grad, 595-599 Grad, 600-604 Grad, 605-609 Grad, 610-614 Grad, 615-619 Grad, 620-624 Grad, 625-629 Grad, 630-634 Grad, 635-639 Grad, 640-644 Grad, 645-649 Grad, 650-654 Grad, 655-659 Grad, 660-664 Grad, 665-669 Grad, 670-674 Grad, 675-679 Grad, 680-684 Grad, 685-689 Grad, 690-694 Grad, 695-699 Grad, 700-704 Grad, 705-709 Grad, 710-714 Grad, 715-719 Grad, 720-724 Grad, 725-729 Grad, 730-734 Grad, 735-739 Grad, 740-744 Grad, 745-749 Grad, 750-754 Grad, 755-759 Grad, 760-764 Grad, 765-769 Grad, 770-774 Grad, 775-779 Grad, 780-784 Grad, 785-789 Grad, 790-794 Grad, 795-799 Grad, 800-804 Grad, 805-809 Grad, 810-814 Grad, 815-819 Grad, 820-824 Grad, 825-829 Grad, 830-834 Grad, 835-839 Grad, 840-844 Grad, 845-849 Grad, 850-854 Grad, 855-859 Grad, 860-864 Grad, 865-869 Grad, 870-874 Grad, 875-879 Grad, 880-884 Grad, 885-889 Grad, 890-894 Grad, 895-899 Grad, 900-904 Grad, 905-909 Grad, 910-914 Grad, 915-919 Grad, 920-924 Grad, 925-929 Grad, 930-934 Grad, 935-939 Grad, 940-944 Grad, 945-949 Grad, 950-954 Grad, 955-959 Grad, 960-964 Grad, 965-969 Grad, 970-974 Grad, 975-979 Grad, 980-984 Grad, 985-989 Grad, 990-994 Grad, 995-999 Grad, 1000-1004 Grad, 1005-1009 Grad, 1010-1014 Grad, 1015-1019 Grad, 1020-1024 Grad, 1025-1029 Grad, 1030-1034 Grad, 1035-1039 Grad, 1040-1044 Grad, 1045-1049 Grad, 1050-1054 Grad, 1055-1059 Grad, 1060-1064 Grad, 1065-1069 Grad, 1070-1074 Grad, 1075-1079 Grad, 1080-1084 Grad, 1085-1089 Grad, 1090-1094 Grad, 1095-1099 Grad, 1100-1104 Grad, 1105-1109 Grad, 1110-1114 Grad, 1115-1119 Grad, 1120-1124 Grad, 1125-1129 Grad, 1130-1134 Grad, 1135-1139 Grad, 1140-1144 Grad, 1145-1149 Grad, 1150-1154 Grad, 1155-1159 Grad, 1160-1164 Grad, 1165-1169 Grad, 1170-1174 Grad, 1175-1179 Grad, 1180-1184 Grad, 1185-1189 Grad, 1190-1194 Grad, 1195-1199 Grad, 1200-1204 Grad, 1205-1209 Grad, 1210-1214 Grad, 1215-1219 Grad, 1220-1224 Grad, 1225-1229 Grad, 1230-1234 Grad, 1235-1239 Grad, 1240-1244 Grad, 1245-1249 Grad, 1250-1254 Grad, 1255-1259 Grad, 1260-1264 Grad, 1265-1269 Grad, 1270-1274 Grad, 1275-1279 Grad, 1280-1284 Grad, 1285-1289 Grad, 1290-1294 Grad, 1295-1299 Grad, 1300-1304 Grad, 1305-1309 Grad, 1310-1314 Grad, 1315-1319 Grad, 1320-1324 Grad, 1325-1329 Grad, 1330-1334 Grad, 1335-1339 Grad, 1340-1344 Grad, 1345-1349 Grad, 1350-1354 Grad, 1355-1359 Grad, 1360-1364 Grad, 1365-1369 Grad, 1370-1374 Grad, 1375-1379 Grad, 1380-1384 Grad, 1385-1389 Grad, 1390-1394 Grad, 1395-1399 Grad, 1400-1404 Grad, 1405-1409 Grad, 1410-1414 Grad, 1415-1419 Grad, 1420-1424 Grad, 1425-1429 Grad, 1430-1434 Grad, 1435-1439 Grad, 1440-1444 Grad, 1445-1449 Grad, 1450-1454 Grad, 1455-1459 Grad, 1460-1464 Grad, 1465-1469 Grad, 1470-1474 Grad, 1475-1479 Grad, 1480-1484 Grad, 1485-1489 Grad, 1490-1494 Grad, 1495-1499 Grad, 1500-1504 Grad, 1505-1509 Grad, 1510-1514 Grad, 1515-1519 Grad, 1520-1524 Grad, 1525-1529 Grad, 1530-1534 Grad, 1535-1539 Grad, 1540-1544 Grad, 1545-1549 Grad, 1550-1554 Grad, 1555-1559 Grad, 1560-1564 Grad, 1565-1569 Grad, 1570-1574 Grad, 1575-1579 Grad, 1580-1584 Grad, 1585-1589 Grad, 1590-1594 Grad, 1595-1599 Grad, 1600-1604 Grad, 1605-1609 Grad, 1610-1614 Grad, 1615-1619 Grad, 1620-1624 Grad, 1625-1629 Grad, 1630-1634 Grad, 1635-1639 Grad, 1640-1644 Grad, 1645-1649 Grad, 1650-1654 Grad, 1655-1659 Grad, 1660-1664 Grad, 1665-1669 Grad, 1670-1674 Grad, 1675-1679 Grad, 1680-1684 Grad, 1685-1689 Grad, 1690-1694 Grad, 1695-1699 Grad, 1700-1704 Grad, 1705-1709 Grad, 1710-1714 Grad, 1715-1719 Grad, 1720-1724 Grad, 1725-1729 Grad, 1730-1734 Grad, 1735-1739 Grad, 1740-1744 Grad, 1745-1749 Grad, 1750-1754 Grad, 1755-1759 Grad, 1760-1764 Grad, 1765-1769 Grad, 1770-1774 Grad, 1775-1779 Grad, 1780-1784 Grad, 1785-1789 Grad, 1790-1794 Grad, 1795-1799 Grad, 1800-1804 Grad, 1805-1809 Grad, 1810-1814 Grad, 1815-1819 Grad, 1820-1824 Grad, 1825-1829 Grad, 1830-1834 Grad, 1835-1839 Grad, 1840-1844 Grad, 1845-1849 Grad, 1850-1854 Grad, 1855-1859 Grad, 1860-1864 Grad, 1865-1869 Grad, 1870-1874 Grad, 1875-1879 Grad, 1880-1884 Grad, 1885-1889 Grad, 1890-1894 Grad, 1895-1899 Grad, 1900-1904 Grad, 1905-1909 Grad, 1910-1914 Grad, 1915-1919 Grad, 1920-1924 Grad, 1925-1929 Grad, 1930-1934 Grad, 1935-1939 Grad, 1940-1944 Grad, 1945-1949 Grad, 1950-1954 Grad, 1955-1959 Grad, 1960-1964 Grad, 1965-1969 Grad, 1970-1974 Grad, 1975-1979 Grad, 1980-1984 Grad, 1985-1989 Grad, 1990-1994 Grad, 1995-1999 Grad, 2000-2004 Grad, 2005-2009 Grad, 2010-2014 Grad, 2015-2019 Grad, 2020-2024 Grad, 2025-2029 Grad, 2030-2034 Grad, 2035-2039 Grad, 2040-2044 Grad, 2045-2049 Grad, 2050-2054 Grad, 2055-2059 Grad, 2060-2064 Grad, 2065-2069 Grad, 2070-2074 Grad, 2075-2079 Grad, 2080-2084 Grad, 2085-2089 Grad, 2090-2094 Grad, 2095-2099 Grad, 2100-2104 Grad, 2105-2109 Grad, 2110-2114 Grad, 2115-2119 Grad, 2120-2124 Grad, 2125-2129 Grad, 2130-2134 Grad, 2135-2139 Grad, 2140-2144 Grad, 2145-2149 Grad, 2150-2154 Grad, 2155-2159 Grad, 2160-2164 Grad, 2165-2169 Grad, 2170-2174 Grad, 2175-2179 Grad, 2180-2184 Grad, 2185-2189 Grad, 2190-2194 Grad, 2195-2199 Grad, 2200-2204 Grad, 2205-2209 Grad, 2210-2214 Grad, 2215-2219 Grad, 2220-2224 Grad, 2225-2229 Grad, 2230-2234 Grad, 2235-2239 Grad, 2240-2244 Grad, 2245-2249 Grad, 2250-2254 Grad, 2255-2259 Grad, 2260-2264 Grad, 2265-2269 Grad, 2270-2274 Grad, 2275-2279 Grad, 2280-2284 Grad, 2285-2289 Grad, 2290-2294 Grad, 2295-2299 Grad, 2300-2304 Grad, 2305-2309 Grad, 2310-2314 Grad, 2315-2319 Grad, 2320-2324 Grad, 2325-2329 Grad, 2330-2334 Grad, 2335-2339 Grad, 2340-2344 Grad, 2345-2349 Grad, 2350-2354 Grad, 2355-2359 Grad, 2360-2364 Grad, 2365-2369 Grad, 2370-2374 Grad, 2375-2379 Grad, 2380-2384 Grad, 2385-2389 Grad, 2390-2394 Grad, 2395-2399 Grad, 2400-2404 Grad, 2405-2409 Grad, 2410-2414 Grad, 2415-2419 Grad, 2420-2424 Grad, 2425-2429 Grad, 2430-2434 Grad, 2435-2439 Grad, 2440-2444 Grad, 2445-2449 Grad, 2450-2454 Grad, 2455-2459 Grad, 2460-2464 Grad, 2465-2469 Grad, 2470-2474 Grad, 2475-2479 Grad, 2480-2484 Grad, 2485-2489 Grad, 2490-2494 Grad, 2495-2499 Grad, 2500-2504 Grad, 2505-2509 Grad, 2510-2514 Grad, 2515-2519 Grad, 2520-2524 Grad, 2525-2529 Grad, 2530-2534 Grad, 2535-2539 Grad, 2540-2544 Grad, 2545-2549 Grad, 2550-2554 Grad, 2555-2559 Grad, 2560-2564 Grad, 2565-2569 Grad, 2570-2574 Grad, 2575-2579 Grad, 2580-2584 Grad, 2585-2589 Grad, 2590-2594 Grad, 2595-2599 Grad, 2600-2604 Grad, 2605-2609 Grad, 2610-2614 Grad, 2615-2619 Grad, 2620-2624 Grad, 2625-2629 Grad, 2630-2634 Grad, 2635-2639 Grad, 2640-2644 Grad, 2645-2649 Grad, 2650-2654 Grad, 2655-2659 Grad, 2660-2664 Grad, 2665-2669 Grad, 2670-2674 Grad, 2675-2679 Grad, 2680-2684 Grad, 2685-2689 Grad, 2690-2694 Grad, 2695-2699 Grad, 2700-2704 Grad, 2705-2709 Grad, 2710-2714 Grad, 2715-2719 Grad, 2720-2724 Grad, 2725-2729 Grad, 2730-2734 Grad, 2735-2739 Grad, 2740-2744 Grad, 2745-2749 Grad, 2750-2754 Grad, 2755-2759 Grad, 2760-2764 Grad, 2765-2769 Grad, 2770-2774 Grad, 2775-2779 Grad, 2780-2784 Grad, 2785-2789 Grad, 2790-2794 Grad, 2795-2799 Grad, 2800-2804 Grad, 2805-2809 Grad, 2810-2814 Grad, 2815-2819 Grad, 2820-2824 Grad, 2825-2829 Grad, 2830-2834 Grad, 2835-2839 Grad, 2840-2844 Grad, 2845-2849 Grad, 2850-2854 Grad, 2855-2859 Grad, 2860-2864 Grad, 2865-2869 Grad, 2870-2874 Grad, 2875-2879 Grad, 2880-2884 Grad, 2885-2889 Grad, 2